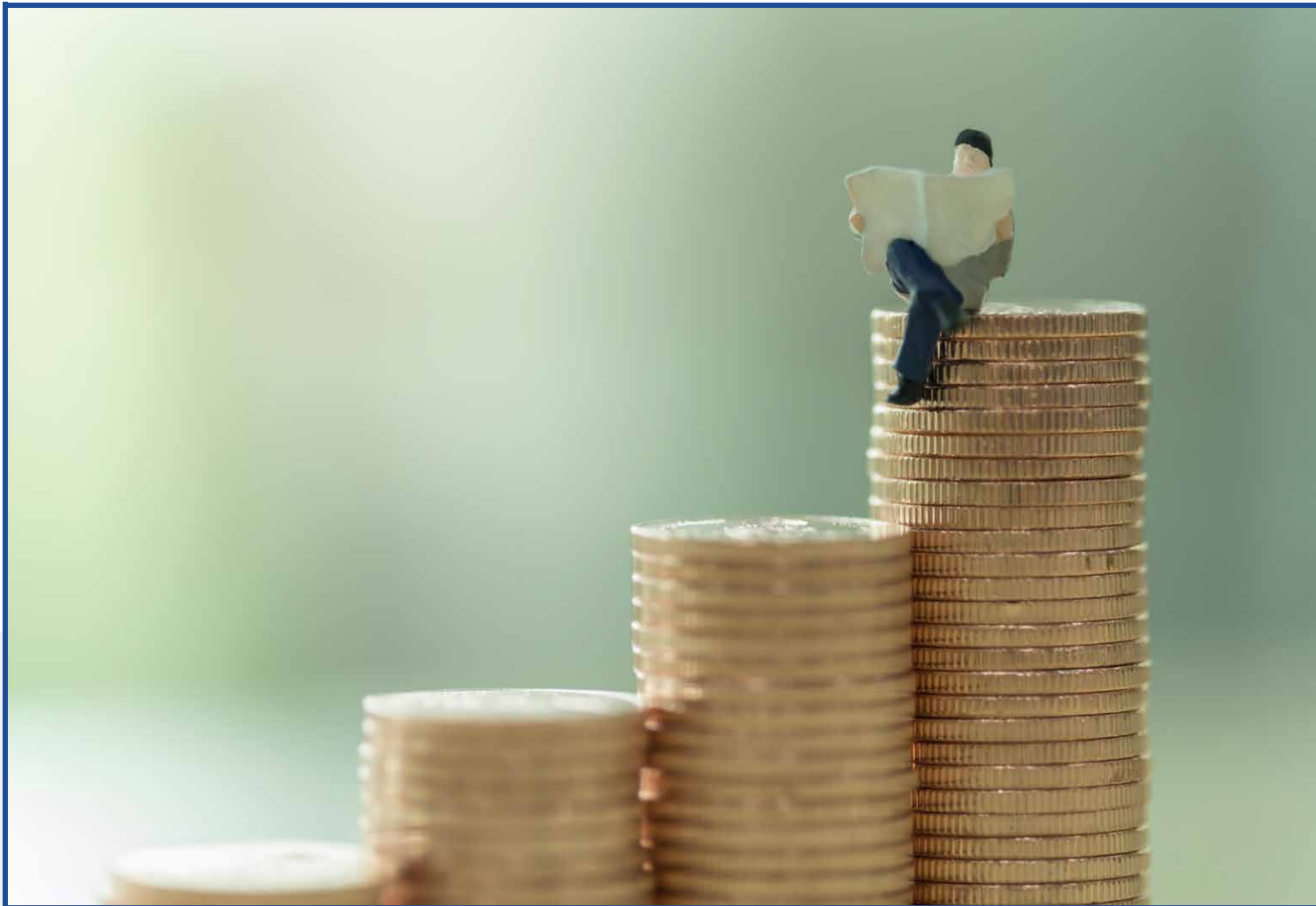


**Hendrik Theine/Andrea Grisold**



# **Streitfall Vermögenssteuer**

## **Defizite in der Medienberichterstattung**

**Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung  
Frankfurt am Main 2020**

**OBS-Arbeitspapier 43**

OBS-Arbeitspapier 43  
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: [info@otto-brenner-stiftung.de](mailto:info@otto-brenner-stiftung.de)

[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

AutorInnen:

Hendrik Theine, PhD

Wirtschaftsuniversität Wien

Department Volkswirtschaft

Institut für Heterodoxe Ökonomie

Welthandelsplatz 1/D4

A-1020 Wien

E-Mail: [hendrik.theine@wu.ac.at](mailto:hendrik.theine@wu.ac.at)

Twitter: [@tricks\\_y](https://twitter.com/@tricks_y)

ao.Univ.Prof. Dr. Andrea Grisold

E-Mail: [andrea.grisold@wu.ac.at](mailto:andrea.grisold@wu.ac.at)

Redaktion:

Benedikt Linden (OBS)

Pauline Frankenberger (OBS)

Satz und Gestaltung:

think and act –

Agentur für strategische Kommunikation

Titelbild:

[Montri/AdobeStock.com](https://www.montri.com/)

Redaktionsschluss:

17. Juli 2020

Wir danken der Hans-Böckler-Stiftung  
für die Unterstützung bei der Veröffentlichung  
der Publikation.

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: [www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## Vorwort

„Huch, eine Vermögensabgabe“ titelte die *Süddeutsche Zeitung* im April, als die SPD Ko-Vorsitzende Saskia Esken eine Besteuerung von großen Vermögen zur Finanzierung der durch Corona stark gestiegenen Staatsausgaben vorschlug. FDP und CDU reagierten weniger überrascht und vermuteten sofort ein „durchsichtiges Manöver, um in der Corona-Krise das alte linke Lieblingsprojekt Vermögenssteuer voranzutreiben“ (FDP), das „absolut verfehlt“ (CDU) sei. Der Linkspartei hingegen, so konnte man lesen, gingen die Forderungen nicht weit genug. Damit glichen die Reaktionen – und die Berichterstattung – denjenigen im Jahr 2019, als die SPD sich die Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf die Fahnen schrieb: „Billige Neiddebatte“ (CDU) und „unsinnig“ (FDP) waren die damaligen Reflexe von schwarzgelb, zusätzlich gab es Warnungen vor Jobverlusten von den Wirtschaftsverbänden und – wieder einmal – Zustimmung von DIE LINKE. Geht man in der Historie weiter zurück, lesen sich die Zeitungsberichte ähnlich. „Grober Unfug“ und „Arbeitsplatzkiller“ war schließlich schon 1999 als Einschätzungen der damaligen CDU- und FDP-Opposition und der Wirtschaftsverbände zu lesen. Die bis 1997 erhobene Steuer war durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausgesetzt worden, womit die Debatte um eine Wiederbelebung erst richtig aufkommen konnte. Hat sich – so ist heute zu fragen – seit Jahren so wenig verändert, dass sich Berichte über die Vermögensbesteuerung aus dem Jahr 2019 wie Beiträge aus 1999 lesen lassen?

Der starke Anstieg der Staatsausgaben zur Rettung der Banken in der Finanzkrise 2008, die Eurokrise der frühen 2010er Jahre mit den darauffolgenden Spar- und Austeritätspolitiken für breite Teile der Bevölkerung, die heutige Corona-Krise mit ihren Milliardenausgaben für Rettungspakete und Konjunkturspritzen, die weiter wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich: Ohne Zweifel ist die Welt heute eine völlig andere als 1999 und die soziale Frage, die Frage nach der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes und der Finanzierung öffentlicher Aufgaben, ist mit Wucht zurück auf der politischen Agenda. Haben die Massenmedien, die nach wie vor die öffentliche Debatte und die politische Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften entscheidend prägen, auf diesen Wandel reagiert? Schlagen sich der veränderte gesellschaftliche Kontext und die verschärften ökonomischen Bedingungen in der Berichterstattung über die Besteuerung von Vermögen nieder? Wer kommt in der Debatte eigentlich zu Wort – und (mindestens genauso wichtig:) wer nicht?

Mit Hendrik Theine und Andrea Grisold konnte die Otto Brenner Stiftung zwei profilierte Medien- und WirtschaftswissenschaftlerInnen für unsere Untersuchung gewinnen. Das ForscherInnenduo der Wirtschaftsuniversität Wien hat die Berichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland über die vergangenen

zwei Jahrzehnte akribisch analysiert und rund 10.000 Artikel aus sieben Tages- und Wochenzeitungen – von der *FAZ* über *DER SPIEGEL* bis zur *taz* – ausgewertet.

Die Ergebnisse sind in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. So wird deutlich, dass die Intensität der Berichterstattung von den fundamentalen Umbrüchen der letzten beiden Jahrzehnte praktisch unberührt bleibt – und auf extrem niedrigem Niveau verharrt. Mit anderen Worten: 2018 berichten die untersuchten Medien genauso selten über die (mögliche) Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften wie zur Jahrtausendwende. Darüber hinaus ist eine konstante und starke Fokussierung auf die (partei-) politische Ebene und die dortigen Kontroversen festzustellen – für eine nachhaltige Hintergrundberichterstattung, die die veränderten gesellschaftspolitischen und (polit-) ökonomischen Bedingungen integriert, bleibt kaum Raum.

Besonders hervorzuheben ist, dass die AutorInnen detailliert ausleuchten, wer den JournalistInnen in Fragen der Besteuerung von Reichtum als Quelle ökonomischer Expertise dient. Durch die innovative Analyse von Netzwerken und Beziehungsgeflechten können sie zeigen, dass die Übergänge von politischen Akteuren zu ExpertInnen der Stiftungs- und Verbändelandschaft und schließlich zur (Wirtschafts-) Wissenschaft fließend sind. Deutlich sind dabei Cluster zu erkennen, deren „Mitglieder“ sich anhand ihrer Pro- oder Kontra-Haltung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung gruppieren. Die Studie zeigt, dass in fast allen untersuchten Medien überwiegend solche ExpertInnen zu Wort kommen, die eine Besteuerung von Erbschaften und Vermögen skeptisch bis kritisch sehen. Besonders einseitig stellt sich die Auswahl der fachkundigen Quellen in den (Wirtschafts-) Wissenschaften dar: Hier werden hauptsächlich AnhängerInnen (ordo-) liberaler Theorieschulen zitiert, die Umverteilungsmaßnahmen generell eher ablehnend gegenüberstehen.

Angesichts dieser Ergebnisse sind Stiftung und AutorInnen überzeugt, dass eine zeitgemäße Berichterstattung über die Besteuerung großer Vermögen die ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahrzehnte stärker reflektieren und die Vielfalt der Stimmen auch in der Auswahl ihrer ExpertInnen deutlich erhöhen muss. Auch in der Corona-Krise kommen schließlich ExpertInnen mit unterschiedlichen Positionen und kontroversen Einschätzungen zu Wort. Unterm Strich belebt das nicht nur den medialen Diskurs, sondern trägt auch maßgeblich zu überzeugenden politischen Antworten bei: ein Ergebnis, das bei der Besteuerung von hohem Vermögen und großen Erbschaften seit Jahrzehnten auf sich warten lässt.

  
Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im September 2020

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Theoretischer Hintergrund und Stand der Forschung .....</b>	<b>8</b>
2.1	Grundlegende Perspektive auf Medien .....	8
2.2	Stand der Forschung.....	11
<b>3</b>	<b>Hintergrund I: Vermögens- und Erbschaftssteuern in Deutschland.....</b>	<b>16</b>
<b>4</b>	<b>Hintergrund II: Die volkswirtschaftliche Disziplin, Paradigmen und wirtschaftspolitische Überzeugungen.....</b>	<b>21</b>
4.1	Heterodoxie versus Mainstream .....	22
4.2	Deutschlands ÖkonomInnen: Einstellungen zur Besteuerung und paradigmatische Orientierung .....	24
<b>5</b>	<b>Forschungsdesign .....</b>	<b>28</b>
5.1	Materialbasis .....	28
5.2	Methode und Umsetzung.....	32
<b>6</b>	<b>Ergebnisse I: Intensität, Anlässe und thematischer Schwerpunkt der Berichterstattung .....</b>	<b>35</b>
6.1	Wer, wann, wie oft? Zur Intensität der Berichterstattung.....	35
6.2	Jetzt Aber! Die Anlässe verstärkter Berichterstattung .....	39
6.3	Politik, Wirtschaft oder Gerechtigkeit? Der thematische Schwerpunkt der Berichterstattung .....	42
<b>7</b>	<b>Ergebnisse II: Wer spricht? AkteurInnen und Sprechpositionen in der Berichterstattung.....</b>	<b>45</b>
7.1	Wer spricht? Positionen aus dem politischen und politiknahen Bereich in den Medien ...	46
7.2	Wer repräsentiert die (Wirtschafts)Wissenschaften? .....	51
<b>8</b>	<b>Zusammenfassung und Fazit .....</b>	<b>59</b>
	<b>Anhang .....</b>	<b>62</b>

## 1 Einleitung

Die Entwicklung der Vermögensungleichheit hat in den letzten Jahren verstärkt an Bedeutung gewonnen. Eine steigende Zahl empirischer Untersuchungen zeigt, dass seit den 1980er Jahren die Vermögensungleichheit in vielen Ländern zugenommen hat (Piketty & Zucman, 2015; Piketty, 2014). Weiterhin haben Studien für solche Länder, für die gute Langzeitdaten vorliegen, gezeigt, dass die generationenübergreifende Übertragung von Vermögen – in Form von Erbschaften und Schenkungen – einen wesentlichen Grund für die anhaltende Vermögensungleichheit darstellt (Adermon et al., 2018; Piketty, 2011; Roine & Waldestrom, 2009). Neben der empirischen Analyse der Vermögensverteilung ist in den letzten Jahren ein Anstieg der Forschungstätigkeit zu den Auswirkungen der steigenden Vermögensungleichheit auf Gesellschaft und Ökonomie zu verzeichnen. So verdichten sich auch die Befunde, dass eine hohe Konzentration von Privatvermögen in engem Zusammenhang mit ökonomischer und politischer Macht steht, also mit der Möglichkeit, auf ökonomische und politische Prozesse einzuwirken. Damit kommt der Verteilung von Vermögen auch eine zentrale Rolle im Funktionieren demokratischer Institutionen zu (Rehm & Schnetzer, 2015; Theine, 2020).

Ein zentraler Treiber für die zunehmende Vermögensungleichheit sind die sinkenden Steuersätze auf Vermögen und Erbschaften (Scheve & Stasavage, 2016; Piketty & Zucman, 2015; Beckert, 2013). Nach dem Zweiten Weltkrieg betrug Erbschaftssteuern in den Industrieländern noch im Schnitt 30 bis

40 Prozent. Diese Steuern wurden in den Jahrzehnten nach den 1980er Jahren gesenkt oder ganz abgeschafft. Ähnlich verhält es sich bei der Vermögenssteuer: Während vor einigen Jahrzehnten noch die Hälfte der OECD-Länder Vermögen besteuerten, sind dies mittlerweile nur noch drei Länder: die Schweiz, Norwegen und Spanien (Drometer et al., 2018).

Während diese Entwicklungen mittlerweile relativ gut erforscht sind, blieb die Rolle der Massenmedien in der Vermittlung und Mediation der Vermögensungleichheit und ihrer zugrundeliegenden Politikmaßnahmen bisher weitgehend unbeachtet. Das mutet, angesichts der Bedeutung des Themas und der zentralen Rolle der Medien für öffentliche Wahrnehmung und Meinungen, durchaus paradox an. Wie häufig berichten deutsche Medien über die zentralen Versuche, Vermögensungleichheit zu verringern? Geben sie zustimmenden und ablehnenden Positionen gleichermaßen Raum? Diese und ähnliche Fragen können bisher nicht seriös beantwortet werden. Genau hier setzt die vorliegende Untersuchung an, indem die Berichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung im frühen 21. Jahrhundert (2000 bis 2018) in ausgewählten deutschen Zeitungen analysiert wird. Dafür wird die Medienberichterstattung in ihrer textlichen Ausrichtung untersucht, wobei der Schwerpunkt auf der quantitativen Anzahl von Zeitungsartikeln, häufigen Wörtern und Wortkombinationen und der unterschiedlichen Präsenz von mit Expertise ausgestatteten AkteurInnen aus dem politischen bis zum wissenschaftlichen Bereich liegt. Dies ermöglicht

es, abschließend zu beantworten, welchen Stellenwert das Thema Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in der Berichterstattung deutschsprachiger Printmedien einnimmt, welches der beiden Steuerthemen im Vordergrund steht und bei welchen Ereignissen ein Anstieg der Berichterstattung über den untersuchten Zeitverlauf zu verzeichnen ist. Noch wichtiger sind jedoch die Ergebnisse zur Frage, wie häufig unterschiedliche (wirtschafts)politische Organisationen und ÖkonomInnen zu Wort kommen. Welche AkteurInnen und ihre jeweiligen (polit)ökonomischen Positionen in der Berichterstattung dominieren, ist ein Indikator dafür, ob sich die Berichterstattung der untersuchten Medien zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer sowie zur Ausweitung

einer Erbschaftsbesteuerung in Deutschland positiv, ablehnend oder neutral darstellt.

Der Beitrag ist wie folgt strukturiert: Zu Beginn wird die theoretische Perspektive der Untersuchung sowie der Stand der Forschung zum Thema dargelegt (Kapitel 2), anschließend die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften in Deutschland diskutiert (Kapitel 3) und unterschiedliche Herangehensweisen an wirtschaftliche Analysen in der volkswirtschaftlichen Disziplin erläutert (Kapitel 4). Die Darstellung des empirischen Teils dieser Studie gliedert sich in die Beschreibung des Forschungsdesigns (Kapitel 5), die detaillierte Diskussion der Ergebnisse (Kapitel 6 und 7) sowie eine zusammenfassende Einschätzung (Kapitel 8).

## 2 Theoretischer Hintergrund und Stand der Forschung

In diesem Kapitel wird der Stand der wissenschaftlichen Forschung zuallererst in einer generellen Perspektive auf Medien dargestellt, danach werden aktuelle weitere Forschungsergebnisse zur Medienberichterstattung über die Themenkomplexe ökonomische Ungleichheit sowie Umverteilungsmaßnahmen analysiert.

### 2.1 Grundlegende Perspektive auf Medien

Die vorliegende Untersuchung stellt sich in die Forschungstradition der politischen Ökonomie der Medien. Im Gegensatz zum „Mainstream“ der medienökonomischen Forschung (vgl. z. B. Anderson et al., 2015), welche sich Großteils auf eine recht unkritische Ansammlung empirischer Indikatoren und Analysen beschränkt, zeichnet sich die (Kritische) Politische Ökonomie durch ihre offenere Methode sowie eben – wie oftmals im Namen bereits festgehalten – einen *kritischen* theoretischen Zugang aus. Ein zentrales Bestimmungsmerkmal ist, dass in der (Kritischen) Politischen Ökonomie kapitalistische soziale Beziehungen als machtvormittelt verstanden werden. Wirtschaftliche Prozesse, darin besonders die Verteilung und der Konsum von gesellschaftlichen Ressourcen, sind damit abhängig von Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Klassen, die in einer Gesellschaft um Vorherrschaft ringen (Jäger & Springler, 2015; Mosco, 2009). In solch einer

Auseinandersetzung spielen die Medien eine wesentliche Rolle, da sie den Raum bilden, in dem Machtverhältnisse zwischen konkurrierenden sozialen und politischen AkteurlInnen entschieden werden (Castells, 2009).

Das Mediensystem wird in solch einer Perspektive einer gesamtheitlichen Analyse unterzogen, d. h. es werden sowohl die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen mitgedacht, als auch spezifische Marktstrukturen berücksichtigt. Der Forscher Dwayne Winseck bringt das folgendermaßen auf den Punkt:

„Ein Grundsatz der Politischen Ökonomie der Medien ist es, die Medien nicht als isolierten Sachverhalt zu analysieren, sondern stets Medien in Relation zum ökonomischen wie gesellschaftlichen Kontext zu denken und zu reflektieren.“ (Winseck, 2011, S. 4; eigene Übersetzung).

Dieser von Winseck beschriebene „Kontext“ meint – allen voran – die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise: Privateigentum, Lohnarbeit und der Warentausch. Medien sind in diese Bedingungen einerseits direkt eingebunden (als Unternehmen, ArbeitgeberInnen, DienstleisterInnen, ProduzentInnen kultureller Güter etc.), ebenso aber auch indirekt: durch ihre Verbindung zu anderen Wirtschaftsbereichen (etwa über die Finanzierung mit Werbung) oder durch die Verflechtung unterschiedlicher Kapitalformen<sup>1</sup>. Zusammenge-

<sup>1</sup> Ein Beispiel der Verflechtung von Medienunternehmen mit anderen Kapitalformen ist die Beteiligung mehrerer deutscher Medienunternehmen (*Axel Springer Verlag* sowie das Verlagshaus *DuMont Schauberg*) an dem ehemaligen Postdienstleister PIN. Dies ist insofern ein markantes Beispiel, als der Ende 2007 eingeführte Mindestlohn in der Postbranche auf massiven Widerstand der Medienhäuser traf. Ein Widerstand, der sich durchaus auch in einer negativen Berichterstattung der jeweiligen Zeitungen (z. B. bei *Der Welt*) niederschlug (Dybski et al., 2010).



fasst bedeutet dies: Das Mediensystem wird als eine Branche betrachtet, die Kommunikation – in ihrer Warenform – mit dem Ziel der Gewinnerzielung produziert und vertreibt.

Neben der Gewinnerzielung hat das Mediensystem aber noch eine weitere Funktion, die insbesondere in der vorliegenden Studie im Vordergrund steht: die Diffusion und Verbreitung von Narrativen und Diskursen über gesellschaftliche Prozesse, welche zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung beitragen. Dies ist die sogenannte Doppelfunktion des Mediensystems: Jede gekaufte und/oder gratis konsumierte Form der Kommunikation (z. B. ein Zeitungsartikel) führt nicht nur zu einem potenziellen Gewinn für die ProduzentInnen (z. B. den/die EigentümerInnen der Zeitung), sondern verbreitet auch ganz bestimmte Narrative und Diskurse und bringt diese somit einer breiteren Öffentlichkeit dar (Mosco, 2009; Grisold, 2004). Hier ist explizit noch einmal hervorzuheben, dass Medien nicht nur Informationen verbreiten (wie es oft im Mainstream der medienökonomischen Forschung als alleinige Funktion angenommen wird), sondern eben auch zur Konstruktion der sozialen Realität beitragen. Die Rolle des Mediensystems ist damit allumfassend in dem Sinne, dass die uns bekannte Form der „Realität“ ohne das Mediensystem selbst oft nicht denkbar wäre (Grisold, 2009, 2004). Mit anderen Worten: Menschen sind auf die Symbole und Bilder angewiesen, die durch das Mediensystem verbreitet werden, da die komplexe reale Umwelt insgesamt zu groß und zu vielgestaltig ist, um direkt erfahrbar zu sein (Lippmann, 2017; Schulz, 1987).



**Narrative** und **Diskurse** sind Begriffe aus der wissenschaftlichen Forschung, mit denen klargemacht wird, dass sinnstiftende Erzählungen Einfluss darauf haben, wie die Welt um uns herum wahrgenommen wird. Solche Erzählungen zielen darauf ab, gesellschaftliche Prozesse zu erklären und/oder zu rechtfertigen, indem Zusammenhänge hergestellt, Vereinfachungen vorgenommen und somit neue Erklärungsmuster geschaffen werden.

Im vorliegenden Beitrag wird die Rolle der Medien empirisch in folgender Hinsicht konkretisiert: Zunächst wird für die Beantwortung der Forschungsfrage auf relativ „klassische“ Aspekte der Medienanalyse fokussiert. Die Kategorien „Intensität“, „Anlass“ und „Fokus bzw. thematischer Schwerpunkt“ der Berichterstattung werden untersucht. Außerdem wird – ebenfalls ein häufig praktiziertes Vorgehen – die Präsenz verschiedener AkteurInnen in ihrer Rolle als ExpertInnen in der Berichterstattung untersucht (siehe zu ähnlichen Vorgehensweisen auch Otto et al., 2016; Fengler & Kreutler, 2020). Warum ist es notwendig, die Präsenz von ExpertInnen zu beleuchten? Wir argumentieren hier in Anlehnung an die frühen einflussreichen VertreterInnen der polit-ökonomischen Cultural Studies, dass solche AkteurInnen (Organisationen oder Personen) als „primary definers“ (Hall et al., 1978) – also als erste Instanzen, die ein Ereignis, eine Maßnahme usw. definieren – institutionalisierte, fachkundige Quellen für JournalistInnen darstellen. Damit haben sie in der Regel die Möglichkeit, eine

Geschichte oder politische Frage zu Beginn der Debatte mitzuprägen und in bestimmte, mitunter enge Parameter zu fassen. Die (im vorliegenden Falle: wirtschaftspolitischen) AkteurInnen tun dies, indem sie Informationen so bereitstellen, dass diese für JournalistInnen gut aufgreifbar sind – zum Beispiel durch die Planung von Pressekonferenzen und durch das Verfassen von Pressemitteilungen in überschaubarer Sprache (Herman & Chomsky, 1988) sowie durch die Präsentation und Diskussion ihrer Argumente über Social Media (Anstead & Chadwick, 2018).

Aufgrund dieser zentralen Bedeutung der ExpertInnen für die Berichterstattung, sollen diese in der vorliegenden Untersuchung noch genauer analysiert werden. Das Feld der – im Terminus der Cultural Studies – „fachkundigen Quellen“ ist dabei nach Grad der Politisierung unterteilt: Unmittelbar politische AkteurInnen, die in der vorliegenden Studie beispielsweise durch die politischen Parteien repräsentiert werden, werden von den Medien ebenso für Einschätzungen und Expertisen herangezogen, wie AkteurInnen des politiknahen Feldes (das hier durch Verbände, Gewerkschaften und Stiftungen bzw. Think Tanks repräsentiert wird). Schließlich liefert auch der politikferne Bereich der Wissenschaften den JournalistInnen und MedienrezipientInnen Deutungsangebote für bestimmte politische Maßnahmen, wie die Besteuerung von Erbschaften oder Vermögen.

Dieser Grad der Politisierung, so die These der vorliegenden Untersuchung, hat Folgen für den journalistischen Anspruch an die pluralistische und vielfältige Darstellung von Meinun-

gen und Standpunkten. Auf dem politischen Feld – und abgeschwächt sicherlich auch auf dem politiknahen – wird dies meist als selbstverständlich angenommen (vgl. Otto et al., 2016: 16-25): dass bei der Berichterstattung über ein entsprechendes Thema Regierungs- und Oppositionsparteien, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gehört werden sollten, ist zumindest in der Theorie recht unstrittig. Für den politikfernen Bereich der Wissenschaft ist dies weit weniger klar. Aufgrund eines „szientistischen Übereifer[s]“ oder „naiven Wissenschaftsglaubens“ (Schultz, 2020: 96) werden Einschätzungen von WissenschaftlerInnen oftmals als neutrale und objektiv gültige Wahrheiten dargestellt. Demgegenüber schließt sich die vorliegende Studie der Ansicht an, dass die journalistische Einbindung wissenschaftlicher Expertise „nur im Modus eines aufgeklärten Zweifels und im Bewusstsein des Pluralismus in der Wissenschaft“ gelingen kann. Es gilt „relevanten wissenschaftlichen Dissens und mögliche Innovationen zu erkennen und herrschende Lehrmeinungen zu hinterfragen“ (Schultz, 2020: 97). Auf die Berichterstattung über Wirtschaftswissenschaften bezogen bedeutet dies: „Dominante ökonomische Narrative herauszufordern, gehört zu den originären Funktionen des wirtschaftspolitischen Journalismus“ (Müller, 2017: 42).

Über diese normativ-theoretische Begründung der Ausweitung des Pluralismus- bzw. Vielfaltsanspruches auf den politikfernen Bereich der Wissenschaft – über den politischen und politiknahen Bereich hinaus –, möchte die vorliegende Untersuchung die Notwendigkeit

dieser Ausweitung auch empirisch begründen. Mittels einer Analyse von Netzwerkbeziehungen zwischen Wissenschaft, politischen Parteien, Stiftungen, Think Tanks, Gewerkschaften und Verbänden kann sie nachweisen, dass alle drei Bereiche – trotz ihres unterschiedlichen Grades der Politisierung – eng miteinander verbunden sind und entlang bestimmter inhaltlicher Positionen interagieren. Vonseiten des Journalismus erscheint eine Darstellung der politikfernen – aber niemals politik- und wertfreien – (Wirtschafts)Wissenschaften als Feld mit vielfältigen Standpunkten somit geboten.

## 2.2 Stand der Forschung

Von dieser grundlegenden Perspektive auf Medien ausgehend, soll nun der Stand der Forschung zum Untersuchungsgegenstand – der Berichterstattung zu ökonomischer Ungleichheit und zu Umverteilungsmaßnahmen von Vermögen und Einkommen – dargelegt werden. Betrachten wir die bestehende empirische Literatur zur Medienberichterstattung über ökonomische Ungleichheit und diesbezüglicher Umverteilungsmaßnahmen (wie von Grisold & Theine, 2017, erhoben), so zeigt sich, dass dieses Thema bisher kaum erforscht ist.

Nehmen wir zuallererst quantitative Untersuchungen zur Medienberichterstattung über ökonomische Ungleichheit in den Blick, wird schnell klar, dass die Berichterstattung zwischen 1945 und 2015 in den großen deutschen Zeitungen tendenziell zugenommen hat (Schröder & Vietze, 2015; Petring, 2016). Dies passt zum oben dargestellten Fakt, dass die

Ungleichheit selbst zugenommen hat – das Thema also wichtiger geworden ist. Die vorliegenden Untersuchungen zeigen aber auch, dass die Intensität der Berichterstattung je nach Medium unterschiedlich ist und sich überwiegend mit der politischen Ausrichtung der untersuchten Medien deckt. So hat die Berichterstattung in der konservativen *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) über den gesamten Zeitraum nur geringfügig zugenommen: die Anzahl der Zeitungsartikel zu ökonomischer Ungleichheit liegt nur bei rund 0,1 Prozent bis 0,2 Prozent aller jährlichen Artikel. Demgegenüber hat die Berichterstattung in *DER SPIEGEL*, *DIE ZEIT*, *Süddeutsche Zeitung* (SZ) und *taz* zu ökonomischer Ungleichheit wesentlich eindeutiger zugelegt: In *DER SPIEGEL* und *DIE ZEIT* ist die Berichterstattung im Jahr 2015 auf 0,4 Prozent bzw. 0,7 Prozent gestiegen im Vergleich zu ca. 0,1 bis 0,2 Prozent in den 40er und 50er Jahren (Schröder & Vietze, 2015). Insbesondere im letzten Jahrzehnt ist eine Intensivierung der Berichterstattung zum Thema Ungleichheit zu verzeichnen: im Zeitraum von 2001 bis 2012 waren durchschnittlich rund 0,45 Prozent aller Medienberichte solche zu ökonomischer Ungleichheit; ab dem Jahr 2013 lag der Durchschnitt bei 0,8 Prozent (Thomas et al., 2018). Trotz des Anstiegs der Berichterstattung im Zeitverlauf weisen die niedrigen Prozentzahlen jedoch darauf hin, dass das Thema der ökonomischen Ungleichheit in deutschen Zeitungen keine große Rolle spielt – trotz seiner herausragenden gesellschaftlichen Bedeutung.

Die soeben beschriebene Zunahme der Medienberichterstattung zu ökonomischer Un-

gleichheit sagt allerdings noch wenig über die Vermittlung der Inhalte eben dieser Berichterstattung aus. Hierfür sind qualitative Studien vonnöten und relevant, welche die sozio-linguistische – also die soziale, politische und kulturelle – Bedeutung der in den Medien verwendeten Sprache detailliert erfassen, aber ebenso den normativen Kontext, in welchen diese eingebettet ist, zu analysieren vermögen.

Solch eine qualitative Analyse bietet z. B. Bank (2017) mit der Untersuchung der Berichterstattung zu ökonomischer Ungleichheit in den beiden Zeitungen *FAZ* und *SZ* im Jahr 2016. Basierend auf einer qualitativen Framing-Analyse – einer Analyse der Deutungsrahmen, welche Teilaspekte der Realität in einem kommunikativen Kontext hervorgehoben werden, während andere dabei in den Hintergrund treten – stellt die Untersuchung dar, dass die *FAZ* im Vergleich zur *SZ* einen größeren Anteil von Artikeln beinhaltet, welche ökonomische Ungleichheit relativieren oder diese nur sehr oberflächlich besprechen. Desweiteren wird deutlich, dass die politische Ausrichtung der Zeitungen auch Einfluss auf die mit ökonomischer Ungleichheit verbundenen Themenkomplexe ausübt: Während die *SZ* sich auf die Themen Lebenszufriedenheit, Arbeitsmarkt und Gewerkschaften konzentriert, verbindet die *FAZ* Ungleichheit mit Fragen rund um Globalisierung und führt eine Reihe von internationalen Vergleichen an, die (implizit) zu einer Relativierung der deutschen ‚Verhältnisse‘, d. h. der in Deutschland vorzufindenden, doch nicht unerheblichen Formen von Ungleichheit, beitragen (Bank, 2017).

Interessante Ergebnisse liefern auch Studien über die US-amerikanische Medienlandschaft. Champlin und Knoedler (2008) analysieren die Nachrichtenberichterstattung zu ökonomischer Ungleichheit in sechs großen US-amerikanischen Tages- und Wochenzeitschriften zwischen 1997 und 2007. Sie tun dies ebenfalls in qualitativer Weise und kommen zur Schlussfolgerung, dass es in diesem Zeitraum zwar zu einer Zunahme der quantitativen Anzahl an Artikeln kommt, diese sich aber in den überwiegenden Fällen auf eine recht oberflächliche Berichterstattung beschränken. Kommt es zu einer vertieften Berichterstattung, stehen in der Regel Faktoren wie die zunehmende Globalisierung, ein unzureichendes Bildungsniveau oder der rasche technologische Wandel im Vordergrund. Bei all diesen Faktoren, so die Autorinnen, schwingt ein Hauch von Unvermeidbarkeit mit.

Eine vor kurzem erschienene Studie (Smith Ochoa, 2019) wollen wir zudem heranziehen, um die durchaus unterschiedlichen Legitimationen und die sehr diversen Narrative in der öffentlichen Debatte um ökonomische Ungleichheit in Deutschland aufzuzeigen. Mittels einer umfassenden Diskursanalyse wurden dafür Interviews, Zeitungsartikel (*Die Welt*, *DIE ZEIT*, *taz*) und Bundestagsreden untersucht. Insgesamt stellte die Studie drei Narrative fest, die in allen Kategorien (Zeitungen, Reden, Interviews) in unterschiedlicher Häufigkeit auftauchen. Zentrales Ergebnis ist, dass das dominante Leistungsnarrativ auf einer ordoliberalen Weltanschauung basiert, in der die zunehmende Ungleichheit trivialisiert und relativiert wird.

Konkret bedeutet dies, dass mit Rückgriff auf die Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und der persönlichen Verantwortung ökonomische Ungleichheit nicht als negativ wahrgenommen wird. Stattdessen wird diese als natürlicher Teil einer „freien Marktgesellschaft“ betrachtet, die leistungsfähigen BürgerInnen gleiche Chancen bietet. Dabei wird hauptsächlich der Gini-Koeffizient (zur Begriffserläuterung, siehe unten) als relevantes Maß der Ungleichheit herangezogen, während anderen Indikatoren – wie der Verteilung des Vermögens, der Stagnation der Reallöhne oder der zunehmenden Prekarität der Erwerbsarbeit – kaum Bedeutung zugeschrieben wird. Empirische Befunde und politische Aussagen, die alternative Sichtweisen vertreten, werden in diesem Narrativ als alarmistisch, ja sogar als „hysterisch“ delegitimiert. Neben dem Leistungsnarrativ werden jedoch auch zwei weitere Narrative identifiziert, die dem Ausmaß und der Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit in Deutschland eher kritisch gegenüberstehen. Dies ist einerseits das Narrativ des „Pragmatismus“, welches argumentiert, dass die bestehende ökonomische Ungleichheit zwar nicht vollständig im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung beseitigt, aber doch durch ordnungspolitische Maßnahmen und öffentliche Investitionen weitgehend eingedämmt werden kann. Andererseits beschreibt das dritte Narrativ des „Niedergangs“ die ökonomische Ungleichheit

als eine grundlegende Bedrohung für die sich bereits verschlechternde demokratische Ordnung. Seit den 1980er Jahren hat sich in dieser Interpretation eine gravierende gesellschaftliche Spaltung verschärft, die oligarchische Strukturen durch jahrzehntelange Deregulierung, die Schwächung der Gewerkschaften, Sparmaßnahmen, überhöhte Vorstandsgehälter und weitreichende Privatisierungen gefördert und begünstigt hat.

Kommen wir nun, als letzten inhaltlichen Schwerpunkt bestehender Studien, zu jenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Medienberichterstattung zu Politikmaßnahmen zum Inhalt haben, genauer zu Umverteilungsmaßnahmen (von Vermögen und Einkommen). Allgemein ist hier zu konstatieren, dass solche in der Berichterstattung eher ablehnend behandelt werden und die positiven Implikationen der Umverteilungspolitik – zur Reduktion von Ungleichheit – unterrepräsentiert bleiben. Dass auch hier gesellschaftliche Leitbilder und Narrative eine wichtige Rolle spielen, darf nicht unerwähnt bleiben.

Wird die Piketty-Debatte 2014/15<sup>2</sup> herangezogen, so ergibt eine Analyse der Berichterstattung in jeweils drei Tages- und Wochenzeitungen in Irland, Großbritannien, Deutschland und Österreich, dass Umverteilungspolitiken in geringerem Maße angesprochen werden als das Thema der ökonomischen Ungleichheit an sich, und diese Politiken außerdem als

<sup>2</sup> Im Jahr 2014 wurden sowohl die englischsprachige als auch die deutschsprachige Übersetzung des Buchs „Capital in the 21st Century“ (Kapital im 21. Jahrhundert) von Thomas Piketty veröffentlicht. Das Buch wurde weltweit medial stark rezipiert und führte zu einer öffentlich breit geführten Debatte um ökonomische Ungleichheit und Umverteilung von Einkommen sowie Vermögen (Bank, 2015; Theine & Grabner, 2020).

wesentlich umstrittenerer definiert werden. Wenn Umverteilungsmaßnahmen (wie höhere Vermögens- und Einkommenssteuern) Erwähnung finden, so werden sie eher flüchtig angesprochen und nicht weiter detailliert behandelt. Darüber hinaus lassen sich linguistische Zuspitzungen und aggressiv ablehnende Formulierungen feststellen, die dem Leser/der Leserin die Gefährlichkeit, Unmöglichkeit und Ineffizienz einer höheren Besteuerung vermitteln sollen (Grisold & Theine, 2018; Rieder & Theine, 2019; Theine & Rieder, 2019). So werden zum Beispiel ‚die Reichen‘ gern als Opfer ohne Handlungskompetenz portraitiert, welche ein ‚aggressiver‘, ‚überwältigender‘ Staat den Risiken durch Kapitalentnahme und daher der Gefahr des Konkurses aussetzt. Ebenso werden aggressiv-ablehnende Formulierungen und Suggestivfragen verwendet, die eine weitere sachliche Debatte um Fragen der Besteuerung doch erheblich erschweren. Ein Beispiel aus einer englischen Sonntagszeitung: „Das ist bizarr. Haben wir seit den 1970er Jahren nichts gelernt bezüglich der Auswirkungen sehr hoher Steuersätze auf Wachstum und Anreize? Glaubt noch irgendjemand, dass die Ankündigung horrend hoher Steuersätze im Erfolgsfall die Menschen nicht davon abhalten wird, nach Erfolg zu streben und die Risiken einzugehen, die notwendig sind, um Innovationen zu fördern?“ (David Smith, *The Sunday Times*, 27. April 2014, Übersetzung durch die AutorInnen).

Die mediale Debatte zur Vermögenssteuer im Rahmen der Bundestagswahl im Jahr 2013

in Deutschland (Lichtenstein et al., 2016) zeigt als dominantes Framing der Berichterstattung mehrerer Zeitungen die (negativen) wirtschaftlichen Folgen, die durch eine Vermögenssteuer entstehen könnten. Ein Vergleich der unterschiedlichen Zeitungen zeigt, dass bei konservativen Zeitungen (wie zum Beispiel der *FAZ*) fast ausschließlich ökonomische Argumente gegen die Vermögenssteuer vorherrschen, wohingegen linksliberale Zeitungen (wie zum Beispiel *DIE ZEIT*) neben ökonomischen Überlegungen auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit adressieren.

Die langfristige Berichterstattung der *FAZ* zu Vermögenssteuern zwischen 1995 und 2016 wird von Leipold (im Erscheinen) untersucht. Diese Berichterstattung ist geprägt von einer vornehmlich technischen Sicht auf Vermögenssteuern (Bemessungsgrundlage, verschiedene Vermögensarten) und beleuchtet vor allem die Kosten, welche für die Unternehmen und die Gesellschaft potentiell entstehen könnten. Insgesamt, so das Fazit der Studie, steht die Berichterstattung der Einführung einer Vermögensbesteuerung überwiegend ablehnend gegenüber.

Betrachten wir wieder die US-amerikanische Situation, so war die mediale Debatte rund um die Steuersenkungen während der Bush-Administration (in Kraft getreten in den Jahren 2001 und 2003), von der fast ausschließlich sehr reiche Personen profitiert haben (Saez & Zucman, 2019), öfters im Fokus wissenschaftlicher Studien (Bell & Entman, 2011; Limbert & Bullock, 2009). Für

die Berichterstattung in großen nationalen Fernsehnachrichtensendungen ist zu konstatieren, dass zwei Drittel der Berichterstattung eher an der Oberfläche bleiben und nicht detailliert über die Steuersenkungen berichten (Bell & Entman, 2011). So wird zum Beispiel regelmäßig betont, dass „alle Amerikaner“ von reduzierten Steuerbelastungen profitieren würden, was impliziert, dass alle dieselben Interessen in der Steuerpolitik haben (Bell & Entman, 2011). Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen (ArbeitnehmerInnen, ArbeitgeberInnen, Menschen mit hohem oder niedrigem Einkommen/Vermögen) bleiben größtenteils unbenannt, stattdessen stehen undefinierte, „kollektivistische“ Begrifflichkeiten im Vordergrund der Berichterstattung („die Amerikaner“, „das Volk“, „die Nation“) (Bell & Entman, 2011). Die Steuersenkungen für sehr wohlhabende Personen wurden ebenso in großen US-Zeitungen (Limbert & Bullock, 2009) überwiegend als wichtiger Beitrag zum allgemeinen wirtschaftlichen Wohlstand des Landes dargestellt, statt über die unterschiedlichen Auswirkungen für einzelne Gruppen zu berichten. Generell werden Personen, die von Steuersenkungen profitierten, sehr häufig zu LeistungsträgerInnen und hartarbeitenden Menschen stilisiert, die es verdienen, ihr „selbstverdientes“ Einkommen und/oder Vermögen zu behalten. Zusammenfassend über beide Studien zur US-amerikanischen Situation, kann festgehalten werden, dass neben den nicht-adressierten Auswirkungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen auch die

zunehmende Ungleichheit, welche durch die Steuersenkungen entstanden ist, in der Medienberichterstattung weitgehend vernachlässigt wird.

Insgesamt lässt sich hinsichtlich des Stands der Forschung zum Untersuchungsgegenstand – der Berichterstattung zu ökonomischer Ungleichheit und zu Umverteilungsmaßnahmen von Vermögen und Einkommen – konstatieren, dass die quantitativen Langzeitstudien (die insbesondere für Deutschland durchgeführt wurden) auf eine Zunahme der Berichterstattung über ökonomische Ungleichheit hinweisen. Sie zeigen auch, dass die politische Orientierung der Medien eine starke Rolle in der inhaltlichen Ausrichtung spielt, hat doch die Berichterstattung über Ungleichheit in konservativen Zeitungen nur geringfügig zugenommen, während progressiver ausgerichtete Zeitungen ihre Berichterstattung intensiviert haben. Doch allein die Zunahme der Berichterstattung sagt wenig über die Art und Weise aus, wie ökonomische Ungleichheit und Umverteilungsmaßnahmen medial vermittelt werden. Hier weisen qualitative Studien nach, dass die Medienberichterstattung ökonomische Ungleichheit oft im Rahmen des dominanten Leistungsnarrativs interpretiert. Hinsichtlich der Umverteilungsmaßnahmen zeigen bisherige qualitative Analysen, dass oftmals subtile sprachliche Methoden und linguistische Zuspitzungen verwendet werden, um (höhere) Einkommens- und Vermögenssteuern sowie staatliche Maßnahmen allgemein abzuwerten.

### 3 Hintergrund I: Vermögens- und Erbschaftssteuern in Deutschland

Bevor die empirische Untersuchung startet, ist es jedoch angebracht, sich einen Überblick über die Entwicklung deutscher Vermögens- und Erbschaftssteuern zu verschaffen, die der untersuchten Berichterstattung zugrunde liegt – auch, um diese besser einordnen und bewerten zu können. In diesem Kapitel wird deshalb die Entwicklung und Situation der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland beschrieben. Wir beginnen mit einigen Daten zum Status Quo der Vermögenssituation.

Deutschland ist in Bezug auf die Vermögensverteilung eines der ungleichsten Länder im Euroraum (Bach et al., 2019; Leitner, 2016). In einer Auswertung für das Jahr 2014 zeigt sich, dass die obersten zehn Prozent rund 65 Prozent besitzen, die obersten ein Prozent besitzen sogar rund 35 Prozent des gesamten privaten Vermögens in Deutschland. Im Gegensatz dazu besitzen große Teile der Bevölkerung keinerlei nennenswertes Vermögen. Die „unteren“ 50 Prozent besitzen ca. drei Prozent des gesamten Vermögens. Der Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß für die Ungleichheit einer Verteilung, liegt damit bei 0,79. Dies stellt einen hohen Wert der Ungleichverteilung dar, würde ein Gini-Koeffizient von eins doch bedeuten, dass das gesamte Vermögen von einer Person/einem Haushalt besessen wird. Zum Vergleich: In Frankreich besitzen die

obersten ein Prozent rund 25 Prozent des gesamten privaten Vermögens, in Spanien sind es knapp unter 20 Prozent (Bach et al., 2019).<sup>3</sup>

In absoluten Zahlen ausgedrückt, besaßen die reichsten 500 Deutschen nach Schätzungen des *manager magazins* (2016) ein Vermögen von insgesamt 700 Milliarden Euro im Jahr 2016. Die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung, die mindestens ein Nettovermögen von elf Millionen Euro je Haushalt ihr Eigen nennen, besaßen ein Gesamtvermögen von ca. 1.400 Milliarden Euro, davon schätzungsweise 75 Prozent Unternehmensvermögen (Bach et al., 2019). Hierbei ist anzumerken, dass die aktuelle Corona-Krise mit großer Sicherheit auch an den Vermögenden nicht spurlos vorbeigehen wird, wenn auch beim derzeitigen Stand noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, in welche Richtung dies geschehen wird. Legen wir die Analysen über die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009ff. zugrunde, so kann der Schluss gezogen werden, dass es längerfristig zu keinen signifikanten Veränderungen in der Vermögensverteilung kommen wird (Westermeier & Grabka, 2015).

Diese Ungleichheit in der Vermögensverteilung weist außerdem eine sehr hohe Kontinuität auf. Haushalte mit hohem Vermögen haben ihre Position innerhalb der Vermögensverteilung im Laufe der Zeit kaum verändert. Am anderen Ende des Spektrums ist es nach wie

<sup>3</sup> An dieser Stelle ist anzumerken, dass diese Werte Schätzungen sind und mit einer gewissen Unsicherheit einhergehen. Die Berechnungen zur Vermögensungleichheit basieren auf Haushaltsumfragen, die seit 2010 in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. Diese Haushaltsumfragen sind allerdings ungenau, da besonders Reiche oft nicht teilnehmen oder ihr Vermögen unterschätzen. ForscherInnen haben unterschiedliche Methoden entwickelt, wie das nachträgliche Hinzuziehen der „Reichenlisten“ von *Forbes* und dem *manager magazin*, um dieses Problem einzudämmen (Bach et al., 2019).



vor sehr unwahrscheinlich, dass Haushalte mit wenig oder gar keinem Vermögen ihren Vermögensbestand deutlich erhöhen können (Bach et al., 2019; Grabka, 2014). Ein wesentlicher Grund für die anhaltende Vermögensungleichheit, da ist sich die Forschung weitgehend einig, ist die generationsübergreifende Übertragung in Form von Schenkungen und Erbschaften, welche dazu führt, dass etwa 25 bis 40 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland vererbt werden (Fessler & Schürz, 2018; Leitner, 2016; Piketty, 2014).

Somit zeigt sich für das deutsche Beispiel, dass die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften eine wichtige Rolle für die Vermögensungleichheit und deren Fortbestand im Laufe der Zeit spielt. Mitte des 20. Jahrhunderts sind beide, Vermögen und Erbschaften, noch vergleichsweise stark besteuert worden; in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurden die Steuersätze dann deutlich reduziert. Im Jahr 1946 lagen die Steuersätze für Nettovermögen zwischen ein und 2,5 Prozent (für natürliche Personen) und zwei und 2,5 Prozent (für sogenannte juristische Personen, beispielsweise Unternehmen). Ab 1978 wurden die Steuersätze für juristische Personen auf 0,5 Prozent und bei natürlichen Personen auf 0,7 Prozent gesenkt (Wieland, 2003; Bach, 1997). 1995 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die Vermögenssteuer in der damals bestehenden Form verfassungswidrig ist, da unterschiedliche Vermögensarten unterschiedlich besteuert wurden. Insbesondere wurde konstatiert, dass Immobilienbesitz und Unternehmenseigentum gegenüber anderen

Vermögensformen zu gering besteuert werden und dies dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht. Da die zweijährige Frist zur Reform der Vermögenssteuer nicht genutzt wurde, ist diese seit 1997 in Deutschland ausgesetzt (van Kommer & Kusters, 2013; Bach & Beznoska, 2012).

Ähnlich verhält es sich bei der Erbschaftsbesteuerung. Die Spitzensteuersätze auf Erbschaften und Schenkungen lagen nach dem Zweiten Weltkrieg bei rund 80 Prozent (mit niedrigeren Werten für EhepartnerInnen und direkte Nachkommen), wurden aber zwischen 1970 und 1990 schrittweise auf durchschnittlich 20 bis 25 Prozent gesenkt. Im Laufe der 90er kommt die Einführung eines Freibetrages für den Erwerb von Betriebsvermögen hinzu (1993 und 1996), sodass erhebliche Teile der vererbten Unternehmen mittlerweile nicht mehr besteuert werden (Scheve & Stasavage, 2012; Houben & Maiterth, 2011a,b).

Im 21. Jahrhundert – dem Betrachtungszeitraum der vorliegenden Studie – ist die Erbschaftsbesteuerung zweimal (2006 und 2014) durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) als in Teilen verfassungswidrig moniert worden. Im Mittelpunkt beider Gerichtsurteile standen die Steuerbefreiungen für die Unternehmensvererbung und das damit einhergehende Versagen des Gesetzgebers, ähnlich wie bei der Vermögensbesteuerung, unterschiedliche Vermögensarten gleich zu behandeln. In beiden Fällen erhielt der Gesetzgeber etwa zwei Jahre Zeit, um das Steuergesetz zu reformieren, was dann auch 2009 und 2016 erfolgte. In beiden Reformprozessen wurde die vom

Verfassungsgericht abgelehnte Steuerbegünstigung von Unternehmensvermögen geändert und reformiert, gleichzeitig wurden aber neue Befreiungen eingeführt (Bach, 2016, 2015; Maiterth, 2013; Houben & Maiterth, 2011a,b).<sup>4</sup> Dadurch wurde es möglich, dass zwischen 2009 und 2015 171 Milliarden Euro an Firmenvermögen steuerfrei vererbt werden konnten. In den Jahren 2011 bis 2014 waren Übertragungen ab fünf Millionen Euro im Durchschnitt zu mehr als der Hälfte steuerbefreit, Übertragungen ab 20 Millionen Euro wurden in diesem Zeitraum im Durchschnitt sogar zu 93 Prozent steuerbefreit. In dieser Phase ist bemerkenswert, dass im Rahmen von sogenannten „Vorzieheffekten“ die Übertragung von Vermögen zu Lebzeiten aufgrund der steuerlichen Vorteile signifikant angestiegen ist, und damit eine beachtliche Zahl an Minderjährigen in diesem Zeitraum zu MilliardärInnen geworden sind (Bach, 2016; Bach & Mertz, 2016).

Auch die Reform von 2016 hat an dieser Situation nichts grundsätzlich verändert. Zwar wurden die Vererbungsregeln für Betriebsvermögen weiter verkompliziert, um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts zu entsprechen. Die grundlegende Tendenz der großzügigen Steuerbefreiung von Betriebsvermögen bleibt aber bestehen. So ist die Steuerbefreiung von 85 oder sogar 100 Prozent des Betriebsvermögens weiter

möglich, wenn auch „nur“ bis zu einem Unternehmenswert von maximal 26 Millionen Euro (bei Familienunternehmen sogar bis 52 Millionen Euro). Ab dieser Schwelle wird zwar das Betriebsvermögen besteuert, aber die Erben können zwischen zwei Steuermodellen (Bedürfnisprüfung oder Abschmelzmodell) wählen, was ihnen weiterhin großzügige Privilegien eingeräumt. Mikrosimulationen für verschiedene Fallstudien (kleine, mittlere und große Unternehmen mit unterschiedlichen Kapitalausstattungen) zeigen, dass die Besteuerung von Betriebsvermögen nur in wenigen Fällen zunimmt, während der Großteil der Unternehmensnachfolgen weiterhin unverteuert bleibt (Franke et al., 2016; Scholz & Truger, 2016). Die niedrige Erbschaftsbesteuerung und die anhaltenden Befreiungen für Betriebsvermögen haben mehrere WissenschaftlerInnen veranlasst, die Vereinbarkeit der Erbschaftssteuerreform 2016 mit dem Urteil des Verfassungsgerichts 2014 in Frage zu stellen (Butterwegge, 2018; Horn et al., 2017).

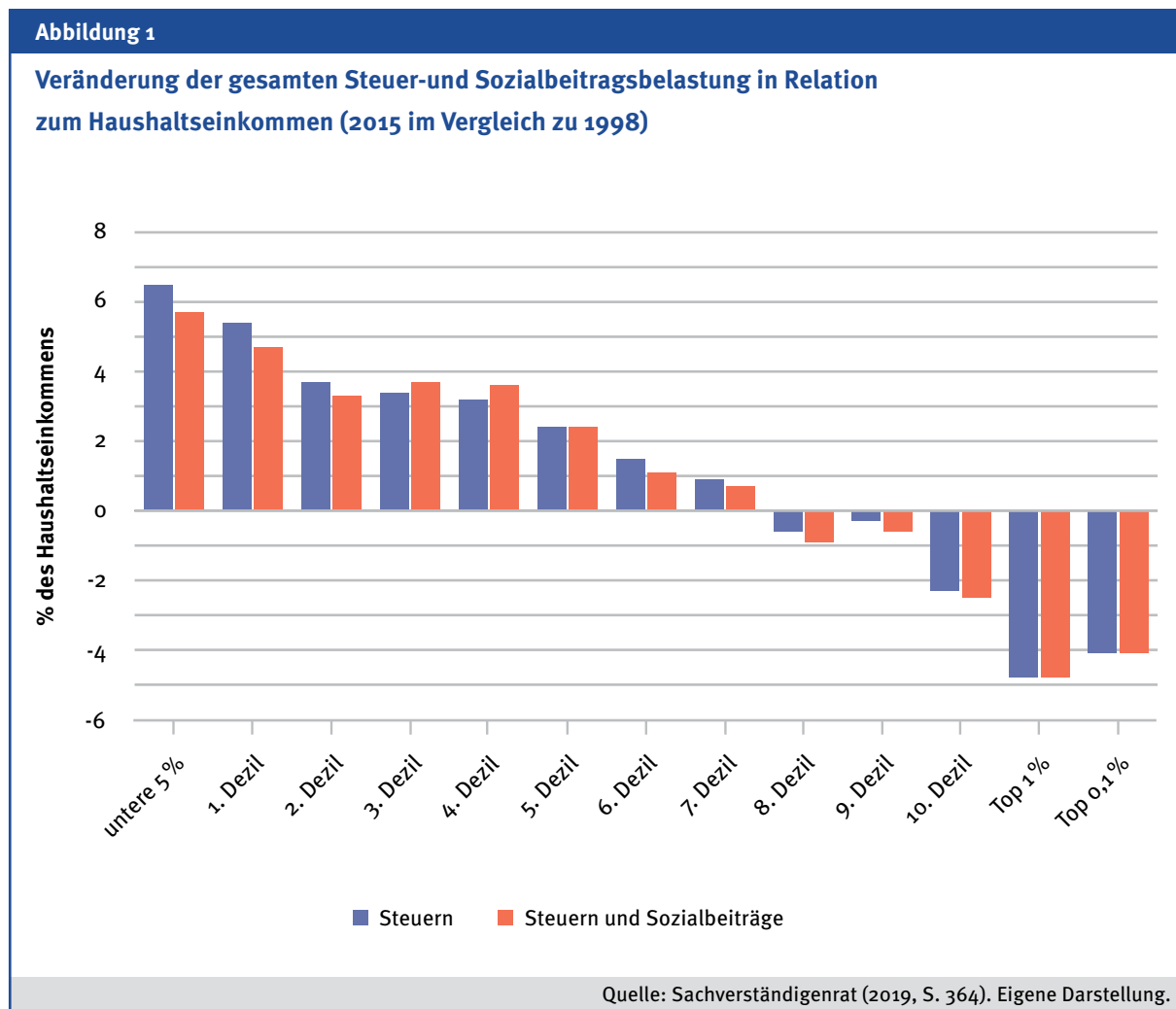
Was für Folgen haben diese Regelungen – über die Zementierung der skizzierten Ungleichheit hinaus? Die nicht vorhandene Vermögenssteuer und die niedrige Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen führen dazu, dass die Steuereinnahmen (aus der Erbschaftssteuer) in Deutschland zwischen 2000

---

4 In der Reform von 2009 wurde die niedrige Bewertung von Betriebsvermögen, welches zuvor 35 Prozent unter dem Marktwert bewertet worden ist, aufgehoben. Gleichzeitig wurde ein neues ‚Schlupfloch‘ für Betriebsvermögen geschaffen: Die Vererbung von Unternehmen konnte bis zu 85 Prozent oder sogar vollständig von der Erbschaftssteuer befreit werden, falls der Erbe oder die Erbin das Geschäft weiterführt und eine bestimmte Gesamtlohnsumme garantiert (Bach, 2016, 2015; Maiterth, 2013; Houben & Maiterth, 2011a,b).

und 2018 nur vier bis acht Milliarden Euro pro Jahr ausmachten. Im Vergleich dazu sind die Steuereinnahmen aus der Umsatz- und Lohnsteuer, die maßgeblich von VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen bezahlt werden, um ein Vielfaches höher: Die Steuereinnahmen aus der Umsatzsteuer betragen im Zeitraum von 2000 bis 2018 zwischen 104 Milliarden Euro und 174 Milliarden Euro; aus Lohnsteuern belaufen sich die Einnahmen auf 123 Milliarden Euro bis 208 Milliarden Euro (Destatis, 2018).

Nicht weiter verwunderlich ist es daher, dass wissenschaftliche Simulationen eindeutig zu dem Schluss kommen, dass Vermögens- und Erbschaftssteuern grundsätzlich eine verstärkte Funktion für die Staatseinnahmen zukommen könnte. Bach & Thiemann (2016) berechnen, dass schon eine Vermögenssteuer von nur 1 Prozent mit hohen Freibeträgen (zum Beispiel eine Million Euro, auf die keine Steuern zu zahlen wären) zu zusätzlichen jährlichen Steuereinnahmen von rund zehn



bis 20 Milliarden Euro führen würde. Steuerpflichtig wären dabei nur ca. 150.000 Personen, das entspricht den reichsten 0,2 bis 0,5 Prozent der deutschen Bevölkerung.<sup>5</sup> Ähnliches gilt für die Erbschaftssteuer. Schon bei einer moderaten Reform derselben, bei der die exzessiven Steuerbegünstigungen von Unternehmensvermögen eingeschränkt werden, können bei Steuersätzen von 15 Prozent und keineswegs geringen Freibeträgen von 500.000 Euro pro Person, Steuereinnahmen von 15 bis 20 Milliarden Euro erzielt werden (Bach, 2016).

Bei der Debatte um die Erhöhung der Steuern auf Vermögen und Erbschaften handelt es sich letztlich auch um die Frage, wel-

che gesellschaftlichen Gruppen zur Finanzierung des Staatshaushalts in welcher Höhe beitragen. Abbildung 1 zeigt, dass durch die Steuerreformen der vergangenen 20 Jahre<sup>6</sup> diesbezüglich eine eindeutige Verschiebung zulasten der unteren Einkommen stattgefunden hat. Die untersten 70 Prozent zahlen 2015 anteilig mehr Steuern als noch im Jahr 1998, während die obersten 30 Prozent weniger zum Staatshaushalt beitragen (Bach et al., 2016; Sachverständigenrat, 2019). Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Reform der Erbschaftssteuer würde hier ansetzen, um wohlhabende Gesellschaftsgruppen wieder stärker an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen.

---

5 Bach et al. (2014) berechnen, wie hoch eine einmalige Vermögensabgabe sein müsste, um Steuereinnahmen von 100 Milliarden Euro zu erzielen. Sie zeigen, dass bei Freibeträgen von einer Million Euro ein Steuersatz von ca. fünf Prozent notwendig wäre, um diese Summe zu erreichen.

6 Neben der oben diskutierten Abschaffung der Vermögenssteuer und der Reform der Erbschaftssteuer, ist hier noch die Reduktion des Einkommenssteuerhöchstsatzes, die Unternehmenssteuerreform sowie die Absenkung der Kapitalertragssteuer zu nennen. Insgesamt hat damit die Progressions- und Umverteilungswirkung des Steuersystems zwischen 1998 und 2015 abgenommen (Bach et al., 2016).

## 4 Hintergrund II: Die volkswirtschaftliche Disziplin, Paradigmen und wirtschaftspolitische Überzeugungen

Neben der Betrachtung der Vermögensverteilung in Deutschland ist auch ein Blick auf die Ausrichtung und Situation der Wirtschaftswissenschaften Voraussetzung für die nachfolgende Analyse. Wie in Kapitel 2.1 dargelegt, stellen die jeweiligen (Fach)Wissenschaften für JournalistInnen wichtige Quellen und Bezugspunkte dar, ÖkonomInnen prägen also den journalistischen Blick auf wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Ereignisse. Allerdings ist „die“ volkswirtschaftliche Forschung kein monolithischer Block, der eine einheitliche Deutung und Bewertung bestimmter Ereignisse quasi naturgesetzlich vorgibt. Die historische Entwicklung zeigt, dass sich die vorherrschende Sichtweise in den Wirtschaftswissenschaften immer wieder ändert – und mit ihr die wissenschaftliche Befürwortung oder Ablehnung bestimmter politischer Maßnahmen. Eindeutig ist jedoch, dass diese Veränderungen im wissenschaftlichen Feld nicht nur Einfluss auf die Wirtschaftspolitik haben (welche Maßnahmen werden empfohlen, welche nicht), sondern selbst auch abhängig von wirtschaftlichen und politischen Ereignissen sind (Mudge, 2018). So wird spätestens seit der globalen Wirtschaftskrise von 2007/2008 auch im deutschsprachigen Raum (und darüber hinaus) über den Zustand und die Ausrichtung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung kontrovers diskutiert. Neben der Kritik an der gegenwärtigen Hochschullehre (siehe zum Beispiel Netzwerk Plurale Ökonomik, 2020), stehen dabei insbesondere die vorherrschenden konzeptionellen und methodischen Zugänge der ökonomischen Forschung im Zentrum dieser durchaus heftigen und grundsätzlichen

Diskussionen (Heise et al., 2016; Dimmelmeier et al., 2019). Diese Kritik wird dabei keineswegs nur von Studierenden oder „linken“ WissenschaftlerInnen geäußert, welche durch einen solchen Verweis gerne als kleine sektiererische Gruppe abgetan werden. Im Gegenteil: diverse namenhafte ÖkonomInnen, unter ihnen einige TrägerInnen des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften (wie Joseph E. Stiglitz, Paul Krugman oder Robert Shiller, um nur einige zu nennen), haben in den letzten Jahren den Zustand und die Ausrichtung der volkswirtschaftlichen Forschung kritisiert. So zum Beispiel auch Robert Solow (2010), der in seiner Stellungnahme vor dem US-Repräsentantenhaus im Rahmen der Aufarbeitung der Finanzkrise scharfe Kritik an der volkswirtschaftlichen Forschung übt. Solow argumentiert, dass Standardverfahren und Modelle der makroökonomischen Forschung zwar den internen Logiken der Profession entsprechen, aber weit von der Realität entfernt sind. Ein weiteres Beispiel ist die Kritik des ehemaligen Vorsitzenden der britischen Finanzmarktaufsichtsbehörde, Adair Turner, welcher den Wirtschaftswissenschaften mit Verweis auf die Finanzkrise ebenfalls ein Versagen vorwirft und konstatiert: „Man kann eine Krise nicht kommen sehen, wenn man mit Theorien und Modellen arbeitet, für welche Krisen unmöglich sind“ (Turner 2016, S. 246, Übersetzung durch die AutorInnen). Angesichts dieser Tatsache ruft er zu einem „fundamentalen Wandel [...] in den Konzepten und Herangehensweisen der Wirtschaftswissenschaften“ auf (ebd., S. 15, Übersetzung durch die AutorInnen).

#### 4.1 Heterodoxie versus Mainstream

Die volkswirtschaftliche Disziplin hat eine Vielzahl an (methodischen) Zugängen und theoretischen Herangehensweisen zu bieten, sie hat eine Vielzahl an Schulen und grundsätzlichen Perspektiven hervorgebracht. Derzeit ist sie in ihrem Anwendungsbereich der Lehre (nicht nur, aber besonders dort) in Deutschland (nicht nur, aber besonders auch dort) jedoch nicht von einer Vielfalt an Perspektiven geprägt. Im Gegenteil, die Volkswirtschaftslehre (VWL) zeichnet sich durch die Dominanz einzelner, weniger Herangehensweisen in Lehre und Forschung aus. Im Zentrum steht dabei die „Mainstream“ genannte ökonomische Ausrichtung, welche durch eine formale und empirisch-ökonomische Herangehensweise geprägt ist – was bedeutet, dass größtenteils mit abstrakten Modellen gearbeitet (und vor allem gerechnet) wird. Konzeptionell baut der Mainstream im Kern auf einem sogenannten „neoklassischen Framework“ auf. Dieses setzt einige sehr spezifische Annahmen voraus, die (meist) nicht mehr diskutiert werden. So ist dieses Framework geprägt von:

- der Definition des Gegenstandsbereichs der Ökonomik als Allokation (also Zuweisung, Zuordnung) knapper Ressourcen,
  - der grundsätzlichen Berufung auf Gleichgewichtszustände als zentralem Element wirtschaftlicher Prozesse,
  - der Annahme der Rationalität menschlichen Handelns (bekannt als „homo oeconomicus“),
  - einer ahistorischen, mechanistischen Vorstellung von wirtschaftlichen Prozessen.
- Innerhalb dieses Mainstreams wird, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, an diesen zentralen Grundsätzen der neoklassischen Theorie festgehalten (Dobusch & Kapeller, 2012; Beckenbach, 2019; Morgan, 2015).
- Diese Herangehensweise an ökonomische Fragestellungen wird von anderen Theorieschulen der Ökonomik stark kritisiert. Diese Schulen werden meist unter dem Namen der „heterodoxen Ökonomik“ (griech. Heterodoxía = abweichende, verschiedene Meinung) zusammengefasst. Dabei wird unter anderem auf vorhandene Probleme der inneren Konsistenz und der mangelnden Plausibilität mainstreamökonomischer Konzepte hingewiesen. Die unterschiedlichen Herangehensweisen der heterodoxen Ökonomik betonen in Abgrenzung zur Mainstreamökonomik:
- die historischen Spezifika und die institutionellen Settings moderner (kapitalistischer) Ökonomien,
  - die Wichtigkeit einer breiteren Definition des ökonomischen Gegenstandsbereiches, der über rein marktbasierter Prozesse und Tätigkeiten hinausgeht; z. B. nicht-marktbasierter Fürsorge und Vorsorge miteinschließt (Stichwort: *social provisioning*),
  - die Bedeutung fundamentaler Unsicherheit und daher auch von Ungleichgewichten,
  - die zentrale Rolle sozialer, kultureller und gesellschaftspolitischer Normen, die verhaltensprägend sind,

- das Zusammenspiel unterschiedlicher ökonomischer Ebenen (Mikro-, Meso- und Makroebene)
- sowie die Wichtigkeit eines Pluralismus an methodischen Zugängen, mit denen ökonomische Prozesse analysiert werden können und sollten (Beckenbach, 2019; Jo & Todorova, 2018; Morgan & Embery, 2018; Lawson, 2006).

Diese Unterschiede in den Grundannahmen bleiben nicht ohne Folgen: Während sich sowohl die Mainstreamökonomik als auch die heterodoxe Ökonomik mit der Ungleichheitsthematik beschäftigen, können wir feststellen, dass die Mainstreamökonomik das oftmals in einer sehr relativierenden Ausprägung tut, der überwiegende Teil der heterodoxen Ansätze hingegen auf die zentrale Wichtigkeit des Verteilungsthemas für die Stabilität und Weiterentwicklung der Ökonomie verweist. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die Mainstreamökonomik überwiegend von Gleichgewichtszuständen ausgeht und die Wirtschaft in dieser Sicht idealiter dorthin tendiert, sodass die Mainstreamwissenschaft auch kaum Krisentheorien kennt. Wie die oben geäußerte Kritik zeigt, ist dies besonders in der letzten großen Wirtschaftskrise wieder schmerzlich an die Oberfläche getreten (Aigner et al., 2018; Wisman & Smith, 2011; Martins, 2011).

Diese oben beschriebene heterodoxe Charakterisierung der ökonomischen Wissenschaft ist allerdings nicht unumstritten. So wird zum Beispiel von Colander et al. (2004, 2010) argumentiert, dass der ökonomische

Mainstream durchlässiger ist als behauptet. In der Tat sind viele neue Ansätze wie die „Evolutionäre Ökonomik“ oder die „Verhaltensökonomik“ mittlerweile Teil der etablierten ökonomischen Forschung. Diese Entwicklung wird von einigen so interpretiert, dass der Mainstream grundsätzlich offen und wandelbar ist. Entsprechend wird das „Ende der Neoklassik“ (Colander, 2000) und ein neuer „Mainstream Pluralismus“ (Cedrini & Fontana, 2018) diagnostiziert. Ein weiterer Einwand ist, dass die ökonomische Forschung in den letzten Jahrzehnten wesentlich empirischer geworden ist und so die zentralen (modelltheoretischen) Annahmen der Mainstreamökonomie in den Hintergrund treten und an Relevanz für die praktizierte Forschung verlieren (Davis, 2019; Angrist et al., 2017; Hamermesh, 2013). Die Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik, Prof. Fuchs-Schündeln, bringt dieses Argument in einem Interview mit der *Wirtschaftswoche* auf den Punkt:

„Es gibt keine einengenden nationalen Denkschulen mehr. Vor 30 Jahren war die deutsche VWL zum Teil sehr ideologisch. Vor allem bei den jüngeren Forschern ist das passé; sie gehen ergebnisoffen an alle Fragen heran“ (Losse, 2019).

Diese Einwände sind wichtig und weisen darauf hin, dass bei der Charakterisierung eines so komplexen Feldes wie der Ökonomik natürlich Vorsicht geboten ist. Allein die Tragweite der Einwände ist zu hinterfragen. Zwar lässt sich eine grundlegende Veränderung der main-streamökonomischen Forschung beobachten,

in der verhaltensökonomische Konzepte, empirische Methoden oder auch lange eher randständige Themen wie Ungleichheit und Wirtschaftskrisen eine zunehmend wichtigere Rolle spielen (Aigner et al., 2018). Gleichzeitig ist diese Offenheit (bisher) aber beschränkt und rückt von zentralen Elementen – wie den mathematisch-formalen und ökonometrischen Konventionen, der Tendenz zu Gleichgewichtsanalysen und dem methodologischen Individualismus – selten ab (Davis, 2019; Aigner et al., 2018). Somit können die neueren Entwicklungen innerhalb der Mainstreamökonomie als Variationen des neoklassischen Kerns verstanden werden (Beckenbach, 2019; Dobusch & Kapeller, 2009). Diesen Entwicklungen soll Rechnung getragen werden, indem im Folgenden von „pluralem Mainstream“ gesprochen wird.



#### Erläuterung „(Pluraler) Mainstream“

Als „pluraler Mainstream“ wird in der vorliegenden Studie jene Gruppe von ÖkonomInnen bezeichnet, die zwar auf mainstream-ökonomischer Forschung aufbauen, aber partiell (d. h. bei bestimmten Annahmen) auch von dieser abweichen (Cedrini & Fontana, 2018). In dieser Kategorie werden also (jüngere) Entwicklungen aufgegriffen, die bezüglich bestimmter Forschungsthemen zu einer partiellen Veränderung der mainstreamökonomischen Forschung geführt haben. ÖkonomInnen die diese Entwicklungen nicht integrieren werden als „Mainstream“ bezeichnet.

#### 4.2 Deutschlands ÖkonomInnen: Einstellungen zur Besteuerung und paradigmatische Orientierung

Diese großteils globale Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft lässt sich auch in Deutschland anhand von Umfragen unter den Mitgliedern der größten deutschen Vereinigung von ÖkonomInnen, dem Verein für Socialpolitik, nachzeichnen. Einerseits zeigt sich, dass die Zustimmung zum neoklassischen Forschungsparadigma zwischen 2006 und 2015 gesunken ist. Im Jahr 2006 waren noch vier Fünftel aller befragten ÖkonomInnen „Großteils“ oder „mit Einschränkung“ der Meinung, dass die Neoklassik die wichtigste Denkschule ist (Frey et al., 2010). Im Jahr 2015 hat sich das Bild etwas gewandelt: die Zustimmung zur Neoklassik hat abgenommen, aber nach wie vor fühlt sich eine relative Mehrheit (34 Prozent) der Neoklassik am nächsten (Fricke, 2017). Auch waren 2006 noch zwei Drittel der ÖkonomInnen der Meinung, dass das Menschenbild des nutzenmaximierenden homo oeconomicus brauchbar ist für die Analyse menschlichen Verhaltens (Frey et al., 2010). Im Jahr 2015 ist im Gegensatz dazu fast die Hälfte der ÖkonomInnen der Meinung, dass ökonomische Modelle in der Vergangenheit zu stark auf der Annahme rationalen Verhaltens aufgebaut waren und ÖkonomInnen wieder stärker nicht-ökonomische Faktoren (Normen, Identitäten, Werte usw.) in ihrer Analyse berücksichtigen sollten (Fricke, 2017).

Andererseits bleibt die Zustimmung zum Kern der mainstreamökonomischen Forschung



außerordentlich stabil. So haben im Jahr 2006 95 Prozent der befragten ÖkonomInnen die Verwendung quantitativer, empirischer Forschungsmethoden als sehr relevant dafür eingestuft, was „einen guten Ökonomen oder eine gute Ökonomin“ ausmacht. In der Umfrage 2015 steigt dieser Wert sogar nochmal leicht auf 96 Prozent. Auch hervorragende mathematisch-analytische Fähigkeiten werden als extrem wichtig erachtet: 2006 halten 92 Prozent der befragten ÖkonomInnen dies für ein zentrales Merkmal „eines guten Ökonomen/einer guten Ökonomin“; 2015 steigt die Zustimmung leicht auf 94,6 Prozent. Damit liegt die Zustimmung zur Wichtigkeit empirischer Forschungsmethoden und der mathematisch-analytischen Fähigkeit sogar noch über der guten Kenntnis der aktuellen Wirtschaftslage (Frey et al., 2010; Fricke, 2017). Im Gegensatz dazu werden qualitative Methoden kritisch gesehen. Diese werden als „zu uneindeutig“ und „zu allgemein“ kritisiert oder gar als unökonomische und unwissenschaftliche Forschung abgetan (Lenger & Kruse, 2017). In einer Umfrage unter 638 ÖkonomInnen, die an Universitäten arbeiten, stimmen nur rund 20 Prozent der Aussage zu, dass qualitative Methoden in der volkswirtschaftlichen Lehre vermittelt werden sollten (Beckenbach et al., 2016).

In den Umfragen unter ÖkonomInnen zeigt sich also eine sehr hohe Zustimmung zu mainstreamökonomischen Herangehensweisen in Deutschland. Diese Perspektive wird durch Untersuchungen des wissenschaftlichen Feldes weiter bestärkt. So ist Deutschland im internationalen Vergleich durch seine besonders

starke Homogenität der ökonomischen Disziplin mit einer recht konservativen Deutung ökonomischer Standardmodelle gekennzeichnet (Urban & Rommel, 2020; Heise & Thieme, 2016; Lee, 2012). Dies hat zum einen mit dem Aufstieg des Ordoliberalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun, einer Theorieströmung, die als deutsches Spezifikum gilt (siehe Kasten). Zwar scheint die Zahl ordoliberaler ÖkonomInnen in letzter Zeit abzunehmen, allerdings wirft der Ordoliberalismus gerade im Bereich der Einbettung in politische und wirtschaftliche Think Tank-Netzwerke, in der Politikberatung und der medialen Präsenz noch seinen „langen Schatten“ (Dullien & Guerot, 2012; Ötsch et al., 2018; Grimm et al., 2018).



#### **Erläuterung „Ordoliberalismus“**

Als „ordoliberale ÖkonomInnen“ wird in der vorliegenden Studie jene Gruppe von ÖkonomInnen bezeichnet, die aufgrund ihrer Forschung oder institutionellen Anbindung der Tradition des Ordoliberalismus nahe stehen. Der Ordoliberalismus ist ein im Deutschland der Nachkriegszeit entwickeltes Konzept einer Wirtschaftsordnung, die marktwirtschaftlicher Prozesse und ökonomischen Wettbewerb betont und in hohem Ausmaße auf die Freiheit der BürgerInnen auf dem Markt rekurriert (Grimm et al., 2018; Ötsch et al., 2018). Der Staat soll dafür einen Ordnungsrahmen vorgeben, aber jenseits seiner Anreiz- und Ordnungsfunktion möglichst wenig in Erscheinung treten (Frey et al., 2010; Ptak, 2009).

Mit anderen Worten: In Deutschland haben es heterodoxe Ansätze besonders schwer – sowohl im wissenschaftlichen Betrieb, als auch in Beratungsinstituten und Gremien als Schnittstellen zur (Wirtschafts)Politik (Heise & Thieme, 2016; Lee, 2012). In der oben zitierten Studie der Mitglieder des Vereins für Socialpolitik fühlen sich im Jahr 2015 weniger als ein Prozent der ÖkonomInnen dem Marxismus und nur 15 Prozent dem (Post)Keynesianismus (siehe Kasten) zugehörig (Fricke, 2017). Auch im Bereich der politischen und wirtschaftlichen Think Tank-Netzwerke, in der Politikberatung und der medialen Präsenz zeigt sich ein nur geringer Einfluss von heterodoxen ÖkonomInnen (Ötsch et al., 2018). Und dieser Trend setzt sich sehr wahrscheinlich sogar noch weiter fort: In den letzten Jahren haben heterodoxe Ansätze an deutschen Hochschulen weiter an Boden verloren. Im Jahr 2005 lag die Zugehörigkeit zum Keynesianismus noch bei 20 Prozent (Frey et al., 2010). Passend dazu sind die Berufungen heterodoxer ÖkonomInnen auf Universitätslehrstühle seit den 1990er Jahren stark rückläufig (Heise et al., 2016).



#### **Erläuterung „(Post)Keynesianismus“**

Als Post-keynesianische ÖkonomInnen wird in der vorliegenden Studie jene Gruppe von ÖkonomInnen bezeichnet, welche sich auf die marktkritischen Arbeiten von John Maynard Keynes (sowie weiterer keynesianischer ÖkonomInnen wie Michal Kalecki, Nicholas Kaldor und Joan Robinson) bezieht. Themen wie Ungleichgewichtstheo-

rie, unvollkommene Konkurrenz, instabile Finanzmärkte, fundamentale Unsicherheit seien hier beispielhaft als zentrale Elemente dieser Arbeiten genannt. Der (Post) Keynesianismus ist heute theoretisch wie empirisch eine bedeutende Strömung innerhalb der heterodoxen Ökonomie (Heise, 2019). In den USA ab Mitte der 1930er Jahre und im Europa der Nachkriegszeit erlangte der Keynesianismus politischen und wissenschaftlichen „Mainstreamstatus“, war also die dominante Theorie, bevor seine Bedeutung mit dem Aufstieg des Neoliberalismus ab den 1980er Jahren stark abnahm (Kromphardt 2004).

Die gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Relevanz der unterschiedlichen Traditionen innerhalb der Ökonomik ergibt sich, wenn die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Überzeugungen von ÖkonomInnen betrachtet werden. Hierzu gibt es einige sehr aufschlussreiche Untersuchungen, die eine enge Verbindung von mainstreamökonomischen Theorien und wirtschaftsliberalen Einstellungen zeigen. Enste et al. (2009) befragen ÖkonomInnen, die an deutschen Universitäten tätig sind und zeigen, dass 85 Prozent gegen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns sind und auch nur 72 Prozent glauben, dass ein Mindestlohn gerecht sei. Weiterhin lehnen 94 Prozent der befragten ÖkonomInnen die Deckelung von Spitzengehältern ab, während die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hingegen von fast zwei Drittel der deutschen ÖkonomInnen unterstützt wird. Demgegenüber halten wiederum

97 Prozent der ÖkonomInnen die Forderung, Unternehmen, die Gewinne erzielen, ein Entlassungsverbot zu erteilen, für nicht sinnvoll. In einer anderen Umfrage aus dem Jahr 2015 nach den Hartz4-Reformen befragt, stimmen fast 50 Prozent der Aussage zu, dass diese Reformen Deutschland „weitgehend fit gemacht [haben] für die kommenden Jahre“, während weitere 20 Prozent sogar meinen, es bräuchte noch „radikalere Reformen“ am Arbeitsmarkt (Fricke, 2017). Über eine solche wirtschaftsliberale Schlagseite hinaus, attestieren Heise et al. (2016) der vorherrschenden Mainstream-ökonomie in Deutschland eine explizite „Gewerkschaftsfeindlichkeit“: 68 Prozent der befragten ÖkonomInnen (gegenüber nur 56 Prozent im Jahr 1981) wollen den gewerkschaftlichen Einfluss wesentlich einschränken, nur 29 Prozent lehnen diese Vorstellung ab (gegenüber 44 Prozent im Jahr 1981).

Hinsichtlich der Vermögens- und Erbschaftssteuern gibt es keine großflächigen Umfragen unter ÖkonomInnen, aber ebenfalls Indizien für eine wirtschaftsliberale Schlagseite. Eine Umfrage der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2013) unter 80 ÖkonomInnen in Deutschland zeigt, dass rund 85 Prozent der Befragten die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ablehnen (ISNM, 2013). Eine Umfrage im Rahmen des ifo-Ökonomenpanels im Jahr 2016 ergibt, dass ÖkonomInnen eine Erbschaftssteuer prinzipiell nicht ablehnen, sich jedoch mehrheitlich für eine niedrige und einheitliche Steuer aussprechen. Den Reformkompromiss im Jahr 2016 halten viele ÖkonomInnen entsprechend auch für zu weitreichend. Zwölf Prozent der TeilnehmerInnen

sprechen sich für eine generelle Abschaffung der Erbschaftssteuer aus (Dorn et al., 2017).

Die Überschneidung zwischen den paradigmatischen Orientierungen und der Haltung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung ist großteils eindeutig. Ordoliberaler und andere Mainstream-ÖkonomInnen stehen einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und/oder einer progressiveren Herangehensweise an die Erbschaftsbesteuerung eher ablehnend gegenüber. Im Gegensatz dazu befürworten viele der heterodoxen ÖkonomInnen eine höhere Erbschaftsbesteuerung und/oder eine Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung. Lediglich die Gruppe der pluralistischen Mainstream-ÖkonomInnen stellt eine ziemlich heterogene Gruppe bezüglich der Haltung zu Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung dar. So sprechen sich zwar bekannte pluralistische Mainstream-Ökonomen wie Thomas Piketty oder Paul Krugman dezidiert für eine höhere Besteuerung von Vermögen aus, doch ist die diesbezügliche Haltung anderer ÖkonomInnen dieser Gruppe eher unklar.

Die Skepsis gegenüber Vermögenssteuern scheint unter deutschen ÖkonomInnen also eher groß zu sein. Allerdings gibt es – vermutlich verstärkt durch die wachsende Ungleichheit und die Finanzkrise – auch Anzeichen für ein Umdenken bei Verteilungsfragen: Im Jahr 2015 stimmten 40,2 Prozent der befragten ÖkonomInnen der Aussage stark zu, dass Verteilungsfragen in Zukunft in der ökonomischen Analyse und bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden sollten; 2010 waren dies gerade einmal 29 Prozent der Befragten (Fricke, 2017).

## 5 Forschungsdesign

In diesem Kapitel werden die Materialbasis und die methodische Umsetzung der Studie erläutert.

### 5.1 Materialbasis

Für die Analyse der Berichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung im frühen 21. Jahrhundert wurden sieben deutsche Tages- und Wochenzeitungen ausgewählt: *Welt am Sonntag*, *DIE ZEIT*, *DER SPIEGEL*<sup>7</sup>, *Die Welt*, *FAZ*, *SZ* und *taz*, die *tageszeitung*. Die Auswahl der Zeitungen ergibt sich aus ihrer Stellung als einflussreiche und vielgelesene Qualitätszeitungen in Deutschland. Einige von ihnen werden in die Rubrik der „Leitmedien“ gereiht; darunter werden solche Zeitungen verstanden, die soziale, politische und wirtschaftliche Debatten beeinflussen und prägen (Röper, 2018; Pressrelations, 2017; Pfanner, 2011; Weischenberg et al., 2005). Wie bereits erwähnt, wird in der vorliegenden Studie danach gefragt, wie intensiv über die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung berichtet wird, was Anlass dieser Berichterstattung ist und welche thematischen Schwerpunkte gesetzt werden. Darüber hinaus werden jene AkteurInnen untersucht, die als „fachkundige Quellen“ zitiert werden. Zusätzlich zur übergreifenden Analyse wird dabei zwischen den zu untersuchenden Zeitungen differenziert, um so systematische Unterschiede

zwischen den einzelnen Medien herauszuarbeiten. An geeigneten Stellen findet zudem eine Analyse über die einzelnen Jahre hinweg statt, um zeitliche Entwicklungen der Berichterstattung darstellen zu können.

Was die Eigentumsverhältnisse betrifft, so sind fünf der sieben Zeitungen in Besitz von großen Medienunternehmen; dazu gehören namhafte mehrgenerationale Familienunternehmen wie *Gruner+Jahr*, *Verlagsgruppe von Holtzbrinck* oder die *Axel Springer SE*. Insbesondere bei diesen Familienunternehmen wird nicht nur das Eigentum an den Unternehmen, sondern damit auch erhebliches Vermögen über Generationen weitergegeben (Ferschli et al., 2019). Die genannten Unternehmen dürften von der Eigentümerseite her also ein ausgeprägtes Interesse an einer ablehnenden Haltung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung haben.<sup>8</sup> Zwei Zeitungen unterscheiden sich jedoch deutlich hinsichtlich der Besitzverhältnisse: *taz* und *FAZ* gehören jeweils einer Genossenschaft bzw. einer gemeinnützigen Stiftung (Bergmann & Novy, 2012; Groll, 2012).

Die politische Ausrichtung und somit auch die redaktionelle Haltung der sieben Zeitungen weisen teilweise ebenfalls starke Unterschiede auf. Unter Beachtung der notwendigen Vereinfachungen bei solch allgemeinen Charakterisierungen, kann doch festgehalten wer-

<sup>7</sup> Im Folgenden wird *DER SPIEGEL* der Einfachheit halber als Wochenzeitung klassifiziert, obwohl er üblicherweise als Wochenmagazin geführt wird.

<sup>8</sup> Um die redaktionelle Eigenständigkeit trotz solch spezifischer Eigentümerinteressen zu wahren, haben sich historisch unterschiedliche Regelungen entwickelt, die diese Unabhängigkeit sicherstellen sollen. Das dies nicht immer gelingen kann muss jedoch zur Kenntnis genommen werden und wird in konzeptionellen und empirischen Studien auch immer wieder betont.

den, dass *Welt am Sonntag* und *Die Welt* eher bürgerlich-konservativ ausgerichtet sind, mit einer ausgeprägten marktliberalen Haltung zu wirtschaftspolitischen Themen (Sasse, 2012; Pointner, 2010). *DIE ZEIT* genießt einen guten Ruf als Wochenzeitung mit hochwertigem Journalismus; dessen redaktionelle Haltung als linksliberal bezeichnet werden kann. *DER SPIEGEL* wurde in früheren Jahrzehnten als progressiv ausgerichtete Zeitschrift bekannt, tendierte aber in der jüngeren Verlagsgeschichte mehr und mehr zu (neo-)liberalen Positionen (Wolter, 2016; Burkhardt, 2012; Augstein, 2005; Gehrs, 2005). Gegründet von einer Gruppe einflussreicher deutscher Industrieller, schwankt der Ton der *FAZ* seit ihren Anfängen zwischen

liberalen und konservativen Positionen (Burkhardt, 2012; Schulz, 1986). Die aktuelle Forschung zeigt, dass die *FAZ* insbesondere bei wirtschaftspolitischen Themen eher marktliberal ausgerichtet ist (Wolter, 2016; Pointner, 2010; Volkmann, 2006). Die *SZ* tendiert zu einer linksliberalen Haltung, obwohl Medienwissenschaftler wie Wolter (2016) zeigen, dass in der wirtschaftspolitischen Berichterstattung auch neoliberale Argumente und Einschätzungen wirkmächtig sind. Mit der *taz*, gegründet als selbstorganisierte, basisdemokratische Zeitung, ist schließlich ein Presseorgan vertreten, das der politisch linken, grünalternativen Öffentlichkeit zugerechnet wird (Petring, 2016; Groll, 2012).

**Tabelle 1**  
**Übersicht über die ausgewählten Zeitungen und die Anzahl der untersuchten Zeitungsartikel**

Zeitung	Erscheinungsart (Zeitungstyp)	EigentümerInnen	Anzahl der untersuchten Artikel	Anteil an allen untersuchten Artikeln
<b>Welt am Sonntag</b>	Wöchentlich	Axel Springer SE	703	7,2 %
<b>DIE ZEIT</b>	Wöchentlich (Leitmedium)	Verlagsgruppe von Holtzbrinck	644	6,6 %
<b>DER SPIEGEL</b>	Wöchentlich (Leitmedium)	Gruner+Jahr, Spiegel-Mitarbeiter KG, Rudolf Augstein Erben	431	4,4 %
<b>Die Welt</b>	Täglich	Axel Springer SE	2.332	24 %
<b>Frankfurter Allgemeine Zeitung</b>	Täglich (Leitmedium)	Fazit-Stiftung	1.077	11,1 %
<b>Süddeutsche Zeitung</b>	Täglich (Leitmedium)	Südwestdeutsche Medien Holding	2.944	30,3 %
<b>taz</b>	Täglich	tageszeitung Verlags-genossenschaft eG	1.580	16,3 %
<b>Gesamt</b>			<b>9.711</b>	<b>100 %</b>

Quelle: Ferschli et al. (2019), kek (2019), Bergmann & Novy (2012), Groll (2012) Pfanner (2011). Eigene Darstellung.

Tabelle 1 zeigt eine Übersicht der der Studie zugrundeliegenden Zeitungen, deren Besitzverhältnisse und die Anzahl der Artikel, die sich im Untersuchungszeitraum mit dem Thema der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung auseinandergesetzt haben. Für einen relativen Vergleich, welche Wichtigkeit diesem Thema in der jeweiligen Zeitung beigemessen wird, sind in der letzten Spalte die Anteile der relevanten Artikel pro Zeitung in Relation zu allen untersuchten Artikeln aufgeführt. Zu beachten ist, dass natürlich nur die Tages- und Wochenzeitungen sinnvoll untereinander verglichen werden können.

Die Zeitungsartikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung wurden aus mehreren Datenbanken (Lexis Nexis, factiva und WISO) mit geeigneten Stichworten<sup>9</sup> bezogen. Der letztendliche Korpus umfasst 9.711 Artikeln (siehe Tabelle 1).

Wie in Kapitel 2 dargelegt, ist ein Schwerpunkt des vorliegenden Berichts die Untersuchung der Präsenz von fachkundigen AkteurInnen aus der Politik (politischen Parteien), dem politiknahen Bereich (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Stiftungen und Think Tanks) und der Wissenschaft in der Medienberichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung. Um diese Präsenz feststellen zu können, wurde eine umfassende Liste wirtschaftspolitischer Organisationen zusammengestellt. Ausgangspunkt waren die

Datensätze von Stephan Pühringer zu wirtschaftspolitischen Organisationen in Deutschland (Ötsch et al., 2018; Pühringer, 2020 für Details zur Methodik). Diese Datenbasis wurde für den spezifischen Schwerpunkt dieses Berichts weiter vervollständigt, indem auf Verbandsverzeichnisse (Deutsches Verbände Forum, 2019) und beim Deutschen Bundestag registrierte Verbände und Lobbygruppen (Deutscher Bundestag, 2019) zurückgegriffen wurde. Darüber hinaus wurden alle politischen Parteien im Bundestag während der jeweiligen Wahlperioden einbezogen. Die letztendliche Liste umfasst 465 Organisationen; diese wurden aufbauend auf Dür & Mateo (2013) und Berry (1977) in fünf Akteurstypen unterteilt (siehe Tabelle 2), die grob nach Grad der Politisierung unterschieden werden können. Zu dem politischen Bereich gehört der Akteurstyp „politische Parteien“, zu dem alle während der Untersuchungsperiode im deutschen Bundestag vertretenen Parteien zugeordnet wurden. Zu dem politiknahen Bereich werden die Akteurstypen „Arbeitgeberverbände“, „Gewerkschaften“ und „Stiftungen/Think Tanks/Beratungsinstitute“ gezählt. Der politik„fernste“ Bereich umfasst den Akteurstyp „Wissenschaft“, in dem Universitäten und wissenschaftliche Forschungsinstitute (wie z. B. die Institute der Leibniz-Gesellschaft) vertreten sind.

Vier der fünf Akteurstypen, alle außer Forschungsinstitute und Universitäten als Reprä-

---

9 Mit den folgenden Stichworten wurden die Zeitungsartikel ausgewählt: Vermögenssteuer, Vermögensteuer, Vermögensbesteuerung, Vermögenbesteuerung, Vermögensabgabe, Vermögenabgabe, Reichensteuer, Erbschaftssteuer, Erbschaftsteuer, Erbschaftsbesteuerung, Erbschaftbesteuerung, Erbschaftsabgabe, Erbschaftabgabe, Reichenabgabe, Reichenbesteuerung.

sentanten des Bereichs der Wissenschaften, haben eine mehr oder weniger explizite wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung.

Für diese AkteurInnen aus dem politischen und politiknahen Bereich wurde die Haltung zur Erbschafts- und Vermögensbesteuerung auf der Grundlage von Veröffentlichungen und Pressemitteilungen der jeweiligen Organisationen erfasst. Zudem wurden mittels einer Netzwerkanalyse die Beziehungen zwischen diesen Organisationen ermittelt. Hierfür wurde eine umfassende Liste von Mitgliedern und Vernetzungen zwischen den folgenden vier Akteurstypen angelegt: Stiftungen/Think Tanks, politische Parteien, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Grundlage dafür waren die Webseiten der jeweiligen Organisationen sowie Informationen aus früheren Untersuchungen zu wirtschaftspolitischen Organisationen in Deutschland (Ötsch et al., 2018; Pühringer,

2020; Lobbycontrol, 2019; Fischer & Plehwe, 2017; Deckwirth, 2016; Plehwe et al., 2016).

Wie in Kapitel 4 dargelegt, ist auch die Wissenschaft nicht „politikfrei“. Im Gegensatz zum politischen und politiknahen Bereich sind Forschungsinstitute und Universitäten jedoch relativ selten kollektive AkteurInnen mit einheitlicher politischer Meinung oder paradigmatischer Orientierung – interviewte ÖkonomInnen sprechen beispielsweise, anders als ein Sprecher einer Partei oder Gewerkschaft, nicht für ihre gesamte Universität. Deswegen wird in der vorliegenden Studie dort auf Universitäten und Forschungsinstitute als Repräsentanten des politikfernen Bereichs Wissenschaft zurückgegriffen, wo mit den anderen Bereichen verglichen wird, wie häufig welcher (institutionelle) Akteurstyp in der Berichterstattung vorkommt. In der detaillierteren Analyse des Feldes Wissenschaft selbst wird hingegen auf ÖkonomInnen, also Einzelpersonen, als Re-

Tabelle 2

## Typologie und Anzahl der untersuchten wirtschaftspolitischen AkteurInnen

AkteurIn	Anzahl der Organisationen
Wissenschaft (hier: Forschungsinstitute/Universitäten)	71
Stiftungen/Think Tanks/Beratungsinstitute	179
Arbeitgeberverbände	133
Gewerkschaften	70
Politische Parteien	12
<b>Gesamt</b>	<b>465</b>

Quelle: Eigene Darstellung.

präsentantInnen des Feldes zurückgegriffen, da hier eine konkrete Zuordnung zu Pro- bzw. Kontra-Positionen in der Frage der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung und der paradigmatischen Orientierungen besser möglich ist.

Um diese Rolle der ÖkonomInnen analysieren zu können, wurde im ersten Schritt eine umfassende Liste ebendieser erstellt, aufbauend auf dem Datensatz entwickelt von Stephan Pühringer (er enthält eine Liste aller ÖkonomInnen, die seit 2015 eine Professur an einer Universität in Deutschland innehatten, siehe Grimm et al., 2018, für Details). Um diesen Datensatz zu aktualisieren, zu erweitern und zu vervollständigen, wurden verschiedene Quellen herangezogen: Mitgliederlisten verschiedener wissenschaftlicher Vereinigungen in Deutschland (z. B. Keynes Gesellschaft und Verein für Socialpolitik); ÖkonomInnen, die in Rankings der *FAZ* (2018, 2015, 2013) und des *Handelsblatts* (2010) aufgeführt sind; sowie eine umfassende Liste der auf Twitter aktiven deutschen ÖkonomInnen (Odendahl & Stachelsky, 2019). Zu guter Letzt wurden namhafte internationale ÖkonomInnen auf der Grundlage eigener Voruntersuchungen in die Liste aufgenommen (Grisold & Preston, 2020). Die Gesamtliste umfasst dann 1.422 ÖkonomInnen.

Wie in Kapitel 4 erörtert, können die ÖkonomInnen verschiedenen Denkschulen, so z. B. der Mainstreamökonomie oder der heterodoxen Ökonomie, zugeordnet werden. Für den vorliegenden Artikel werden ÖkonomInnen entsprechend ihrer paradigmatischen Ausrichtungen wie folgt klassifiziert<sup>10</sup>.

Als die drei Varianten der Mainstream-Ökonomie:

- ordoliberaler ÖkonomInnen,
- plurale MainstreamökonomInnen und
- andere MainstreamökonomInnen

Als die beiden Varianten der heterodoxen Ökonomie:

- (Post-)KeynesianerInnen und
- sonstige heterodoxe ÖkonomInnen (bspw. MarxistInnen oder feministische ÖkonomInnen)

## 5.2 Methode und Umsetzung

Da das vorrangige Interesse dieser Untersuchung der Berichterstattung zu Vermögens- und Erbschaftssteuern gilt, wird sowohl die Intensität ebendieser Berichterstattung, deren inhaltliche Ausrichtung als auch die Präsenz von wirtschaftspolitischen Organisationen und

<sup>10</sup> Die Kategorisierung der ÖkonomInnen basiert auf der in Kapitel 4 diskutierten Struktur der Ökonomik und ist in Abstimmung mit früheren Untersuchungen zur paradigmatischen Ausrichtung von ÖkonomInnen in Deutschland entstanden (Grimm et al., 2018; Ötsch et al., 2018; Heise et al., 2016; Heise & Thieme, 2016). Sie ist in dieser Studie wie folgt vorgenommen worden: Aufseiten der Mainstreamökonomie gibt es zunächst die Kategorie der ÖkonomInnen, die in der Forschung oder institutionellen Anbindung in der Tradition des Ordoliberalismus stehen. Die Kategorie der pluralen MainstreamökonomInnen trägt hingegen der Entwicklung Rechnung, dass es in den letzten Jahren zu partiellen Veränderungen der mainstreamökonomischen Forschung hinsichtlich bestimmter Forschungsthemen gekommen ist; unter „andere MainstreamökonomInnen“ sind schließlich diejenigen ÖkonomInnen des Mainstreams kategorisiert, die nicht den ersten beiden Kategorien zuordenbar sind. Bezüglich der heterodoxen Ökonomie wird lediglich zwischen (Post-)KeynesianerInnen als der in Deutschland größeren Gruppe, und sonstigen heterodoxen ÖkonomInnen unterschieden – wobei Letztere in der Berichterstattung kaum vorkommen.



ÖkonomInnen in dieser Mediendiskussion erhoben und analysiert. Beginnend mit der Intensität der Berichterstattung wird untersucht, wie viele Artikel zu Erbschafts- und Vermögenssteuern in den sieben Zeitungen erschienen sind und welchen relativen Anteil dies an der gesamten Berichterstattung ausmacht.

Die inhaltliche Ausrichtung der Berichterstattung wird mittels Text-Mining-Methoden und Korpuslinguistik analysiert (Subtirelu & Baker, 2017; Lemke & Wiedermann, 2016; Mautner, 1995). Zur Ermittlung der Häufigkeit von Wörtern und Wortkombinationen in den Zeitungsartikeln wurden Wort-, Bigramm- und Trigramm-Häufigkeitslisten<sup>11</sup> berechnet<sup>12</sup> (Silge & Robinson, 2017, vgl. Anhang A.1 und A.2). Solch häufig verwendete Wörter und Wortkombinationen sind ein zentrales Instrument, um die generelle Ausrichtung von Debatten zu ermitteln. Im nächsten Schritt wurden sodann ausgewählte Stichwörter mittels KWIC-Konkordanzen einer eingehenden Analyse unterzogen. KWIC („keywords-in-context“)-Konkordanzen stellen Stichwörter so dar, dass diese in ihrer textuellen Umgebung analysiert werden können. KWIC-Konkordanzen ermöglichen es damit zu untersuchen, welche Art von Wörtern ein bestimmtes Schlüsselwort („Keyword“) umgeben (Mautner, 2015; Mautner, 1995, vgl. für ein Beispiel Anhang A.3).

Neben der Intensität und inhaltlichen Ausrichtung der Berichterstattung steht die Frage

der Präsenz von wirtschaftspolitischen Organisationen und ÖkonomInnen in der Berichterstattung im Zentrum der vorliegenden Analyse. Hierbei werden, anhand der beschriebenen umfangreichen Listen zu wirtschaftspolitischen Organisationen sowie zu ÖkonomInnen, diese in den Zeitungsartikeln mittels Suchfunktionen erkannt und hinsichtlich der Verteilung in den einzelnen Zeitungen analysiert. Daraufhin werden die wirtschaftspolitischen Organisationen hinsichtlich ihrer Haltung zur Erbschafts- und Vermögenssteuer gruppiert, um so herauszuarbeiten, ob eher Organisationen mit zustimmender, ablehnender oder neutraler Haltung in der Berichterstattung präsent sind. Wichtig ist festzuhalten, dass in der vorliegenden quantitativen Langzeitstudie keine qualitativen Aussagen über die medialen Bewertungen der unterschiedlichen AkteurInnen erfolgen können. Das heißt: Ob die Positionierung eines Arbeitgeberverbandes, welche stark kritisch gegenüber Vermögenssteuern ausfällt, in der Medienberichterstattung in Zweifel gezogen, neutral dargestellt oder verstärkt wird, ist über die Methode dieser Studie nicht ermittelbar. Bisherige wissenschaftliche Untersuchungen legen aber den Schluss nahe, dass Positionierung und Aussagen von AkteurInnen in der Berichterstattung eher selten in Frage gestellt, stattdessen meistens paraphrasiert oder komplett übernommen werden (Albaek et al., 2003; Berry, 2013; Laursen & Trapp, 2019).

<sup>11</sup> Bigramme sind Sequenzen von zwei benachbarten Wörtern; Trigramme sind drei aufeinander folgende Wörter.

<sup>12</sup> Um die Qualität und Homogenität der Daten zu verbessern, wurden zuvor – in Anlehnung an die gängige Praxis der Textanalyse – Stoppwörter (z. B. „das“, „und“, „oder“), Anführungszeichen und Satzzeichen entfernt.

Mit Rückgriff auf die Netzwerkforschung wird die Beziehungsstruktur zwischen den Organisationen und den ÖkonomInnen in die Analysen miteinbezogen. Die Besonderheit der Netzwerkforschung ist es, einzelne Untersuchungsobjekte nicht isoliert zu betrachten, sondern den Blick für die Kontextualisierung der sozialen Beziehungen zu öffnen. Damit fragt die Netzwerkforschung nach den Relationen zwischen den verschiedenen Untersuchungsobjekten und somit eben danach, welche Strukturmerkmale das Netzwerk aufweist (z.B. Cluster- und Cliquenbildungen) (Hollstein, 2010). Damit eignet sich Netzwerkforschung also sehr gut für das Vorhaben der

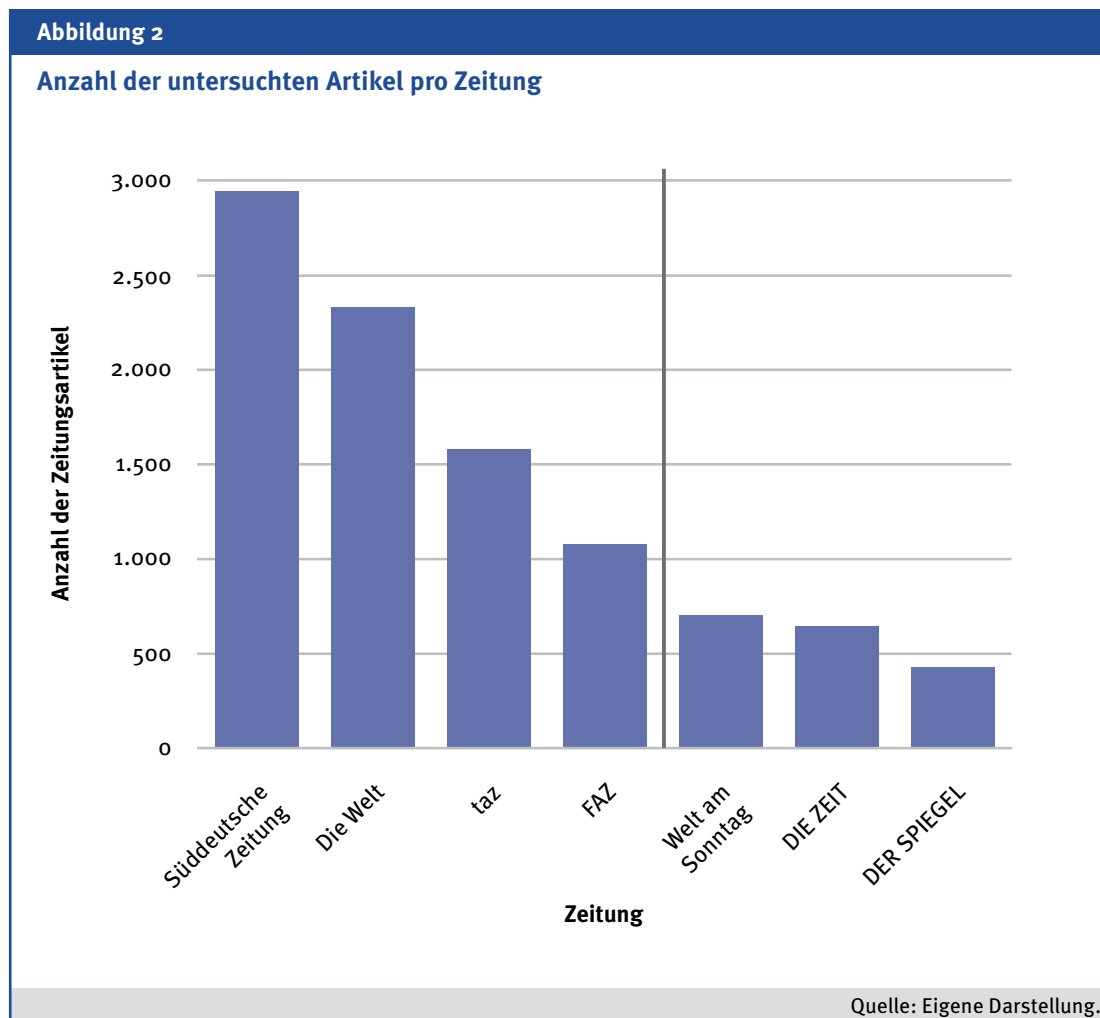
vorliegenden Studie, da die Interaktionen zwischen (scheinbar) getrennten Bereichen (z.B. dem des politischen und dem der Wissenschaft) mittels Cluster- und Typenbildung aufgezeigt werden können. In der vorliegenden Studie werden Organisationen als miteinander in Beziehung stehend betrachtet, wenn sie gemeinsame Mitglieder haben oder wenn sie Teil desselben Dachverbands (oft auch Netzwerk genannt) von Organisationen sind. ÖkonomInnen werden in der vorliegenden Studie als miteinander in Beziehung stehend betrachtet, wenn sie Mitglieder in der gleichen politischen und/oder politiknahen Organisation sind oder waren.

## 6 Ergebnisse I: Intensität, Anlässe und thematischer Schwerpunkt der Berichterstattung

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse hinsichtlich der Intensität der Berichterstattung über Erbschafts- und Vermögenssteuern und der inhaltlichen Ausrichtung der Berichterstattung dargestellt und diskutiert. Die gewonnenen Erkenntnisse werden jeweils am Ende eines Abschnitts zusammengefasst. Alle folgenden Darstellungen sind eigene Anfertigungen aus dem erhobenen empirischen Material.

### 6.1 Wer, wann, wie oft? Zur Intensität der Berichterstattung

Im Folgenden wird gezeigt, wie intensiv das Thema der Erbschafts- und Vermögenssteuern in den sieben Tages- und Wochenzeitungen behandelt worden ist. Im gesamten Untersuchungszeitraum (2000 bis 2018) sind knapp 10.000 Zeitungsartikel zum Thema veröffentlicht worden. Wie Abbildung 2 zeigt, sind in den

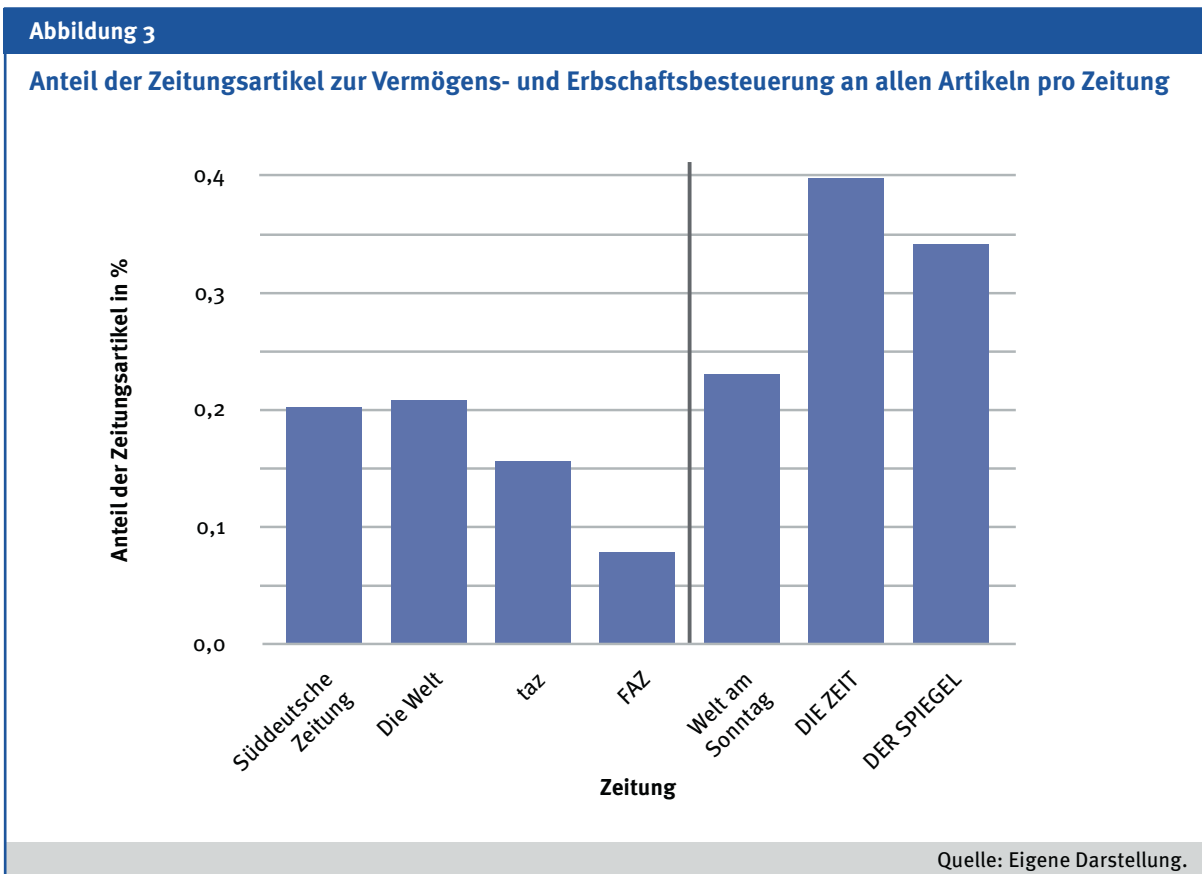


drei Wochenzeitungen dabei zwischen 500 und 700 Artikel im gesamten Zeitraum erschienen, nämlich 431 Artikel in *DER SPIEGEL*, 644 Artikel in *DIE ZEIT* und 703 Artikel in der *Welt am Sonntag*. In den vier Tageszeitungen sind zwischen 1.000 und 3.000 Artikel im gesamten Zeitraum erschienen: 1.077 Artikel in der *FAZ*, 1.580 Artikel in der *taz*, 2.332 Artikel in *Die Welt* und 2.944 Artikel in der *SZ*.

Die Intensität der Berichterstattung ist in den sieben Zeitungen dabei auch durchaus unterschiedlich (Abbildung 3). In den beiden Zeitungen *DIE ZEIT* und *DER SPIEGEL* befassen sich 0,4 Prozent bzw. 0,34 Prozent der Artikel mit der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung. Im Vergleich dazu

sind es in *Die Welt*, *Welt am Sonntag* und *taz* um die 0,2 Prozent der Artikel. Die *FAZ* berichtet hingegen mit nur 0,08 Prozent am wenigsten über Erbschafts- und Vermögenssteuern. Die relative Anzahl der Artikel deutet insgesamt auf ein eher geringes Interesse der Zeitungen an der Thematik der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung hin, insbesondere wenn man die herausragende gesellschaftliche Bedeutung des Themas (siehe Kapitel 3) als Maßstab nimmt.

Ein sehr deutliches Ergebnis dieser Untersuchung ist zudem, dass sich die Behandlung der Thematik (gemessen an der Zahl der Zeitungsartikel) sehr unterschiedlich auf den Untersuchungszeitraum verteilt. Abbildung 4



zeigt die Anzahl der Artikel pro Monat, im zeitlichen Verlauf ist erkennbar, dass diese stark schwankt. Beispielsweise zwischen knapp 300 Zeitungsartikeln im Dezember 2002 als Höchstwert und nur rund fünf Artikeln im Juli 2001, Juli 2002 oder Dezember 2008 als niedrigster Wert. Erkennbar ist, dass es immer wieder zu sprunghaften Anstiegen in der Berichterstattung kommt. Im Untersuchungszeitraum lassen sich vier Zeitperioden identifizieren, in denen intensiv über das Thema berichtet wurde: Mai 2002 bis Juli 2003, September 2007 bis September 2009, März 2012 bis Dezember 2013 und September 2015 bis April 2017 – auf diese Perioden wird in Kapitel 6.2 vertieft eingegangen.

Somit zeigt sich aber auch, dass insgesamt keine systematische Zunahme der Berichterstattung verzeichnet werden kann. In fast allen Zeitungen ist die absolute Anzahl der Artikel zur Erbschafts- und Vermögensbesteuerung in den Jahren 2000 und 2001 etwa gleich hoch wie in den Jahren 2017 und 2018. In den Monaten des Jahres 2000 und 2001 sind jeweils unter 35 Artikel erschienen; gleiches gilt ab Mitte 2017.

Die Anzahl der Artikel pro Zeitung im zeitlichen Verlauf (Abbildung 5) zeichnet ein ähnliches Bild. Auch hier kann konstatiert werden, dass die Intensität der Berichterstattung relativ starken Schwankungen unterliegt. Einige Phasen intensiverer Berichterstattung finden in mehreren Zeitungen annähernd parallel statt.

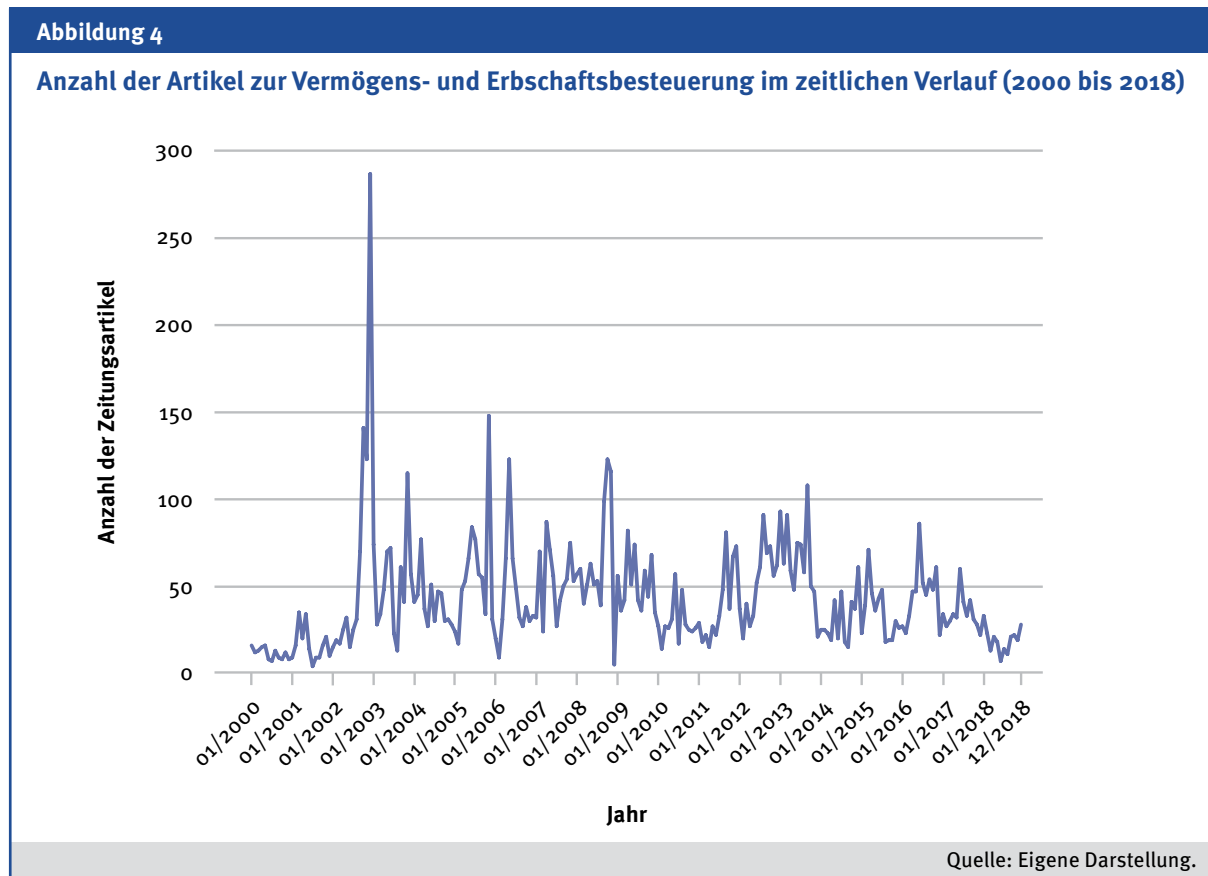


Abbildung 5

Anzahl der Artikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung pro Zeitung im zeitlichen Verlauf  
(oben: Tageszeitungen; unten: Wochenzeitungen)



Quelle: Eigene Darstellung.

So steigt die Anzahl der Artikel in den Jahren 2002, 2005, 2013 sowie 2016 in fast allen Zeitungen relativ synchron an. In Gegensatz dazu ist die im Gesamten intensivere Berichterstattung im Jahr 2008 hingegen allein von der SZ getragen.

Auch ist, wie im allgemeinen Trend zuvor schon dargelegt, für die jeweils einzelnen Zeitungen keine systematische Zunahme in der Berichterstattung im zeitlichen Verlauf erkennbar. Im Gegenteil: *Die Welt* scheint ab 2002 recht konstant immer weniger über Erbschafts- und Vermögenssteuern zu berichten. Wiederrum ein Gegenbeispiel stellt die SZ dar, deren relativ hohe Intensität in der Berichterstattung schon in Abbildung 2 deutlich wurde. Die SZ zeichnet sich dadurch aus, dass sie seit 2006 konstant die meisten Zeitungsartikel pro Jahr zu unserem Thema herausbringt.

Hinsichtlich der Intensität zeigt sich insgesamt, dass die Vermögens- und Erbschaftssteuern in der untersuchten Zeitspanne ein relativ seltenes Thema in deutschen Printmedien darstellen. Außerdem ist zu konstatieren, dass sich einige Phasen intensiverer Berichterstattung ausmachen lassen. Die Anlässe für die verstärkte Berichterstattung werden im nächsten Kapitel näher untersucht.

## 6.2 Jetzt Aber! Die Anlässe verstärkter Berichterstattung

Wie schon in Kapitel 6.1 beschrieben, lassen sich vier Zeitperioden identifizieren, in denen relativ intensiv über Erbschafts- und Vermögenssteuern berichtet worden ist. Diese vier

Perioden werden im Folgenden näher untersucht, um Aufschluss über die Anlässe der Berichterstattung zu erlangen, d. h. weiter der Frage nachzugehen, warum und in welchem Zusammenhang Erbschafts- und Vermögenssteuern thematisiert werden. Neben einer grafischen Darstellung der Anzahl der Artikel in den vier Perioden, werden dazu die Inhalte mittels einer Analyse der häufigsten Wörter und Wortkombinationen untersucht.

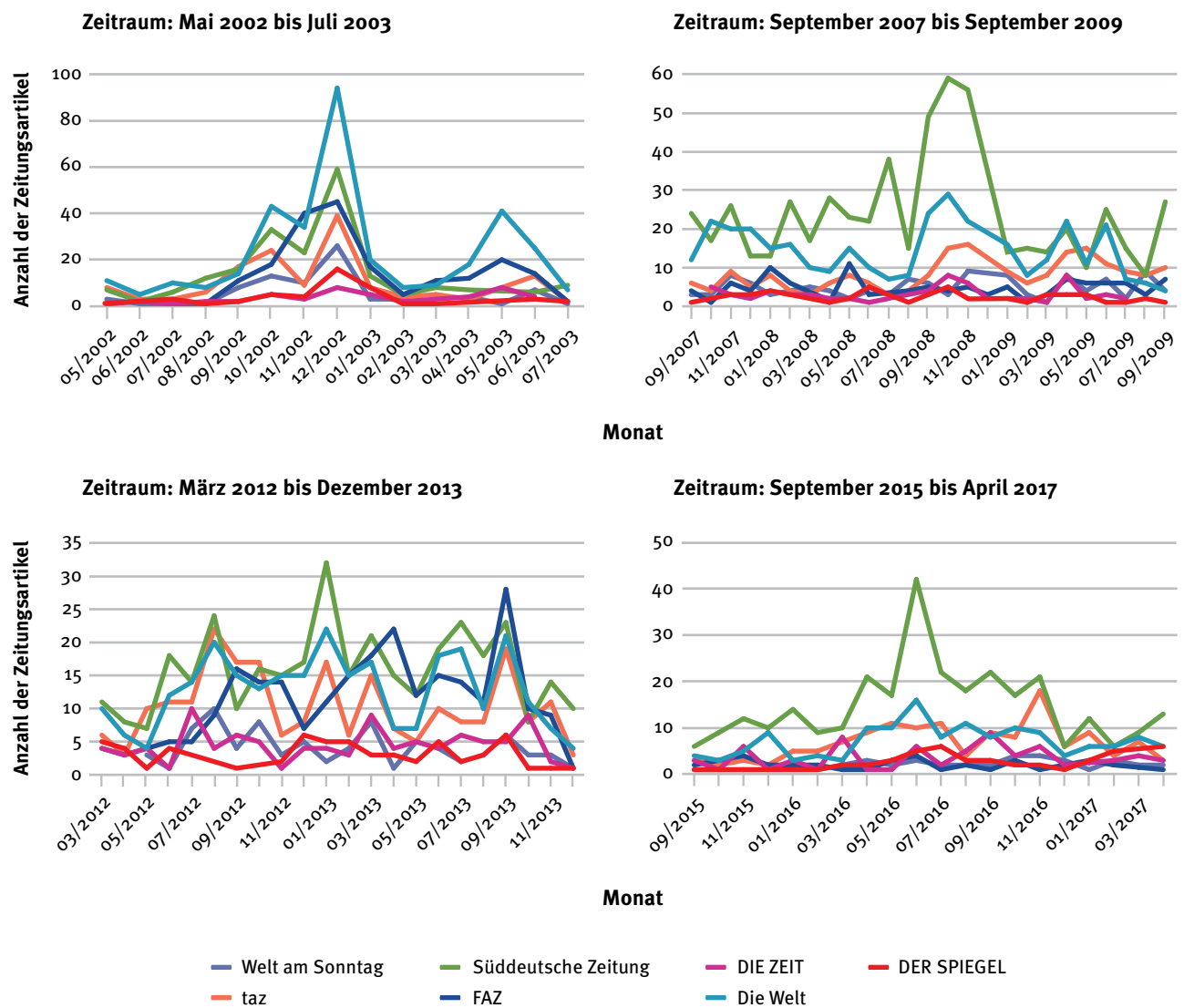
- Zeitraum 2002/2003: Eine genauere Betrachtung des ersten Zeitraums zeigt, dass insbesondere die Monate August 2002 bis Januar 2003 eine intensive Berichterstattung aufweisen (siehe Abbildung 6). Die Worthäufigkeitslisten der zwischen August 2002 und Januar 2003 veröffentlichten Artikel (Anhang A.4) zeigen, dass die Vermögensbesteuerung in diesem Zeitraum im Mittelpunkt stand („Vermögenssteuer“ ist das häufigste Schlagwort in diesen Monaten). Darüber hinaus sind mehrere politikbereichsbezogene Wörter wiederkehrend vorhanden (wie zum Beispiel „rotgrün“, „SPD“, „Regierung“ und „nach der Bundestagswahl“). Außerdem werden führende Politiker der Bundesländer („Niedersachsens Ministerpräsident Gabriel“, „Ministerpräsident Roland Koch“, „Edmund Stoiber“, „Wolfgang Clement“) und Politiker auf Bundesebene („Kanzler Schröder“, „Fraktionschef Müntefering“) genannt. Eine Reihe häufiger Wortkombinationen verweist auf heftige Kontroversen in der politischen Arena: „Streit um die Vermögenssteuer“, „Kanzler umkurvt Ver-

mögenssteuer“, „Schröder spricht Machtwort“, „Ver.di droht“. Zusammenfassend zeigen die Häufigkeitslisten damit, dass die Berichterstattung in diesem Zeitraum auf die

Debatte und Kontroversen um Vermögensbesteuerung ausgerichtet ist, nicht nur, aber besonders auch innerhalb der (damaligen Regierungspartei) SPD.

Abbildung 6

Anzahl der Zeitungsartikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung pro Zeitung in vier Perioden verstärkter Berichterstattung



Quelle: Eigene Darstellung.



- Zeitraum 2007/2009: Im zweiten Zeitraum 2007 bis 2009 ist speziell die Berichterstattung in der SZ (mit 40 bis 60 Artikeln pro Monat) zwischen Mai 2008 und Januar 2009 besonders intensiv (siehe Abbildung 6). Über die Worthäufigkeitsliste (Anhang A.5) wird schnell klar, dass sich diese Berichterstattung auf die Erbschaftssteuer konzentriert. Auch hier stehen politikfeldbezogene Wörter und Wortkombinationen („SPD“, „Union“, „große Koalition“, „Horst Seehofer“, „Bundeskanzlerin Angel Merkel“) im Vordergrund. In diesem Zeitraum ist es insbesondere die Debatte in und zwischen den regierenden Parteien der großen Koalition darüber, wie die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig gewordene Erbschaftssteuerreform ausgestaltet sein soll, die im Vordergrund der Berichterstattung steht.
  
  - Zeitraum 2012/2013: Im Gegensatz zu den drei anderen Perioden ist der dritte Zeitraum durch eine relativ lange, intensive Berichterstattung gekennzeichnet. Hierbei werden sowohl die Erbschafts- als auch die Vermögensbesteuerung diskutiert (siehe Anhang A.6). Neben den Sozialdemokraten (SPD) und Christdemokraten (Union) gehören in dieser Zeitperiode die Grünen (Bündnis 90/Die Grünen) zu den am häufigsten genannten Parteien. Wir nehmen an, dass letzteres aufgrund der grünen Wahlkampforderung im Rahmen der Bundestagswahl 2013, die Vermögenssteuer wieder einzuführen, zustande kommt (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2013). Die Schlagwörter „Hollande“ und „Depardieu“ implizieren zudem, dass die Frage der Vermögensbesteuerung häufig mit dem politischen Reformprozess in Frankreich verbunden wird: François Hollande führte 2012, als französischer Präsident, die Vermögensbesteuerung wieder ein. Dies wurde äußerst kontrovers diskutiert, und führte – unter anderem – dazu, dass der Schauspieler Gérard Depardieu medienwirksam androhte, in diesem Falle die französische Staatsbürgerschaft abzugeben (Clift & McDaniel, 2017; Süddeutsche Zeitung, 2013).
  
  - Zeitraum 2015/2017: Während der vierten Periode 2015 bis 2017 gibt es zwischen Februar und November 2016 eine Hochphase in der Berichterstattung (siehe Abbildung 6). „Erbschaftssteuer“, „Reform der Erbschaftssteuer“ und „Neuregelung der Erbschaftssteuer“ sind hier die am häufigsten verwendeten Wörter und Wortkombinationen (Anhang A.7). Darüber hinaus sind die Schlagworte „streiten“, „im Streit um“ und „Kompromiss“ oft vorzufinden. Der Fokus liegt damit klar auf der Erbschaftsbesteuerung und darin auf den Auseinandersetzungen und Kompromissbemühungen der Regierungskoalition SPD und CDU/CSU anlässlich der Erbschaftssteuerreform, die durch das zweite Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig wurde.
- Zusammenfassend zeigt die Analyse der vier Zeitperioden, dass Kontroversen in der politischen Arena, der politische Prozess und die

Aktivitäten der verschiedenen politischen AkteurlInnen im Vordergrund der Berichterstattung stehen. Über Erbschafts- und Vermögenssteuern wird insbesondere im Zusammenhang mit Debatten in und zwischen politischen Parteien berichtet. Anlass für alle vier Phasen verstärkter Berichterstattung ist also stets ein Vorgang im politischen System.

### 6.3 Politik, Wirtschaft oder Gerechtigkeit? Der thematische Schwerpunkt der Berichterstattung

Im Folgenden wird die inhaltliche Ausrichtung der Berichterstattung zur Erbschafts- und Vermögenssteuer in den analysierten Zeitungen untersucht. Wie bereits in Kapitel 5 methodisch dargelegt, werden dazu zuerst die häufigsten Schlagwörter und Wortkombinationen dargestellt, bevor anschließend in einem zweiten Schritt die textuelle Einbettung der Schlüsselwörter (KWIC-Analysen) untersucht wird.

Unterscheidet man, für eine erste Analyse, zwischen den beiden untersuchten Besteuerungsarten, so „gewinnt“ die Erbschaftsbesteuerung das Rennen ganz klar: Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten (Anhang A.1 und A.2) zeigen, dass generell die Erbschaftsbesteuerung im Mittelpunkt der Berichterstattung steht: „Reform der Erbschaftssteuer“ und „Erbschaftssteuer“ sind häufig wiederkehrende Stichwörter. Im Gegensatz dazu wird die Vermögensbesteuerung in den Medien seltener erwähnt, die Begriffe „Vermögenssteuer“ und „Wiedereinführung der Vermögenssteuer“ kommen wesentlich seltener vor.

Ein weiteres Ergebnis ist nicht weiter verwunderlich: In der Berichterstattung wird häufig auf politikbezogene Worte rekurriert. Auffallend hingegen ist, dass diese politikbezogenen Worte sehr stark Personen- oder parteibezogen sind. So werden die Häufigkeitslisten von PolitikerInnenamen angeführt („Kanzlerin Angela Merkel“, „Oskar Lafontaine“, „Bundesfinanzminister Peer Steinbrück“, „Frank-Walter Steinmeier“ als häufigste Nennungen), sowie von politischen Parteien und Regierungskoalitionen dominiert („SPD“, „Union“, „große Koalition“, „CSU“, „Union“ und „FDP“). Dass demgegenüber Schlüsselwörter wie „arm und reich“, „Reichensteuer“, „soziale Gerechtigkeit“ und „Hartz IV“ in wesentlich geringerem Ausmaß im Korpus vorkommen, verstärkt den Eindruck einer stark auf den aktuellen Politikbetrieb ausgerichteten Berichterstattung, die Hintergründe und gesellschaftliche Einbettung außen vorlässt. Anders formuliert: Die Ergebnisse können auch als Nachweis einer nur halbherzigen Debatte zu wirtschaftlicher Ungleichheit im Kontext der Besteuerung von Vermögen und Erbschaften bezeichnet werden. Hinzu kommt, dass eine klare Dominanz zur Unternehmensseite besteht: Begriffe wie „Firmenerben“, „Unternehmen“ und „deutsche Industrie“ kennzeichnen den ökonomischen Kontext der Vermögens- und Erbschaftssteuerdebatte. Betroffenheit und Auswirkungen der Reformen (oder ihres Unterbleibens) auf andere, weniger wohlhabende Gruppen der Gesellschaft scheinen kaum thematisiert.

Im nächsten Schritt werden nicht nur die Häufigkeiten, sondern auch das Zusammen-

spiel unterschiedlicher Begriffe in den Texten untersucht (ein Beispiel für solch eine KWIC-Konkordanzanalyse ist für das Stichwort „Erbchaftssteuer“ in Anhang A.3 aufgeführt). Eine genaue Betrachtung der wiederkehrenden Substantive, Verben und Adjektive in unmittelbarer Nähe des Stichworts „Erbchaftsbesteuerung“ zeigt ein Muster. Die mediale Debatte gruppiert sich um die Begriffe der VerfassungsgerichtsUrteile von 2008 und 2014 („Bundesverfassungsgericht“, „verfassungswidrig“), die anschließenden Reformprozesse sind wichtige Treiber der Berichterstattung („Neuregelung“, „reformieren“ usw.).

Wie schon oben dargelegt, wird in der ökonomischen Debatte vorrangig die Rolle der Unternehmen zum Thema gemacht. Betrachten wir nun das Stichwort „Unternehmen“ genauer, so wird ein ganz spezifisches Bild der deutschen Unternehmen in den Vordergrund der Berichterstattung gerückt: Das des kleinen und mittleren Unternehmens („klein“, „mittlere“, „mittelständisch“ und „Mittelstand“). Dieser häufige Verweis auf mittelständische Unternehmen vermittelt ein idealtypisches Bild von Unternehmen, impliziert ein inhaberInnengeführtes, traditionsbewusstes Wirtschaften und steht somit durchaus im Gegensatz zu börsennotierten, vom reinen Gewinnstreben dominierten Konzernen (Lehrer & Schmid, 2015).<sup>13</sup> Hierbei ist anzumerken, dass dieses

idealtypische Bild von Unternehmen ein zentraler Bestandteil der Kampagnen von Lobbyorganisationen gegen eine höhere Erbschaftsbesteuerung ist, welche die Interessen sehr großer Familienunternehmen bzw. Konzerne vertreten (Theine, 2020). Darüber hinaus deutet einiges darauf hin, dass die Interessen und Befürchtungen von Unternehmen im Vordergrund der Berichterstattung stehen: In unmittelbarer Nähe des Stichworts „Unternehmen“ werden die Begriffe „Arbeitsplätze“, „investieren“, „beschäftigten“, „Mitarbeiter“ sowie „entlasten“ häufig genannt. Genauso finden sich in der unmittelbaren Nähe der Stichworte „Arbeitsplätze“, „Mitarbeiter“ und „Beschäftigte“ die wiederkehrenden Verben „verloren“, „gefährdet“, „entlassen“ und „vernichten“. Die Berichterstattung scheint sich also auf die immer wiederkehrenden Argumente der Unternehmensseite zu fokussieren, dass die Einführung bzw. Ausweitung von Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung zu einem Rückgang der Unternehmensvirilität und – damit verbunden – zu Arbeitsplatzverlusten führen und somit der Allgemeinheit Schaden zufügen würde.

Demgegenüber findet die Verknüpfung der Berichterstattung über Vermögens- und Erbschaftssteuern mit Gerechtigkeits- und Ungleichheitsfragen zwar durchaus statt – allerdings nur in einem geringeren und eng begrenzten Umfang. Die Analyse der wieder-

---

<sup>13</sup> Dieses weitverbreitete Bild der deutschen Unternehmenslandschaft ist, unabhängig von seiner medialen Darstellung, generell zumindest in Frage zu stellen: Während kleine und mittlere Unternehmen oft als Rückgrat der deutschen Wirtschaft und „Hidden Champions“ des exportorientierten Wachstumsmodells dargestellt werden, sind viele von ihnen in den letzten Jahrzehnten über jedes traditionelle Maß mittlerer Größe hinausgewachsen und mittlerweile viel eher als (Groß)Konzerne zu klassifizieren (Lehrer & Schmid, 2015).

kehrenden Wörter in der Nähe der Stichworte „Gerechtigkeit“ und „Ungleichheit“ bringt vergleichsweise selten Begriffe wie „sorgen“, „Solidarität“, „Chancengleichheit“ oder „Gleichheit“ zu Tage.

In Übereinstimmung mit früheren Forschungsarbeiten (Grisold & Theine, im Erscheinen) scheint die untersuchte Berichterstattung dem Staat eine ambivalente Rolle zuzuschreiben. Einerseits wird die grundlegende Funktion des Staates, steuerfinanzierte öffentliche Güter bereitzustellen, anerkannt. Häufige Wörter rund um das Schlüsselwort „Staat“ sind zum Beispiel: „Einnahmen“, „finanzieren“, „Gesellschaft“, „sozial“ und „handlungsfähigen“, was auf die aktive und unterstützende Rolle des Staates hinweist. Andererseits ist auch eine ablehnende Haltung gegenüber der Rolle des Staates erkennbar. Häufig wird hierbei das Wort „Schulden“ oder „schulden“ verwendet. Ein möglicher Staatsschuldenabbau durch zusätzliche Steuereinnahmen kann zwar theoretisch sehr positiv konnotiert werden. Qualitative Untersuchungen zu diesem Thema (Grisold & Theine, 2018) zeigen aber, dass ein sprachlich eindeutig negativer Zusammenhang von

Schulden und Staat zu erkennen ist, bei dem der Staat lediglich zusätzliche Einnahmen aus der Vermögensbesteuerung zum Schuldenabbau nutzt. Darüber hinaus wird die Besteuerung als „Zwangsmaßnahme“ und Enteignung charakterisiert, kombiniert mit der Forderung nach einem „schlanken Staat“, welcher das Privatvermögen nicht beeinträchtigen sollte.

Insgesamt lässt die Analyse des thematischen Schwerpunkts auf eine Fokussierung der Berichterstattung auf den aktuellen Politikbetrieb schließen. Diese Feststellung, dass Medienberichterstattung generell einen starken Schwerpunkt auf Politik legt, aber wenig Hintergrundberichterstattung zu den jeweiligen Themen liefert, ist in der wissenschaftlichen Literatur in den letzten Jahren schon für andere Themenbereiche bestätigt worden, wie zum Beispiel für die Migrationsberichterstattung (Fengler & Kreutler, 2020), die Berichterstattung zur Griechenlandkrise in den 2010er Jahren (Otto et al., 2016) oder auch für das Abbilden von Bundestagsdebatten in den Medien (Krüger, 2019). Auch für das Thema der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung gilt dieser Befund: Hintergründe und gesellschaftliche Einbettung werden eher ausgeblendet.

## 7 Ergebnisse II: Wer spricht? AkteurInnen und Sprechpositionen in der Berichterstattung

Im folgenden Kapitel wird beleuchtet, welche AkteurInnen in der von uns untersuchten Berichterstattung wie und in welcher Weise vorzufinden sind. Wie in Kapitel 2.1 und Kapitel 5 dargelegt, wurde das Feld derjenigen AkteurInnen, die JournalistInnen als fachkundige Quellen dienen, nach Grad der Politisierung unterteilt. Hintergrund ist die Annahme, dass mit steigendem Grad der Politisierung der journalistische Anspruch einer vielfältigen Darstellung von Meinungen und Standpunkten an Relevanz gewinnt. Den so unterschiedenen drei Bereichen „politisch“, „politiknah“ und „politikfern“ können folgende AkteurInnen zugeordnet werden: Unmittelbar „politisch“ sind Parteien, „politiknah“ sind Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Stiftungen sowie Think Tanks und als „politikfern“ wird meist die Wissenschaft aufgefasst.

Im Folgenden wird zunächst generell verglichen, wie präsent die jeweiligen AkteurInnen in der Berichterstattung über Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung sind. Anschließend wird ein detaillierter Blick auf die Bereiche der politischen und politiknahen AkteurInnen (Kapitel 7.1) geworfen, bevor der politikferne Bereich der Wissenschaft im Detail untersucht wird (Kapitel 7.2). Beide Unterkapitel starten dabei jeweils mit einer Netzwerkanalyse, welche Verbindungen und Interaktionen zwischen den einzelnen Organisationen – und somit auch den unterschiedlichen Bereichen – aufzeigt. Ziel ist es dabei zunächst darzustellen, dass es über alle Grade der Politisierung hinweg viele Interaktionen zwischen den Bereichen gibt. Darüber hinaus soll aber auch

gezeigt werden, dass es zu „Gruppen- bzw. Clusterbildungen“ von AkteurInnen mit besonders dichter Interaktion quer zu jeglichem Politisierungsgrad entlang der Frage „Pro- oder Kontra Vermögensbesteuerung“ kommt – und der journalistische Anspruch der vielfältigen Darstellung somit bewusst für alle AkteurInnen gelten sollte, nicht nur für diejenigen des politischen Bereiches. Anschließend wird für jeden Bereich untersucht, inwiefern diese vielfältige Darstellung bereits gegeben ist oder nicht. Dazu wird dargestellt, ob eher AkteurInnen mit zustimmender, ablehnender oder neutraler Haltung zur Frage der Vermögensbesteuerung in der Berichterstattung präsent sind. Für die Analyse der Wissenschaft (Kapitel 7.2) wird darüber hinaus auch die Repräsentation der verschiedenen ökonomischen Paradigmen dargestellt, da diese eng mit einer spezifischen Bewertung von Besteuerung, Staatseingriffen und ökonomischer Ungleichheit verbunden sind (vgl. Kapitel 4).

Wie präsent sind nun die jeweiligen Bereiche und ihrer AkteurInnen in der Berichterstattung über Vermögensbesteuerung? In der rechten Spalte von Tabelle 3 ist die absolute Anzahl der Textnennungen pro Organisationstypus aufgetragen. Hieraus werden grundsätzliche Unterschiede in der Häufigkeit der Nennungen in der Berichterstattung deutlich: Einige Organisationstypen, wie Forschungsinstitute und Universitäten oder private Stiftungen und Think Tanks, kommen etwa 900 Mal in allen Zeitungsartikeln vor, politische Parteien hingegen werden über 15.000 Mal erwähnt. Damit wird ein weiteres Mal deutlich, dass sich

die Berichterstattung stark auf den politischen Prozess und die Aktivitäten der verschiedenen politischen AkteurInnen fokussiert (siehe auch Kapitel 6.3).

Die weiteren Spalten der Tabelle 3 zeigen die relativen Häufigkeiten, mit denen die einzelnen Organisationstypen in den untersuchten Texten der sieben Zeitungen vorkommen. Um die Präsenz der unterschiedlichen Organisationstypen in den einzelnen Zeitungen analysieren zu können, müssen die Organisationstypen um die unterschiedliche Anzahl an Artikeln in den jeweiligen Zeitungen korrigiert werden. Farblich hervorgehoben sind – in blau – jene Zeitungen, die eine relativ hohe Präsenz eines Organisationstyps aufweisen, in rot solche, wenn eine relativ niedrige Präsenz des Organisationstyps vorzufinden ist. Während *DER SPIEGEL* und die *FAZ* relativ häufig auf die un-

terschiedlichen Organisationen verweisen, ist dies bei der *SZ* und *taz* in geringerem Ausmaß der Fall. Außerdem wird deutlich, dass die Organisationstypen in den einzelnen Zeitungen in unterschiedlicher Ausprägung vorkommen.

### 7.1 Wer spricht? Positionen aus dem politischen und politiknahen Bereich in den Medien

Im nächsten Schritt werden die AkteurInnen des politischen und politiknahen Bereiches mittels einer Netzwerkanalyse untersucht, um so die Beziehungsstruktur zwischen den Organisationen, die in der Berichterstattung vorkommen, in die Analysen miteinzubeziehen (siehe Kapitel 5 für Details zur Methodik).

In der Netzwerkgrafik (Abbildung 7) sind alle wirtschaftspolitischen Organisationen

**Tabelle 3**  
**Präsenz der unterschiedlichen Organisationen in der Berichterstattung pro Zeitung**

AkteurInnen	Welt am Sonntag	Die Welt	FAZ	DIE ZEIT	DER SPIEGEL	Süd-deutsche Zeitung	taz	Anzahl d. Nennungen
Wissenschaft (hier: Forschungsinstitute/ Universitäten)	0,112	0,072	0,137	0,151	0,200	0,056	0,078	868
Stiftungen/Think Tanks/ Beratungsinstitute	0,166	0,138	0,150	0,194	0,121	0,113	0,128	1.313
Arbeitgeberverbände	0,240	0,223	0,252	0,169	0,181	0,160	0,076	1.739
Gewerkschaften	0,132	0,138	0,227	0,121	0,213	0,095	0,184	1.398
Politische Parteien	1,814	1,667	1,852	1,455	2,346	1,364	1,786	15.943

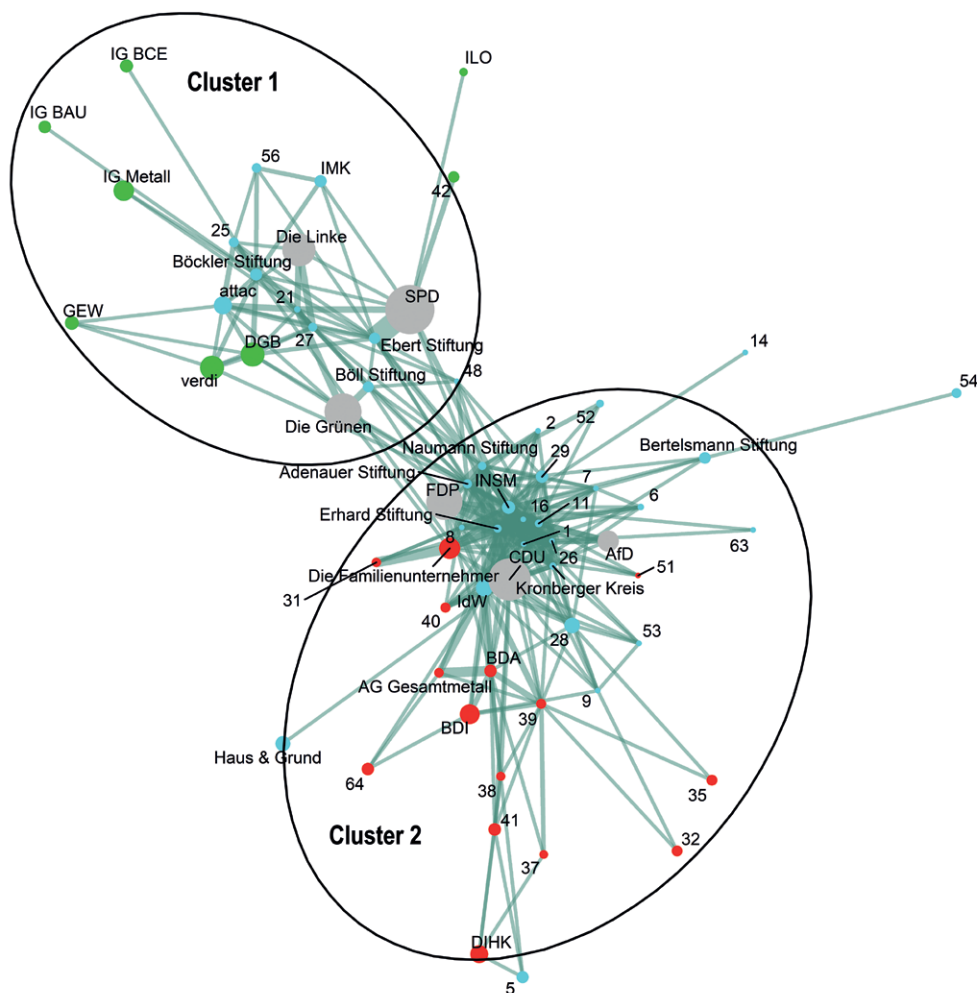
Lesehilfe: In der Tabelle wurden die Organisationen einmal pro Zeitungsartikel gezählt. Die rechte Spalte „Anzahl der Nennungen“ gibt die absolute Anzahl der Organisationen in der Berichterstattung gruppiert nach Organisationstypen an. Die restlichen Spalten beinhalten die relative Häufigkeit der Organisationstypen in der Berichterstattung (korrigiert um die Anzahl der Zeitungsartikel, rot umrandet = relativ hohe Präsenz des Organisationstyps; blau umrandet = relativ niedrige Präsenz des Organisationstyps). Quelle: Eigene Darstellung.

abgebildet, die in der Berichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung vorkommen und über zumindest eine Verbindung zu einer anderen Organisation verfügen. Dabei

bestimmt sich die Größe der Organisationen im Netzwerk (ausgedrückt durch die Größe des Punktes) durch die Vorkommenshäufigkeit in der Berichterstattung. Die Dicke der Verbindungen

Abbildung 7

Verbindungen zwischen den medial erwähnten wirtschaftspolitischen AkteurlInnen im politischen und politiknahen Bereich (2000-2018)



Lesehilfe: Vier Organisationstypen wurden ins Netzwerk einbezogen: Stiftungen/Think Tanks (Farbe: türkis), Politische Parteien (grau), Arbeitgeberverbände (rot) sowie Gewerkschaften (grün). Die Größe der Organisationen im Netzwerk ergibt sich aus der Häufigkeit, mit der sie in der Berichterstattung vorkommen. Eine vollständige Liste der Organisationsnamen ist in Anhang A.8 zu finden. Je dicker die Verbindungslinien sind, desto mehr Verbindungen (gemeinsame Mitglieder oder Mitgliedschaft der Organisationen im gleichen Dachverband) sind zwischen den jeweiligen Organisationen vorhanden. Quelle: Eigene Darstellung.

dungslinien gibt an, wie viele Verbindungen zwischen den jeweiligen Organisationen bestehen. Wie schon in Kapitel 5 erläutert, ergeben sich die Verbindungslinien, wenn Organisationen gemeinsame Mitglieder haben oder wenn sie Teil desselben Dachverbands (oft auch Netzwerk genannt) von Organisationen sind. Je mehr gemeinsame Mitglieder zwei wirtschaftspolitische Organisationen haben oder in je mehr gemeinsamen Dachverbänden diese sind, desto dicker sind die Verbindungslinien zwischen diesen beiden Organisationen. So kommt zum Beispiel die SPD relativ häufig in der Berichterstattung vor, daher ist sie als Organisation in Abbildung 7 relativ groß dargestellt. Sie hat außerdem viele gemeinsame Mitglieder mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, die selbst nicht so häufig in der Berichterstattung vorkommt – ausgedrückt durch eine dicke Verbindungslinie zu einem kleinen Punkt. Hingegen hat die SPD nicht so viele gemeinsame Mitglieder mit der Arbeiterwohlfahrt (Nr. 35), daher die dünne Verbindungslinie.

Ein wesentliches Merkmal des Netzwerks ist dessen Struktur mit zwei sich gegenüberliegenden Netzwerkclustern, in denen sich viele Organisationen konzentrieren. Cluster 1 setzt sich aus sozialdemokratischen und politisch links ausgerichteten Organisationen zusammen. Insbesondere sind dabei drei Organisationstypen vertreten: politische Parteien wie die Grünen, die Linkspartei (Die Linke) und die Sozialdemo-

kratische Partei (SPD), Stiftungen und Think Tanks wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Institut für solidarische Moderne (ISM) und die Heinrich-Böll-Stiftung sowie Gewerkschaften wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Ver.di und die Industriegewerkschaft Metall (IG Metall). Cluster 2 besteht aus marktliberalen und konservativen Organisationen und insbesondere den folgenden drei Typen: politische Parteien wie die Christlich-Demokratische Union (CDU/CSU) und die Freie Demokratische Partei (FDP), Stiftungen und Think Tanks wie die Konrad-Adenauer-Stiftung (Nr. 20), Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Nr. 12), Ludwig Erhard-Stiftung (Nr. 15), Stiftung Familienunternehmen (Nr. 18) sowie Arbeitgeberverbände wie der Arbeitgeberverband Gesamtmetall (AG Metall), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber (BDA). Auch die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) ist Teil des zweiten Clusters, da sie zahlreiche Verbindungen zu Stiftungen und Think Tanks im Zentrum des Clusters, wie der Hayek Gesellschaft, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Ludwig-Erhard-Stiftung, aufweist. Dies spiegelt die ideologische Affinität der AfD zu marktliberalem Denken wider, die mit anderen Organisationen von Cluster 2 geteilt wird (siehe hierzu auch: Havertz, 2019).<sup>14</sup>

Allerdings sind die zwei Netzwerkcluster nicht vollständig voneinander getrennt. Die

<sup>14</sup> So gibt es zum Beispiel enge Verbindungen zwischen dem Ordoliberalismus und führenden AfD-Gründern (wie Bernd Lucke, Joachim Starbatty oder Hans-Olaf Henkel). Auch wenn viele ordoliberale Ökonomen ab 2015 die Partei verlassen haben, hat sich die AfD wirtschaftspolitisch nicht eindeutig vom Ordoliberalismus entfernt, wie jüngste Aussagen von ParteiführerInnen und Analysen der Parteiprogramme deutlich zeigen (Havertz 2019; Grimm, 2015).



Verbindungen zwischen den Clustern kommen durch Personen zustande, die Mitglied in Organisationen beider Cluster sind. Dazu ein Beispiel: Sigmar Mosdorf (ehemals) Bundestagsabgeordneter der SPD, Mitglied des Beirats der Friedrich-Ebert-Stiftung (beide Cluster 1) sowie Mitglied des Beirats der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (beide Cluster 2). Außerdem liegen einige Organisationen eher außerhalb der beiden Cluster, sie weisen nur wenige Verbindungen mit anderen Organisationen auf.

Ein Vergleich der Struktur der beiden Cluster zeigt, dass die Organisationen in Cluster 2 wesentlich enger miteinander verbunden sind. Die engere Verbindung ist auf zwei Ebenen vorhanden: zum einen sind zwischen den Organisationen in Cluster 2 mehr Verbindungen vorhanden. Zum anderen sind auch die Verbindungslinien zwischen den Organisationen recht dick. Dies kommt zustande, da viele der Organisationen in Cluster 2 eine hohe Anzahl gemeinsamer Mitglieder oder mehrere Mitgliedschaften im gleichen Dachverband haben. Cluster 1 ist durch eine losere Struktur gekennzeichnet, d. h. es sind weniger Verbindungen zwischen den Organisationen vorhanden und diese sind auch weniger stark ausgeprägt.

Eine nähere Betrachtung der Lage der unterschiedlichen Organisationstypen im Netzwerk (gekennzeichnet durch die unterschiedlichen Farben) weist darauf hin, dass Stiftungen und Think Tanks (Farbe: türkis) eine dominante Rolle für die Zusammensetzung des Netzwerks spielen. In beiden Clustern sind sie zentral

gelegen und weisen viele Verbindungen mit anderen Organisationen auf. Die dichte Struktur des zweiten Clusters scheint insbesondere durch Stiftungen und Think Tanks zustande zu kommen, da sich diverse von ihnen mit einer großen Anzahl dicken Verbindungslinien direkt im Zentrum des Clusters befinden (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (Nr. 12), Ludwig-Erhard-Stiftung (Nr. 15), Stiftung Marktwirtschaft (Nr. 19), Stiftung Familienunternehmen (Nr. 18), Eucken-Institut (Nr. 6), Hayek Gesellschaft (Nr. 7), Institut der deutschen Wirtschaft (IdW)).

Als nächstes wenden wir uns der Haltung der Organisationen im politischen und im politiknahen Bereich (siehe Kapitel 2 und 5) zur Erbschafts- und Vermögenssteuer zu. Für den politischen Bereich (Tabelle 4) zeigt sich, dass die Parteien, welche einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer ablehnend gegenüberstehen, häufiger zu Wort kommen. Dazu gehören insbesondere die konservativen und marktliberalen Parteien (CDU/CSU und FDP). Die zweithäufigste Gruppe sind Parteien mit einer unklaren oder wechselnden Haltung zur Vermögens- und Erbschaftssteuer. Dazu gehören vor allem die SPD. Demgegenüber werden Parteien (z. B. Bündnis 90/Die Grünen oder Die Linke), welche einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer positiv gegenüberstehen, seltener in der Berichterstattung erwähnt. Dieses Muster gilt für alle untersuchten Zeitungen, von der (linken) *taz* bis zur (konservativen) *FAZ*.

Die hohe Präsenz von Parteien, die der Erbschafts- und Vermögenssteuer ablehnend oder unentschieden gegenüberstehen, lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass diese Parteien im untersuchten Zeitraum die größten Parteien bzw. diejenigen in Regierungsverantwortung waren.

Für den politiknahen Bereich zeigt sich eine ähnliche Tendenz. Jene Organisationen, die ei-

ner Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer ablehnend gegenüberstehen, kommen insgesamt überproportional oft zu Wort (Tabelle 5, rechte Spalte). Dazu gehören diverse marktliberale Think Tanks und viele der Arbeitgeber- und Branchenverbände. Die zweithäufigste Gruppe sind politiknahe Organisationen mit einer zustimmenden Haltung gegenüber der

Tabelle 4

**Parteipositionen bezüglich der Vermögens- und Erbschaftssteuer nach Zeitung (Prozentuale Verteilung der Kategorien pro Zeitung)**

Haltung gegenüber der Vermögens- und Erbschaftssteuer	Welt am Sonntag	Die Welt	FAZ	DIE ZEIT	DER SPIEGEL	Süd-deutsche Zeitung	taz	Gesamt
Wiedereinführen/ Erhöhen	273 (21%)	754 (19%)	516 (26%)	236 (26%)	263 (26%)	723 (18%)	806 (29%)	3.571 (22%)
Belassen/Reduzieren	600 (47%)	1.750 (45%)	796 (40%)	403 (40%)	434 (43%)	1.921 (48%)	1.093 (39%)	6.997 (44%)
Unklar	397 (31%)	1.373 (35%)	673 (34%)	293 (34%)	306 (30%)	1.361 (34%)	903 (32%)	5.306 (33%)
Keine Position	5 (1%)	10 (1%)	10 (1%)	5 (1%)	8 (1%)	11 (1%)	20 (1%)	69 (1%)

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 5

**Die Positionen politiknaher Organisationen bezüglich der Vermögens- und Erbschaftssteuer nach Zeitung (Prozentuale Verteilung der Kategorien pro Zeitung)**

Haltung gegenüber der Vermögens- und Erbschaftssteuer	Welt am Sonntag	Die Welt	FAZ	DIE ZEIT	DER SPIEGEL	Süd-deutsche Zeitung	taz	Gesamt
Wiedereinführen/ Erhöhen	93 (25%)	303 (26%)	255 (38%)	102 (33%)	98 (44%)	299 (28%)	374 (61%)	1.524 (34%)
Belassen/Reduzieren	230 (61%)	678 (58%)	353 (52%)	148 (48%)	92 (41%)	588 (55%)	147 (24%)	2.236 (50%)
Unklar	5 (1%)	8 (1%)	14 (2%)	8 (3%)	8 (4%)	6 (1%)	9 (1%)	58 (1%)
Keine Position	51 (13%)	170 (15%)	51 (8%)	53 (17%)	24 (11%)	184 (17%)	80 (13%)	613 (14%)

Quelle: Eigene Darstellung.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer und der Erhöhung der Erbschaftssteuer. Dazu gehören Gewerkschaften wie ver.di oder der DGB sowie Think Tanks wie attac. Bei den politiknahen Organisationen sind außerdem einige vorhanden, die keine Positionierung gegenüber Erbschafts- und Vermögenssteuern haben, eine wechselnde (und damit unklare) Positionierung kommt hingegen nur sehr selten vor.

Anders als im Fall der politischen AkteurInnen gibt es hier aber Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitungen. Im Gegensatz zum politischen Bereich, in welchem die politischen Kräfteverhältnisse im betrachteten Zeitraum die häufigere Nennung ablehnender und neutraler Haltungen zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung unabhängig von der Ausrichtung der jeweiligen Zeitung nahelegen, liegt eine solche Sachbegründung für die Dominanz einer spezifischen Sichtweise im politiknahen Bereich nicht vor. Und auch wenn sich, wie schon in Kapitel 5.2 ausgeführt, aufgrund der gewählten Methode keine letztendlichen Rückschlüsse ziehen lassen inwieweit die Positionen der politiknahen Organisationen in der medialen Berichterstattung eins zu eins wiedergegeben oder eben relativiert werden, deutet Tabelle 5 die normativen Einstellungen an, mit der die einzelnen Zeitungen an die Berichterstattung der Erbschafts- und Vermögenssteuer herangehen. In den Zeitungen *Welt am Sonntag*, *Die Welt*, *FAZ*, *DIE ZEIT* und *SZ* werden quantitativ mehr Organisationen ge-

nannt, die Erbschafts- und Vermögenssteuern ablehnend gegenüberstehen. In *DER SPIEGEL* und *taz* überwiegen hingegen die Organisationen mit einer befürwortenden Haltung.

## 7.2 Wer repräsentiert die (Wirtschafts) Wissenschaften?

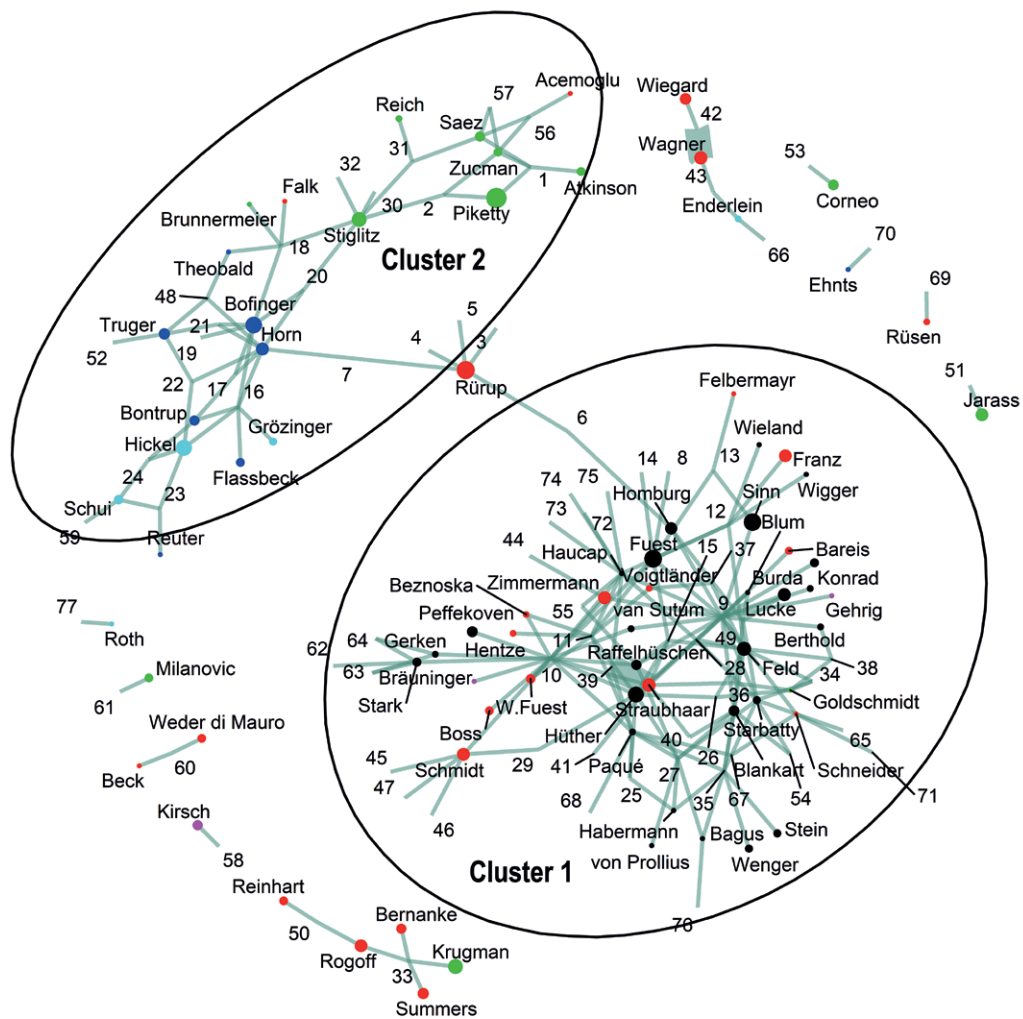
Zuvor wurde die Struktur der Berichterstattung hinsichtlich der unmittelbar politischen AkteurInnen (Parteien) und des politiknahen Umfeldes (Think Tanks, Stiftungen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) untersucht. Wenden wir uns nun dem wissenschaftlichen Umfeld zu, da die ökonomischen Konsequenzen und Einschätzungen für die Themen der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung von zentraler Wichtigkeit sind. In diesem Kapitel wird daher die Rolle der ÖkonomInnen in der Berichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung untersucht.<sup>15</sup> In Kapitel 4 wurde bereits angedeutet, dass auch das „politikferne“ Feld der Wissenschaft niemals „politikfrei“ ist. Um die politischen Affinitäten der ÖkonomInnen zu verdeutlichen, werden im Folgenden zunächst die Verbindungen von ÖkonomInnen, die in der Berichterstattung über Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung vorkommen, mit AkteurInnen aus dem politischen und dem politiknahen Bereich analysiert. Anschließend wird die mediale Repräsentation von ÖkonomInnen nach paradigmatischer Orientierung untersucht.

---

<sup>15</sup> In diesem Kapitel wird für die Analyse des Feldes „Wissenschaft“ statt auf Universitäten und Forschungsinstitute auf ÖkonomInnen als Einzelpersonen zurückgegriffen, da hier eine Zuordnung zu paradigmatischen Orientierungen besser möglich ist. Weiterhin sprechen die in der Berichterstattung vorkommenden ÖkonomInnen, anders als ein Sprecher einer Partei oder Gewerkschaft, nicht für ihre gesamte Universität, sondern legen ihre eigenen Positionen dar, sodass diese auch auf individueller Ebene untersucht werden müssen.

Abbildung 8

Verbindungen zwischen den medial erwähnten ÖkonomInnen und Organisationen des politiknahen und politischen Bereichs (2000-2018)



Lesehilfe: In der Abbildung sind alle ÖkonomInnen abgebildet, die zumindest zwei Mal in der Berichterstattung über Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung vorkommen und Verbindungen zu den oben analysierten vier Organisationstypen (Stiftungen/Think Tanks, Politische Parteien, Arbeitgeberverbände sowie Gewerkschaften) haben. Die ÖkonomInnen sind mit Nachnamen abgebildet, die Nummern stehen für die Organisationen (siehe Anhang A.9 für die vollständige Liste der Namen). Die Größe der ÖkonomInnen im Netzwerk ergibt sich aus der Häufigkeit, mit der sie in der Berichterstattung vorkommen. Die Farben ergeben sich aus der Zuordnung zu den verschiedenen Denkschulen (siehe Kapitel 4 und 5): Blau = postkeynesianische ÖkonomInnen, türkis = andere heterodoxe ÖkonomInnen, grün = plurale MainstreamökonomInnen, schwarz = ordoliberalere ÖkonomInnen, rot = andere MainstreamökonomInnen und lila = keine Zuordnung möglich. Je dicker die Verbindungslinien sind, desto mehr Verbindungen (gemeinsame Mitgliedschaft in den Organisationen) sind zwischen den jeweiligen ÖkonomInnen vorhanden. Quelle: Eigene Darstellung.

Die Netzwerkgrafik (Abbildung 8) zeigt die in der Berichterstattung zu Wort kommenden ÖkonomInnen, welche Verbindungen zu politischen Parteien oder politiknahen Organisationen aufweisen. Analog zu Abbildung 7 bestimmt sich die Größe der ÖkonomInnen im Netzwerk (ausgedrückt durch die Größe des Punktes) abhängig von der Vorkommenshäufigkeit in der Berichterstattung. Die Dicke der Verbindungslinien zwischen den ÖkonomInnen gibt an, wie viele Verbindungen zwischen ihnen bestehen.

Das ÖkonomInnen-Netzwerk ist gekennzeichnet durch ein dichtes Cluster 1, bestehend aus MainstreamökonomInnen und ordoliberalen ÖkonomInnen und ein weiteres losereres Cluster 2 mit heterodoxen ÖkonomInnen und pluralen MainstreamökonomInnen. Zusätzlich gibt es einige ÖkonomInnen, die keinem der beiden Cluster zugeordnet sind; sie haben wenige oder gar keine Verbindungen zu anderen in der Berichterstattung zu Wort kommenden ÖkonomInnen.

Im Cluster 1 der ordoliberalen ÖkonomInnen und MainstreamökonomInnen sind einige der recht häufig zitierten AkteurInnen eng mit marktliberalen Organisationen vernetzt. So gehören beispielsweise Clemens Fuest und Lars Feld, beide starke Befürworter einer niedrigen Vermögensbesteuerung, dem Kronberger Kreis (No. 12), dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, an. Die Stiftung Marktwirtschaft setzt sich für eine „Renaissance ordnungspolitischen Denkens in Deutschland und Europa“ ein, die von der Überzeugung geleitet wird, dass „der Markt für die Gesellschaft mehr Freiheit und Wohlstand

hervorbringen kann als staatliches Handeln“ (Stiftung Marktwirtschaft, 2019). Bei der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung vertritt die Stiftung eine klar ablehnende Haltung gegenüber der Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und ist eher skeptisch, wenn es um eine progressive Reform der Erbschaftsbesteuerung geht (Lobbypedia, 2019b; Kronberger Kreis, 2015; Bültmann, 2013). Ein weiteres Beispiel ist Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (No.11) und wissenschaftlicher Berater des Wirtschaftsrates der CDU (No. 15) (Lobbypedia, 2019c; Wirtschaftsrat der CDU, 2019). Der Wirtschaftsrat steht der CDU nahe und setzt sich für eine Wirtschaftspolitik im Sinne der sozialen Marktwirtschaft ein, bei der der Staat zwar die „Marktregeln“ setzt, aber als „Schiedsrichter niemals selbst mitspielen [sollte]“ (Wirtschaftsrat der CDU, 2019). Der Rat vertritt die Interessen des Mittelstandes sowie der multinationalen Unternehmen in Deutschland. Der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung steht der Wirtschaftsrat sehr kritisch gegenüber, da beide seiner Ansicht nach die Innovationsfähigkeit und die Eigenkapitalbasis deutscher Unternehmen gefährden (Wirtschaftsrat der CDU, 2018). Auch der ehemalige Präsident des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Klaus F. Zimmermann, weist einige Verbindungen zu marktliberalen Organisationen auf. Er ist Autor des ÖkonomenBlogs der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Unterzeichner mehrerer Appelle, die auf die ISNM zurückgehen. Er ist außerdem Mitglied des Beirats der Plattform „bda-pro-job.de“ sowie

Mitglied von Wissopol, dem sozialpolitischen Gesprächsforum der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Lobbypedia, 2019a).

Die dargelegten Ergebnisse werden von anderen netzwerkanalytischen Forschungen im Allgemeinen gestützt (Botzem & Hesselmann, 2018; Ötsch et al., 2018; Pühringer, 2017). Auch dort zeigten sich enge Verbindungen der ordoliberalen und MainstreamökonomInnen zum Netzwerk des deutschen Neoliberalismus (z. B. Kronberger Kreis, Stiftung Neue Soziale Marktwirtschaft oder Hayek Gesellschaft), die alle einer höheren Besteuerung von Erbschaft und Vermögen sehr kritisch gegenüber stehen (Lobbypedia, 2019a,b; Ptak, 2007).

Das Cluster 2 besteht aus postkeynesianischen und anderen heterodoxen ÖkonomInnen sowie pluralen MainstreamökonomInnen. Bei einigen der postkeynesianischen und heterodoxen ÖkonomInnen lassen sich Verbindungen zu sozialdemokratischen und linken politischen und politiknahen Organisationen nachweisen. So haben zum Beispiel Rudolf Hickel, Gustav Horn und Peter Bofinger einen offenen Brief gegen die deutsche Schuldenbremse und Steuersenkungen im Jahr 2009 unterzeichnet, der auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) mitgetragen wurde (Bofinger & Horn, 2009; zur Debatte um die deutsche Schuldenbremse siehe Pühringer, 2014). Ebenso sind Rudolf Hickel und Gustav Horn wissenschaftliche Berater des Arbeitskreises Steuermythen – einer SPD-nahen Arbeitsgruppe, die „Fehlannahmen, Irrtümer und falsche [...] Schlussfolgerungen“ in der

deutschen Steuer- und Finanzdebatte auflösen will (Arbeitskreis Steuermythen, 2019). Gustav Horn schließlich war von 2005 bis 2019 wissenschaftlicher Direktor des IMK und wurde kürzlich in den Vorstand der SPD gewählt (Horn, 2019). In Bezug auf politische Affinitäten sind postkeynesianische ÖkonomInnen also allgemein eng mit der Böckler Stiftung oder der Keynes-Gesellschaft verbunden, die beide Teil des „keynesianisch-alternativen Gedankenkollektivs“ sind (Pühringer, 2017, S. 19). Die pluralen MainstreamökonomInnen in Cluster 2 sind großteils internationale ÖkonomInnen, die nicht so sehr in (deutsche) Stiftungs- und Think Tank-Netzwerke eingebunden sind. Zwischen ihnen gibt es aber einige Verbindungen auf internationaler Ebene.

Werden diese bestehenden unterschiedlichen Standpunkte und Meinungen in den Wissenschaften von den Medien dargestellt – und wenn ja, in welchem Maße geschieht dies? Da in Kapitel 4.2 gezeigt werden konnte, dass die paradigmatische Orientierung oftmals mit einer spezifischen Bewertung von verteilungspolitischen Maßnahmen einhergeht, wird im Folgenden die mediale Repräsentation von ÖkonomInnen nach ihrer paradigmatischen Orientierung in den untersuchten Zeitungen dargestellt.

Die Gruppierung der ÖkonomInnen in paradigmatische Ausrichtungen weist darauf hin, dass MainstreamökonomInnen am häufigsten in der Berichterstattung vorkommen, gefolgt von pluralen MainstreamökonomInnen und ordoliberalen ÖkonomInnen (Tabelle 6). Weit aus seltener sind postkeynesianische und an-

dere heterodoxe ÖkonomInnen vertreten. Ein genauerer Blick auf die Kategorien zeigt, dass sich hinter den meistzitierten pluralen MainstreamökonomInnen oftmals Thomas Piketty<sup>16</sup> und seine Kollegen und Koautoren (z. B. Emanuel Saez und Gabriel Zucman) verbergen. Betrachtet man nur deutsche und in Deutschland ansässige ÖkonomInnen, so sind die ordoliberalen ÖkonomInnen die wichtigste Gruppe in der Medienberichterstattung.

Auch hier lassen sich jedoch, wie im politiknahen Bereich, deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitungen finden: Die unterschiedlichen Paradigmen werden in

unterschiedlicher Häufigkeit in den verschiedenen Zeitungen erwähnt. Dabei kommen MainstreamökonomInnen in allen Zeitungen prozentual am häufigsten vor, mit Ausnahme der *FAZ* und der *taz*, in denen ordoliberale ÖkonomInnen (*FAZ*) bzw. plurale MainstreamökonomInnen (*taz*) die am häufigsten genannte Gruppe darstellen. Neben der *FAZ* rekurren auch die *Welt am Sonntag* und *Die Welt* relativ häufig auf ordoliberale ÖkonomInnen. Im Gegensatz dazu werden ordoliberale ÖkonomInnen von *DER SPIEGEL*, *SZ* und *taz* relativ selten aufgegriffen. Plurale MainstreamökonomInnen werden am häufigsten in *DER SPIEGEL*, *SZ*

Tabelle 6

**Anzahl der Nennungen von ÖkonomInnen nach paradigmatischer Orientierung pro Zeitung (Prozentuale Verteilung der Kategorien pro Zeitung)**

Paradigmatische Orientierung	Welt am Sonntag	Die Welt	FAZ	DIE ZEIT	DER SPIEGEL	Süd-deutsche Zeitung	taz	Gesamt
Mainstream-ökonomInnen	38 (41%)	63 (39%)	55 (28%)	57 (34%)	35 (35%)	88 (30%)	31 (18%)	367 (31%)
Plurale Mainstream-ökonomInnen	15 (16%)	18 (11%)	46 (24%)	43 (26%)	27 (27%)	83 (28%)	50 (29%)	282 (24%)
Ordoliberale ÖkonomInnen	24 (26%)	51 (32%)	61 (32%)	35 (21%)	16 (16%)	47 (16%)	8 (5%)	242 (21%)
Postkeynesianische ÖkonomInnen	3 (3%)	8 (5%)	11 (6%)	16 (10%)	4 (4%)	20 (7%)	32 (19%)	94 (8%)
Heterodoxe ÖkonomInnen	2 (2%)	3 (2%)	14 (7%)	2 (1%)	9 (9%)	16 (5%)	25 (15%)	71 (6%)
Keine Zuordnung möglich	10 (11%)	17 (11%)	6 (3%)	13 (8%)	9 (9%)	38 (13%)	25 (15%)	118 (10%)

Quelle: Eigene Darstellung.

<sup>16</sup> Entsprechend der paradigmatischen Klassifikation der ÖkonomInnen (siehe Kapitel 4) ist Thomas Piketty in dieser Studie der pluralen Mainstreamökonomie zugeordnet, da er zwar auf mainstreamökonomischer Forschung aufbaut, aber auch von dieser hinsichtlich bestimmter Annahmen und Themen abweicht (für Details siehe Theine & Grabner, 2020; Kapeller, 2014; Rilling, 2014).

und *taz* genannt, wohingegen *Die Welt* und die *Welt am Sonntag* sich wesentlich weniger auf diese Gruppe von ÖkonomInnen beziehen. Die postkeynesianischen ÖkonomInnen sind in der *ZEIT* und der *taz* am stärksten vertreten, dagegen kommen sie in *Die Welt* und die *Welt am Sonntag* so gut wie nicht vor. Andere heterodoxe ÖkonomInnen schließlich werden – wenn überhaupt – von *DER SPIEGEL* und der *taz* zitiert.

Im Folgenden wird nun noch ein detaillierter Blick auf die 30 meistzitierten Ökonomen (vgl. Kasten) geworfen. Der für unseren Themenkomplex mit Abstand am häufigsten genannte Ökonom – über den gesamten Zeitraum hinweg – ist der französische Ökonom und Bestsellerautor Thomas Piketty (Tabelle 7). Ebenso gehören mehrere andere internationale Experten zu den häufig genannten Ökonomen, wie zum Beispiel Joseph E. Stiglitz, Paul Krugman und Kenneth Rogoff. Darüber hinaus sind bekannte deutsche Ökonomen vertreten, wie beispielsweise Clemens Fuest (seit 2016 Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung) sowie sein langjähriger Vorgänger Hans-Werner Sinn. Mehrere aktuelle und ehemalige Mitglieder des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden regelmäßig in der Berichterstattung zitiert, darunter Peter Bofinger, Lars Feld, Wolfgang Franz und Christoph M. Schmidt. Insgesamt werden 226 verschiedene ÖkonomInnen in der Berichterstattung über die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung zitiert, viele von ihnen werden aber nur ein- oder zweimal erwähnt.



### Die Ökonomie: Eine Männerdomäne

Ein interessanter Nebenbefund der vorliegenden Studie ist die äußerst geringe Anzahl an weiblichen Ökonominen in der Berichterstattung. Unter den 30 meistzitierten Ökonomen findet sich keine Frau (Tabelle 7); die meistzitierten Frauen sind Janet Yellen und Beatrice Weder di Mauro. Dies deckt sich mit den bisherigen Belegen, dass in der ökonomischen Forschung männlich-dominierte Reproduktionsmechanismen vorherrschend sind (Bernoth et al., 2019; Ginther & Kahn, 2004; Lundberg & Stearns, 2019).

Die in Tabelle 7 dargestellten Resultate stehen im Einklang mit früheren Untersuchungen, die ebenfalls viele der aufgeführten Ökonomen als häufig zitierte AkteurInnen in medialen Debatten identifiziert haben. So spielen beispielsweise Clemens Fuest, Hans-Werner Sinn, Michael Hüther und Marcel Fratzscher eine wichtige Rolle in der medialen Debatte über die Gründe, Ursachen und Folgen der Finanzkrise. Sie nehmen auch eine führende Position im *FAZ*-Ranking der einflussreichsten ÖkonomInnen ein (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2013, 2015, 2018; Pühringer & Hirte, 2015). Doch es gibt auch markante Unterschiede zwischen den vorliegenden Ergebnissen und früheren Untersuchungen. So ist z. B. Stefan Bach (Volkswirt am DIW) der fünfthäufigst zitierte Ökonom in der Berichterstattung der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, aber keiner der Führenden im *FAZ*-ÖkonomInnenranking. Auch



Tabelle 7

## Die 30 am häufigsten zitierten Ökonomen in der Berichterstattung über Vermögens- und Erbschaftssteuern (2000 bis 2018)

Name	Welt am Sonntag	Die Welt	FAZ	DIE ZEIT	DER SPIEGEL	Süd-deutsche Zeitung	taz	Gesamt
Thomas Piketty	6	5	16	14	7	21	14	83
Bert Rürup	4	10	6	6	10	12	1	49
Clemens Fuest	5	8	11	8	3	7	1	43
Hans-Werner Sinn	3	8	8	4	5	11	3	42
Stefan Bach	1	4	5	2	0	16	13	41
Peter Bofinger	2	4	3	4	4	9	8	34
Rudolf Hickel	1	0	4	0	2	7	15	29
Michael Hüther	6	11	5	1	0	4	0	27
Marcel Fratzscher	2	4	4	4	1	4	5	24
Joseph E. Stiglitz	1	2	2	3	2	6	6	22
Markus Grabka	1	3	2	2	3	5	6	22
Paul Krugman	1	0	2	6	3	7	3	22
Lars Feld	2	3	5	2	1	4	1	18
Thomas Straubhaar	5	4	0	2	1	3	1	16
Gert Wagner	1	3	3	1	0	5	2	15
Klaus Zimmermann	4	3	2	2	0	1	3	15
Christoph M. Schmidt	2	1	2	2	0	3	4	14
Friedrich Heinemann	1	2	2	2	0	7	0	14
Gustav Horn	1	2	1	5	0	3	2	14
Bernd Lucke	2	1	2	5	1	1	1	13
Kenneth Rogoff	0	3	2	1	3	3	1	13
Wolfgang Franz	1	4	1	0	0	5	2	13
Lorenz Jarass	1	1	0	3	2	4	2	13
Stefan Homburg	2	2	4	0	1	2	0	11
Wolfgang Wiegard	0	3	0	2	1	3	1	10
Achim Truger	0	0	3	2	0	1	3	9
Lawrence Summers	0	0	1	5	2	0	1	9
Giacomo Corneo	1	0	3	0	3	1	0	8
Charles B. Blankart	0	2	5	1	0	0	0	8
Rolf Peffekoven	0	3	1	1	0	3	0	8
weitere ÖkonomInnen	33	54	74	69	42	111	58	441
<b>Absolute Anzahl</b>	<b>89</b>	<b>150</b>	<b>179</b>	<b>159</b>	<b>97</b>	<b>269</b>	<b>157</b>	<b>1.100</b>
<b>Artikel mit Nennung von Ökonomen (in % aller Zeitungsartikel zum Thema)</b>	<b>12,7%</b>	<b>6,4%</b>	<b>16,6%</b>	<b>24,7%</b>	<b>22,5%</b>	<b>9,1%</b>	<b>9,9%</b>	<b>11,3%</b>

Lesehilfe: In der Tabelle sind die Top 30 Ökonomen (ausschließlich Männer) angegeben, die am häufigsten in der Berichterstattung zu Vermögens- und Erbschaftssteuern zitiert werden. Die einzelnen Werte geben die absoluten Häufigkeiten wieder, mit denen die Ökonomen in den einzelnen Zeitungen pro Artikel (Spalte 2 bis 8) sowie insgesamt (rechte Spalte) zitiert wurden. Quelle: Eigene Darstellung.

Andreas Hoffmann und Markus Grabka werden typischerweise nicht zu den einflussreichsten ÖkonomInnen gezählt. Es wird deutlich, dass in der analysierten Berichterstattung die „üblichen Verdächtigen“ vorkommen<sup>17</sup>, aber darüber hinaus auch Ökonomen, die speziell für das Thema als Experten gesehen werden und sonst eher selten in der medialen Berichterstattung auftauchen.

Tabelle 7 weist auch auf wichtige Unterschiede zwischen den Zeitungen hin. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Häufigkeit, mit der ÖkonomInnen in den verschiedenen Zeitungen zu Wort kommen, vor dem Hintergrund der Anzahl der Artikel in diesen Zeitungen betrachtet werden muss (siehe Tabelle 1). Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Anzahl an Artikeln in den Zeitungen ergibt sich ein auffälliges Muster, welches der politischen Ausrichtung der Zeitungen entspricht. So verweisen beispielsweise *Die Welt* und die *Welt am Sonntag*, die typischerweise als konservative und marktliberale Zeitungen gelten (siehe Kapitel 5.1), häufig auf Clemens Fuest, Hans-Werner Sinn und Michael Hüther, die allesamt eher als marktliberale, konservative Ökonomen gelten. Progressivere oder gar explizit linke Ökonomen werden dagegen weniger häufig genannt: In *Die Welt* werden Paul Krugman oder Rudolf Hickel überhaupt nicht zitiert. Auch die *Welt am Sonntag* be-

zieht sich eher selten auf diese Ökonomen. Die *taz* – eine eher progressive Zeitung – bezieht sich dagegen relativ stark auf Ökonomen wie Rudolf Hickel oder Achim Truger (alle eher progressiv) und weniger auf marktliberale ÖkonomInnen, wie Michael Hüther, Clemens Fuest und Stefan Homburg. Somit zeigt sich, dass die Berichterstattung ganz zentral von der redaktionellen (politischen) Ausrichtung geprägt wird und keineswegs ausschließlich „objektiven“ Kriterien der Medienberichterstattung folgt.

Schließlich wird durch die Gesamtzahl der zitierten Ökonomen (vgl. die vorletzte Zeile in Tabelle 7), klar, dass ÖkonomInnen nicht gleich häufig die Berichterstattung in den sieben Zeitungen zum Thema Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung prägen. Entsprechend ist in der letzten Zeile von Tabelle 7 die relative Anzahl der ÖkonomInnen in den Artikeln zum Thema Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung der jeweiligen Zeitung abgebildet. Wie schon Tabelle 3 zeigen konnte, sind es auch hier die Zeitungen *DIE ZEIT*, *DER SPIEGEL* und die *FAZ*, die sich besonders häufig (in mehr als 20 Prozent der Artikel) auf wissenschaftliche Expertise zurückgreifen und ÖkonomInnen erwähnen, während insbesondere *Die Welt*, die *SZ* und die *taz* mit einem Bezug in weniger als jedem zehnten Artikel deutlich anders ausgerichtet sind.

<sup>17</sup> Wie von Bourdieu (1993 und 1998, S. 49 ff.) als ökonomische Herangehensweise der Medien bereits genau untersucht: So ist es weniger zeitaufwändig, bereits bekannte ExpertInnen heranzuziehen, auch ist abschätzbar, welche Aussagen von ihnen getroffen werden, ebenso, dass sie in einer medial gut passenden Art vermittelt werden.

## 8 Zusammenfassung und Fazit

Welches Bild wird von der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung durch Massenmedien in der öffentlichen Diskussion gezeichnet und befördert? Welche Politikmaßnahmen werden als positiv, welche als schädlich und kontraproduktiv erachtet? Wer kommt als ExpertIn zu Wort?

Aus der Perspektive der Kritischen Politischen Ökonomie, d.h. aus einer kritischen, die Funktion der Medien würdigenden, Position werden in diesem Forschungsprojekt die Rolle und die Standpunkte von Massenmedien zu neuen (oder oftmals auch: in früheren Zeiten bereits durchgeführten) Formen der Verteilungspolitik untersucht. Exemplarisch herausgegriffen wurden sieben deutsche Qualitätszeitungen, um die Berichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts zu analysieren. Diese Zeitungsartikel wurden hinsichtlich ihrer textlichen Ausrichtung untersucht, wobei der Schwerpunkt der Analyse auf der quantitativen Anzahl von Zeitungsartikeln, häufigen Wörtern und Wortkombinationen und der unterschiedlichen Präsenz von mit Expertise ausgestatteten AkteurInnen aus dem politischen bis zum wissenschaftlichen Bereich lag.

Die Ergebnisse dieses Projektes können in vier Punkten zusammengefasst werden:

1. Insgesamt gibt es nur wenig Berichterstattung zu diesem gesellschaftlich sehr relevanten Thema.
2. Der Fokus der Berichterstattung liegt für alle Zeitungen auf der (partei)politischen Ebene

und dort oftmals auf politischen Kontroversen; die (polit-)ökonomische Ebene als Aspekt einer Hintergrundberichterstattung wird dagegen wenig thematisiert.

3. (Ökonomische) Expertise stützt sich auf AkteurInnen aus dem politiknahen Bereich (z. B. Stiftungen) sowie der (politikferneren) Wissenschaft. Beide Bereiche sind jedoch miteinander und mit dem politischen Feld (Parteien) verwoben und es lassen sich Cluster identifizieren, deren „Mitglieder“ sich anhand ihrer Pro- oder Kontra-Haltung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung gruppieren. Über alle drei Bereiche hinweg gilt, dass AkteurInnen, die einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und/oder einer Erhöhung der Erbschaftssteuer ablehnend gegenüberstehen, in fast allen untersuchten Medien deutlich vorherrschend sind.
4. In der Wissenschaft geht diese Dominanz in den meisten der untersuchten Zeitungen mit einem Überhang an ordoliberalen und mainstreamökonomischen Positionen einher. Eine paradigmatische Vielfalt in der Darstellung der volkswirtschaftlichen Expertise ist nur sehr eingeschränkt gegeben.

Bezüglich der Intensität der Berichterstattung lässt sich festhalten, dass Vermögens- und Erbschaftssteuern in der untersuchten Zeitspanne ein relativ seltenes Thema in deutschen Printmedien darstellen: Nur etwa 0,2 bis 0,6 Prozent aller Artikel behandeln die Thematik. In einigen kurzen Zeiträumen (von wenigen Monaten) ist eine intensivere Berichterstattung vor-

zufinden. Angesichts der Dringlichkeit des Themas, welche von verschiedensten, durchaus prominenten SozialwissenschaftlerInnen und ÖkonomInnen wie Krugman (2017) oder Stiglitz (2019) immer wieder vorgebracht wird, sowie angesichts der stark ausgeprägten Vermögensungleichheit in Deutschland, ist dies ein recht bemerkenswerter und beunruhigender Befund.

Die parteipolitischen internen und externen Kontroversen um sowohl die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Diskurse um die Ausgestaltung der notwendigen Erbschaftssteuerreformen werden gerne medial aufgegriffen. Damit stehen Kontroversen in der politischen Arena, der politische Prozess und die Aktivitäten der verschiedenen politischen AkteurInnen im Vordergrund der Berichterstattung. Solch eine vorherrschende Fokussierung auf politische Debatten blendet damit andere Aspekte und Funktionen der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung tendenziell aus oder stellt sie zumindest hintenan: Der analysierte Korpus diskutiert die ökonomischen Folgen – und hier insbesondere die potenziellen positiven Auswirkungen der Umverteilung von Eigentum und Vermögen auf die öffentlichen Finanzen etc. – nur in geringem Ausmaß. Darüber hinaus wird die zunehmende Konzentration von Macht und Einfluss in den Händen weniger „Super-Reicher“ ebenso wenig thematisiert, wie die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung als ein Mittel zur Ermöglichung von sozialer Gerechtigkeit in einer höchst ungleichen Gesellschaft angesprochen wird. Eine gesellschaftspolitische Einbettung mittels Bezügen zu Gleichheits-, Demokratie-

und Gerechtigkeitsaspekten findet in der Zeitungs-Berichterstattung eher selten statt. Stattdessen ist sie staatskeptisch geprägt und vertritt Unternehmensposition weitaus stärker als andere Perspektiven, aber von einer ganz spezifischen, fast idealtypischen Sicht auf Unternehmen als Familien-/Mittelstandsfirmen. Die Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Vermögens- und (erhöhten) Erbschaftssteuern werden somit überproportional verbreitet.

Hinsichtlich der Haltung zur Erbschafts- und Vermögenssteuer der in den Texten aufgeführten ExpertInnen zeigt sich ebenfalls, dass solche AkteurInnen am häufigsten vorkommen, die einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer ablehnend gegenüberstehen. Eine weiterführende Analyse der politischen und politiknahen Organisationen sowie der wissenschaftlichen ExpertInnen verdeutlicht, dass quer zu allen Bereichen Netzwerkbildungen anhand der Pro- oder Kontraposition zur Vermögensbesteuerung existieren. Dabei ist das Netzwerk der Organisationen, welche der Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und einer Erhöhung der Erbschaftssteuer befürwortend gegenüberstehen, durch eine loseere Struktur gekennzeichnet, als das Netzwerk mit ablehnender Haltung.

Hinsichtlich der wissenschaftlichen ExpertInnen kommt ein weiteres Ungleichgewicht hinzu. Eine vielfältige Darstellung (wirtschafts)wissenschaftlicher Paradigmen ist in der untersuchten Berichterstattung nicht gegeben. So werden MainstreamökonomInnen am häufigsten als wissenschaftliche ExpertInnen

zitiert, gefolgt von pluralen MainstreamökonomInnen und AnhängerInnen des Ordoliberalismus. Weitaus seltener sind heterodoxe ÖkonomInnen vertreten. Diese fehlende innerwissenschaftliche Differenzierung dürfte dabei wesentlich zur Überrepräsentation der ablehnenden Sichtweise auf Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung beitragen, stehen Mainstream- und Ordoliberale ÖkonomInnen Umverteilungsmaßnahmen bzw. Staatseingriffen doch meist aus weltanschaulichen Gründen schon skeptisch gegenüber. Der normative Anspruch an den wirtschaftspolitischen Journalismus „[d]ominante ökonomische Narrative

herauszufordern“ (Müller, 2017: 42) wird so nicht erfüllt.

Insgesamt bleibt fast der Eindruck, als wäre die untersuchte Medienlandschaft in Deutschland ein einheitlicher Block gegen solche steuerliche Umverteilungsformen – wäre da nicht (teilweise) die *SZ*, seltener *DER SPIEGEL*, jedenfalls aber die *taz* als Gegenposition. Insgesamt bleibt der Befund jedoch korrekt: Die Ergebnisse des vorliegenden Berichtes finden eine eher ablehnende Berichterstattung über die Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung und die Erhöhung der Erbschaftssteuer in Deutschland.

## Anhang

Hinweise zu den AutorInnen .....	62
Literatur.....	63
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen .....	73
Tabellenanhang .....	74

### Hinweise zu den AutorInnen

**ao.Univ.Prof. Dr. Andrea Grisold** ist Professorin für Volkswirtschaftslehre und Leiterin des Instituts für Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschungsgebiete umfassen: Kritische Politische Ökonomie der Massenmedien und Veränderungen der Medienpolitik; Langfristige Veränderungen und neue Herausforderungen der Wirtschaftspolitik; Heterodoxe Ökonomische Schulen; Gender und Arbeitsmärkte.

**Hendrik Theine, PhD** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (post-doc) am Institut für Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsgebiete sind: politische Ökonomie der Medien, insbesondere Eigentumsverhältnisse und Konzentrationstendenzen durch Strukturwandel; ökonomische Ungleichheit und (wirtschaftspolitische) Machtverhältnisse; Plattformkapitalismus und (Care-)Arbeit; Plurale Ökonomie; Klimakrise und Wirtschaftspolitik.

## Literatur

- Adermon, A., Lindahl, M. & Waldenström, D. (2018). Intergenerational wealth mobility and the role of inheritance: Evidence from multiple generations. *The Economic Journal* 128(612), F482-F513.
- Aigner, E., Aistleitner, M., Glötzl, F. & Kapeller, J. (2018). The focus of academic economics: before and after the crisis. *Institute for New Economic Thinking Working Paper Series* (75).
- Albaek, E., Christiansen, P. M. & Togeby, L. (2003). Experts in the mass media: Researchers as sources in Danish daily newspapers, 1961–2001. *Journalism & Mass Communication Quarterly* 80(4), 937-948.
- Anderson, S. P., Waldfoegel, J. & Strömberg, D. (Hrsg.) (2015). *Handbook of media economics* (Vol. 1). North-Holland: Elsevier.
- Angrist, J., Azoulay, P., Ellison, G., Hill, R., & Lu, S. F. (2017). Economic research evolves: Fields and styles. *American Economic Review* 107(5), 293-97.
- Anstead, N., & Chadwick, A. (2018). A primary definer online: The construction and propagation of a think tank's authority on social media. *Media, Culture & Society* 40(2), 246-266.
- Augstein, F. (2005). Einfalt oder Vielfalt? Von Pressekonzentration und Selbstgleichschaltung im Zeitungswesen. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12, 1.492-1.502.
- Bach, S. & Beznoska, M. (2012). Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiederbelebung der Vermögensteuer. Endbericht: Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz, des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, der Finanzbehörde Hamburg sowie des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 68.
- Bach, S. & Mertz, T. (2016). Vor der Erbschaftsteuerreform: Nutzung der Firmenprivilegien hat Minderjährige zu Multimillionären gemacht. *DIW-Wochenbericht* 83(36), 812-820.
- Bach, S. & Thiemann, A. (2016). Reviving Germany's wealth tax creates high revenue potential. *DIW Economic Bulletin* 6(4/5), 50-59.
- Bach, S. (1997). Steuerreform in Deutschland. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 66(3/4), 291-316.
- Bach, S. (2015). Erbschaftsteuer: die schlummernde Reichensteuer. *Wirtschaftsdienst* 95(7), 504-506.
- Bach, S. (2016). Erbschaftsteuer, Vermögensteuer oder Kapitaleinkommensteuer: Wie sollen hohe Vermögen stärker besteuert werden? (Inheritance Tax, Wealth Tax or Capital Income Tax). DIW Berlin Discussion Paper 1619. Online unter: <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2871833> (abgerufen am 24.06.2020).
- Bach, S., Beznoska, M. & Steiner, V. (2014). A wealth tax on the rich to bring down public debt? Revenue and distributional effects of a capital levy in Germany. *Fiscal Studies* 35(1), 67-89.
- Bach, S., M. Beznoska und V. Steiner (2016). Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? – Verteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems, DIW Berlin Politikberatung kompakt 114.
- Bach, S., Thiemann, A. & Zucco, A. (2019). Looking for the missing rich: Tracing the top tail of the wealth distribution. *International Tax and Public Finance* 26(6), 1.234-1.258.
- Bank, J. (2015). Die Piketty-Rezeption in Deutschland. In: Thomas Piketty und die Verteilungsfrage. Bofinger et al. (Hrsg.): SE Publishing, 9-36.
- Bank, J. (2017). Economic Inequality in the German Quality Press: Framing Concerns About Inequality and Redistribution. *International Journal of Communication* 11: 4.370-4.395.

- Beckenbach, F. (2019). Paradigmadominanz in der modernen Ökonomik und die Notwendigkeit eines kompetitiven Pluralismus. In: Perspektiven einer pluralen Ökonomik. Petersen et al. (Hrsg.): Springer VS, Wiesbaden, 3-24.
- Beckenbach, F., Daskalakis, M. & Hofmann, D. (2016). Zur Pluralität der volkswirtschaftlichen Lehre in Deutschland: Eine empirische Untersuchung des Lehrangebotes in den Grundlagenfächern und der Einstellung der Lehrenden. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Beckert, J. (2013). Erben in der Leistungsgesellschaft. Frankfurt/M.: campus.
- Bell, C. V. & Entman, R. M. (2011). The media's role in America's exceptional politics of inequality: Framing the Bush tax cuts of 2001 and 2003. *The International Journal of Press/Politics* 16(4), 548-572.
- Bergmann, K. & Novy, L. (2012). Chancen und Grenzen philanthropischer Finanzierungsmodelle. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62(29-31), 33-39.
- Bernoth, K., Bremus, F., Dany-Knedlik, G. & Ettmeier, S. (2019). Mehr Ökonominnen braucht das Land! *Makronom*. Online unter: <https://makronom.de/frauenanteil-vwl-mehr-oekonominnen-braucht-das-land-31746> (abgerufen am 24.06.2020).
- Berry, J.M. (1977). *Lobbying for the people: The political behavior of public interest groups*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Berry, M. (2013). The Today programme and the banking crisis. *Journalism*, 14(2), 253-270.
- Bofinger, P. & Horn, G. (2009). Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder. Hans-Böckler-Stiftung. Online unter: [https://www.boeckler.de/pdf/imk\\_appell\\_schuldenbremse.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/imk_appell_schuldenbremse.pdf) (abgerufen am 24.06.2020).
- Botzem, S. & Hesselmann, J. (2018). Gralshüter des Ordoliberalismus? Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als ordnungspolitischer Fluchtpunkt bundesrepublikanischer Politikberatung. *Leviathan* 46(3), 402-431.
- Bourdieu, P. (1993). *The Field of Cultural Production. Essays on Art and Literature*. Cambridge.
- Bourdieu, P. (1998). *Über das Fernsehen*. Frankfurt am Main.
- Bültmann, B. (2013). Braucht Deutschland eine Vermögensteuer? Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 122. *Stiftung Marktwirtschaft*.
- Burkhardt, K. (2012). *Frankfurter Allgemeine Zeitung. Mediendatenbank*. Online unter: <https://www.mediadb.eu/forum/zeitungsportraits/faz.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Butterwegge, C. (2018). *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: Springer.
- Castells, M. (2009). *Communication Power*. New York: Oxford University Press.
- Cedrine, M. & Fontana, M. (2018). Just another niche in the wall? How specialization is changing the face of mainstream economics. *Cambridge Journal of Economics* 42(2), 427-451.
- Champlin, D. P. & Knoedler, J.T. (2008). American Prosperity and the „Race to the Bottom“: Why Won't the Media Ask the Right Questions?. *Journal of Economic Issues* 42(1), 133-151.
- Clift, B. & McDaniel, S. (2017). Is this crisis of French socialism different? Hollande, the rise of Macron, and the reconfiguration of the left in the 2017 presidential and parliamentary elections. *Modern & Contemporary France* 25(4), 403-415.



- Colander, D. (2000). The death of neoclassical economics. *Journal of the history of Economic Thought*, 22(2), 127-143.
- Colander, D., Holt, R & Rosser Jr., B. (2004). The changing face of mainstream economics. *Review of Political Economy* 16(4), 485-499.
- Colander, D., Holt, R & Rosser Jr., B. (2010). How to win friends and (possibly) influence mainstream economists. *Journal of Post Keynesian Economics* 32(3), 397-408.
- Davis, J. B. (2019). Economics and economic methodology in a core-periphery economic world. *Brazilian Journal of Political Economy* 39(3), 408-426.
- Deckwirth, C. (2016). Erbschaftssteuer: Wer sind die Lobbyisten der Reichen? *Lobbypedia*. Online unter: <https://www.lobbycontrol.de/2016/09/erbschaftssteuer-wer-sind-die-lobbyisten-der-reichen/> (abgerufen am 24.06.2020).
- Destatis (2018). Öffentliche Finanzen, Steuern, Personal. Online unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data>.
- Deutscher Bundestag (2019). Öffentliche Liste über die beim Bundestag registrierten Verbände. Online unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/sachgeb/lobbyliste/> (abgerufen am 24.06.2020).
- Deutsches Verbände Forum (2019). Linkliste der Verbände. Online unter: [https://www.verbaende.com/adressen/linkliste\\_verbaende.php](https://www.verbaende.com/adressen/linkliste_verbaende.php) (abgerufen am 24.06.2020).
- Dimmelmeier, A., Hafele, J. & Theine, H. (2019). Die Daten sind nun einmal die Daten. In: *Perspektiven einer pluralen Ökonomik*. Petersen et al. (Hrsg.): Wiesbaden, Springer VS, 25-41.
- Dobusch, L. & Kapeller, J. (2009). „Why is economics not an evolutionary science?“ New answers to Veblen’s old question. *Journal of Economic Issues* 43(4), 867-898.
- Dobusch, L. & Kapeller, J. (2012). Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a framework for interested pluralism in economics. *Journal of Economic Issues* 46(4), 1.035-1.058.
- Dorn, F., Kauder, B., Krause, M. & Potrafke, N. (2017). Die Erbschaftsteuer in Deutschland – Reformbedarf und Reformkompromiss. *ifo Schnelldienst* 70(01), 33-40.
- Drometer, M., Frank, M., Pérez, M. H., Rhode, C., Schworm, S. & Stitteneder, T. (2018). *Wealth and Inheritance Taxation: An Overview and Country Comparison*. ifo DICE Report 16(2), 45-54.
- Dullien, S. & Guérot, U. (2012). The long shadow of ordoliberalism: Germany’s approach to the euro crisis. *European Council on Foreign Relations (ECFR)*.
- Dür, A. & Mateo, G. (2013). Gaining access or going public? Interest group strategies in five European countries. *European Journal of Political Research* 52(5), 660-686.
- Dybski, W., Hanel, K., Kringe, A., Peun, K. & Weiß, R. (2010). Ideologie vor Eigennutz?. *Publizistik*, 55(2), 173-192.
- Enste, D. H., Haferkamp, A. & Fetchenhauer, D. (2009). Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien – Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 10(1), 60-78.

- Fengler, S. & Kreutler, M. (2020). Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern. Arbeitspapier 39, Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main.
- Ferschli, B., Grabner, D. & Theine, H. (2019). Zur Politischen Ökonomie der Medien in Deutschland: Eine Analyse der Konzentrationstendenzen und Besitzverhältnisse. Report 118, Institut sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, München.
- Fessler, P. & Schürz, M. (2018). Private wealth across European countries: the role of income, inheritance and the welfare state. *Journal of Human Development and Capabilities* 19(4), 521-549.
- Fischer, K. & Plehwe, D. (2017). Neoliberal Think Tank Networks in Latin America and Europe: Strategic Replication and Cross-National Organizing. In: *Think Tanks and Global Politics*. A. Salas-Porras, G. Murray (Hrsg.): Palgrave Macmillan, 159-186.
- Franke, B., Simons, D. & Voeller, D. (2016). Who benefits from the preferential treatment of business property under the German inheritance tax? *Journal of Business Economics* 86(9), 997-1.041.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2013). Die einflussreichsten Ökonomen in den Medien. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/f-a-z-oekonomenranking-die-einflussreichsten-oekonomen-in-den-medien-12560431.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015). F.A.Z.-Ökonomenranking: Deutschlands einflussreichste Ökonomen. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/f-a-z-oekonomenranking-2015-die-tabelle-13786151.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2018). F.A.Z.-Ökonomenranking: Deutschlands einflussreichste Ökonomen. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/f-a-z-oekonomenranking-2018-die-tabellen-15761727.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Frey, B.S., Humbert, S. & Schneider, F. (2010). What is economics? Attitudes and views of German economists, *Journal of Economic Methodology* 17(3), 317-332.
- Fricke, T. (2017). Altes Einheitsdenken oder neue Vielfalt. Eine systematische Auswertung der großen Umfragen unter Deutschlands Wirtschaftswissenschaftler\_innen. Düsseldorf: FGW-Studien.
- Gehrs, O. (2005). Der Spiegel-Komplex. Wie Stefan Aust das Blatt für sich wendete. Droemer: München.
- Ginther, D. & Kahn, S. (2004). Women in Economics: Moving Up or Falling Off the Academic Career Ladder? *Journal of Economic Perspectives* 18(3), 193-214.
- Grabka, M. M. (2014). Verteilung und Struktur des Reichtums in Deutschland. In: *Reichtum, Philanthropie und Zivilgesellschaft*. W. Lauterbach, M. Hartmann & M. Ströing (Hrsg.): Wiesbaden, Springer, 21-45.
- Grimm, C., Pühringer, S. & Kapeller, J. (2018) : Paradigms and policies: The state of economics in the german-speaking countries, ICAE Working Paper Series No. 77. Linz: Johannes Kepler University Linz, Linz.
- Grimm, R. (2015). The rise of the German Eurosceptic party Alternative für Deutschland, between ordoliberal critique and popular anxiety. *International Political Science Review* 36(3), 264-278.
- Grisold, A. & Preston, P. (2020, Hrsg.). *Economic Inequality And News Media: Discourse, Power, and Redistribution*. Oxford University Press.
- Grisold, A. & Theine, H. (2017). How come we know? The media coverage of economic inequality. *International Journal of Communication* 11, 4.265-4.284.

- Grisold, A. & Theine, H. (2018). Zur Vermittlungsrolle von Massenmedien am Thema „Ungleichheit“. Die Piketty-Rezeption. *Wirtschaft und Gesellschaft* 44(2), 191-218.
- Grisold, A. & Theine, H. (im Erscheinen). „Now, what exactly is the problem?“ On the media coverage of economic inequalities and redistribution policies – the Piketty case. *Journal of Economic Issues*.
- Grisold, A. (2004). *Kulturindustrie Fernsehen: Zum Wechselverhältnis von Ökonomie und Massenmedien*. Wien: Löcker-Verlag.
- Grisold, A. (2009). Zur Politischen Ökonomie der Medien. Eine heterodoxe Erweiterung. In: *Heterodoxe Ökonomie*. Becker, J. et al. (Hrsg.): Marburg, Metropolis, 147-176.
- Groll, T. (2012). die tageszeitung (taz). Mediendatenbank. Online unter: <https://www.mediadb.eu/forum/zeitungsportraits/die-tageszeitung-taz.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Hall, S.C., Jefferson, C., Clarke, T. J. & Roberts, B. (1978). *Policing the Crisis: Mugging, the State and Law and Order*. Hong Kong: The Macmillan Press.
- Hamermesh, D. S. (2013). Six decades of top economics publishing: Who and how? *Journal of Economic Literature* 51(1), 162-172.
- Handelsblatt (2010). Handelsblatt-Ranking Volkswirtschaftslehre 2010. Online unter: <https://tool.handelsblatt.com/tabelle/?id=24&so=1a&pc=900&po=1800> (abgerufen am 24.06.2020).
- Havertz, R. (2019). Right-wing populism and neoliberalism in Germany: The AfD's embrace of ordoliberalism. *New Political Economy* 24(3), 385-403.
- Heise, A. & Thieme, S. (2016). The short rise and long fall of heterodox economics in Germany after the 1970s: explorations in a scientific field of power and struggle. *Journal of Economic Issues* 50(4), 1.105-1.130.
- Heise, A. (2019). Postkeynesianismus. *List Forum* 44, 867-888.
- Heise, A., Sander, H. & Thieme, S. (2016). *Das Ende der Heterodoxie? Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Herman, E. S. & Chomsky, N. (1988). *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon.
- Hollstein, B. (2010). Strukturen, Akteure, Wechselwirkungen. Georg Simmels Beiträge zur Netzwerkforschung. In: *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie*. C. Stegbauer (Hrsg.): Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 91-103.
- Horn, G. (2019). Über mich. Online unter: <https://gustav-horn.de/ueber-mich> (abgerufen am 24.06.2020).
- Horn, G.A., Behringer, J., Gechert, S., Rietzler, K. & Stein, U. (2017). Was tun gegen die Ungleichheit? Wirtschaftspolitische Vorschläge für eine reduzierte Ungleichheit. *IMK Report* 129, Düsseldorf, Hans-Böckler-Stiftung.
- Houben, H. & Maiterth, R. (2011a). Endangering of Businesses by the German Inheritance Tax? An Empirical Analysis. *Business Research* 4(1), 32-46.
- Houben, H., & Maiterth, R. (2011b): Erbschaftsteuer und Erbschaftsteuerreform in Deutschland: eine Bestandsaufnahme, *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 80(4), 161-188.

- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2013). Umfrage: Ökonomen lehnen Vermögensteuer mehrheitlich ab. Online unter: <https://www.insm.de/insm/presse/pressemitteilungen/experten-lehnen-vermoegensteuer-ab> (abgerufen am 24.06.2020).
- Jäger, J. & Springler, E. (2015). *Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre.* (3. Auflage) Wien: Mandelbaum.
- Jo, T.H. & Todorova, Z. (2018). *Social provisioning process from: The Routledge Handbook of Heterodox Economics, Theorizing, Analyzing, and Transforming Capitalism.* Routledge.
- Kapeller, J. (2014). Die Rückkehr des Rentiers. *Wirtschaft und Gesellschaft* 40(2), 329-346.
- Kromphardt, J. (2004). *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – Von seiner Entstehung bis zur Gegenwart.* 4. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht – UTB.
- Kronberger Kreis (2015). Erbschaftsteuer: Neu ordnen statt nachbessern. *Kronberger Kreis* 60. Online unter: [https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx\\_ttproducts/datasheet/KK\\_60\\_Erbschaftsteuer\\_2015.pdf](https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/KK_60_Erbschaftsteuer_2015.pdf) (abgerufen am 24.06.2020).
- Krüger, U. (2019). *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse* (2. Auflage). Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Laursen, B. & Trapp, N. L. (2019). Experts or advocates: Shifting roles of central sources used by journalists in news stories? *Journalism Practice*, 1-18.
- Lawson, T. (2006). The nature of heterodox economics. *Cambridge Journal of Economics* 30, 483-505.
- Lee, F. S. (2012). Heterodox economics and its critics. *Review of Political Economy* 24(2), 337-351.
- Lehrer, M. & Schmid, S. (2015). Germany's industrial family firms: prospering islands of social capital in a financialized world? *Competition & Change* 19(4), 301-316.
- Leipold, A. (im Erscheinen). Political power and wealth taxation in Germany. A network analysis of press reports on two tax debates. *Journal of Political Power*.
- Leitner, S. (2016). Drivers of wealth inequality in euro area countries: the effect of inheritance and gifts on household gross and net wealth distribution analysed by applying the Shapley value approach to decomposition. *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 13(1), 114-136.
- Lemke, M. & Wiedemann, G. (Hrsg.) (2016). *Text Mining in den Sozialwissenschaften: Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse.* Wiesbaden: Springer-Verlag.
- Lenger, A., & Kruse, J. (2017). Qualitative Forschungsmethoden in der deutschen Volkswirtschaftslehre. In: *Die Innenwelt der Ökonomie. Wissen, Macht und Performativität in der Wirtschaftswissenschaft.* J. Maeße (Hrsg.): Wiesbaden, Springer VS, 107-134.
- Lichtenstein, D., Rhomberg, M. & Böhme, M. (2016). Konsonant oder interessengeleitet? Eine Frame-Analyse zur Berichterstattung über die Vermögensteuer im Wahljahr 2013. In: *Understanding Inequality: Social Costs and Benefits.* Machin., A. & Stehr, N. (Hrsg.): Wiesbaden, Springer, 325-345.
- Limbert, W. M. & Bullock, H. E. (2009). Framing US redistributive policies: Tough love for poor women and tax cuts for seniors. *Analyses of Social Issues and Public Policy* 9(1), 57-83.
- Lippmann, W. (2017). *Die öffentliche Meinung: Wie sie entsteht und manipuliert wird.* Frankfurt/Main: Westend.

- Lobbycontrol (2019). Lobbypedia. Online unter: <https://lobbypedia.de/wiki/Hauptseite> (abgerufen am 24.06.2020).
- Lobbypedia (2019a). Klaus F. Zimmermann. Online unter: [https://lobbypedia.de/wiki/Klaus\\_F.\\_Zimmermann](https://lobbypedia.de/wiki/Klaus_F._Zimmermann) (abgerufen am 24.06.2020).
- Lobbypedia (2019b). Stiftung Marktwirtschaft. Online unter: [https://lobbypedia.de/wiki/Stiftung\\_Marktwirtschaft](https://lobbypedia.de/wiki/Stiftung_Marktwirtschaft) (abgerufen am 24.06.2020).
- Lobbypedia (2019c). Wirtschaftsrat der CDU. Online unter: [https://lobbypedia.de/wiki/Wirtschaftsrat\\_der\\_CDU](https://lobbypedia.de/wiki/Wirtschaftsrat_der_CDU) (abgerufen am 24.06.2020).
- Losse, B. (2019). Deutsche VWL: Es gibt keine Denkschulen mehr. *Wirtschaftswoche*. Online unter: <https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/deutsche-vwl-es-gibt-keine-denkschulen-mehr/25037000.html?ticket=ST-1957114-Df3mMONbCylZfHYK97sz-ap4> (abgerufen am 24.06.2020).
- Lundberg, S. & Stearns, J. (2019). Women in Economics: Stalled Progress. *Journal of Economic Perspectives* 33(1), 3-22.
- Maiterth, R. (2013). Gefährdung deutscher Unternehmen durch die Erbschaftsteuer? – Eine empirische Analyse. In: *Daten in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung*. D. Hirschel, P. Paic & M. Zwick (Hrsg.): Wiesbaden, Springer Gabler, 135-171.
- manager magazin (2016). Die 500 reichsten Deutschen. *manager magazin spezial Oktober 2016*.
- Martins, N. (2011). Globalisation, inequality and the economic crisis. *New Political Economy* 16(1), 1-18.
- Mautner, G. (1995). „Only Connect“: Critical Discourse Analysis and Corpus Linguistics. Lancaster: UCREL. Online unter: <http://stig.lancs.ac.uk/papers/techpaper/vol6.pdf> (abgerufen am 24.06.2020).
- Mautner, G. (2015). Checks and Balances: How corpus linguistics can contribute to CDA. In: *Methods of critical discourse studies*. R. Wodak & M. Meyer (Hrsg.): London, Sage Publications, 154-179.
- Morgan, J. & Embery, J. (2018). Heterodox economics as a living body of knowledge: community, (in) commensurability, critical engagement, and pluralism. In: *The Routledge Handbook of Heterodox Economics. Theorizing, Analyzing and Transforming Capitalism*. J. Tae-Hee et al. (Hrsg.): Routledge, 515-533.
- Morgan, J. (2015). Introduction. In: *What is neoclassical economics? Debating the origins, meaning and significance*. J. Morgan (Hrsg.): New York, Routledge, 1-29.
- Mosco, V. (2009). *The Political Economy of Communication*. Los Angeles, Sage Publications.
- Mudge, S. (2018). *Leftism Reinvented: Western Parties from Socialism to Neoliberalism*. Cambridge, Massachusetts; London, England: Harvard University Press.
- Müller, H. (2017). Funktionen und Selbstverständnis des wirtschaftspolitischen Journalismus. In: *Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus*. K. Otto & A. Köhler (Hrsg.): Wiesbaden, Springer VS, 27-48.
- Netzwerk Plurale Ökonomik (2020). *Das Netzwerk*. Online unter: <https://www.plurale-oekonomik.de/das-netzwerk/ziele-und-aktivitaeten/> (abgerufen am 24.06.2020).
- Odendahl, C. & Stachelsky, P. (2019). Twitter-Ranking. *Makronom*. Online unter: <https://makronom.de/twitter-ranking-econ-einzelwertung-2> (abgerufen am 24.06.2020).
- Ötsch, W. O., Pühringer, S. & Hirte, K. (2018). *Netzwerke des Marktes: Ordoliberalismus als Politische Ökonomie*. Wiesbaden: Springer-Verlag.

- Otto, K., Köhler, A. & Baars, K. (2016). „Die Griechen provozieren!“ – Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise. Arbeitsheft 87, Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Petring, A. (2016). Die drei Welten des Gerechtigkeitsjournalismus? Text Mining in FAZ, taz und SZ zu sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit. In: Text Mining in den Sozialwissenschaften. Grundlagen und Anwendungen zwischen qualitativer und quantitativer Diskursanalyse. M. Lemke & G. Wiedemann (Hrsg.): Wiesbaden, Springer, 369-393.
- Pfanner, E. (2011). Gloves Off in German Media Scramble. The New York Times. Online unter: <https://www.nytimes.com/2011/03/14/business/global/14bild.html?pagewanted=all> (abgerufen am 24.06.2020).
- Piketty, T. & Zucman, G. (2015). Wealth and inheritance in the long run. Handbook of income distribution. Volume 2A. A.B. Atkinson & F. Bourguignon (Hrsg.): Amsterdam u. a., Elsevier, 1.303-1.368.
- Piketty, T. (2011). On the long-run evolution of inheritance: France 1820-2050. The Quarterly Journal of Economics 126(3), 1.071-1.131.
- Piketty, T. (2014). Capital in the twenty-first century. Oxford, UK: Cambridge University Press.
- Plehwe, D., Krämer, W. & Schlögl, M. (2016). Think Tank Network Initiative. Online unter: [http://thinktanknetworkresearch.net/wiki\\_ttni\\_en/index.php/Main\\_Page](http://thinktanknetworkresearch.net/wiki_ttni_en/index.php/Main_Page) (abgerufen am 24.06.2020).
- Pointner, N. (2010). In den Fängen der Ökonomie? Ein kritischer Blick auf die Berichterstattung über Medienunternehmen in der deutschen Tagespresse. Wiesbaden, Springer VS.
- Ptak, R. (2009). Neoliberalism in Germany: Revisiting the ordoliberal foundations of the social market economy. In: The road from Mont Pèlerin: The making of the neoliberal thought collective. P. Mirowski & D. Plehwe (Hrsg.): London, Harvard University Press, 98-138.
- Pühringer, S. & Hirte, K. (2015). The financial crisis as a heart attack: Discourse profiles of economists in the financial crisis. Journal of Language and Politics 14(4), 599-625.
- Pühringer, S. (2014). Kontinuitäten neoliberaler Wirtschaftspolitik in der Krise: Die Austeritätsdebatte als Spiegelbild diskursiver Machtverwerfungen innerhalb der Ökonomik. ICAE Working Paper Series 30.
- Pühringer, S. (2017). Think tank networks of German neoliberalism power structures in economics and economic policies in post-war Germany. Cusanus Hochschule Working Paper Serie Nr. Ök-24.
- Pühringer, S. (2020). Think Tank Networks of German Neoliberalism. Power Structures in Economics and Economic Policies in Post-War Germany. In: Nines Lives of Neoliberalism. P. Mirowski et al. (Hrsg.): New York, Verso Books, 283-308.
- Rehm, M. & Schnetzer, M. (2015): Property and Power: Lessons from Piketty and New Insights from the HFCS. European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 12(2), 204-219.
- Rieder, M. & Theine, H. (2019). „Piketty is a genius, but ...“: an analysis of journalistic delegitimation of Thomas Piketty’s economic policy proposals. Critical Discourse Studies 16(3), 248-263.
- Rilling, R. (2014). Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik 11, 81-91.
- Roine, J. & Waldestrom, D. (2009). Wealth concentration over the path of development: Sweden 1873-2006. Scandinavian Journal of Economics 111(1), 151-87.

- Röper, H. (2018). Zeitungsmarkt 2018: Pressekonzentration steigt rasant. *Media Perspektiven* 5, 216-234.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2019). Jahresgutachten 2019/20: Den Strukturwandel meistern. Online unter: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jahresgutachten-2019.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Saez, E. & Zucman, G. (2019). *The triumph of injustice: How the rich dodge taxes and how to make them pay*. WW Norton & Company.
- Sasse, S. (2012). Die Welt. Mediendatenbank. Online unter: <https://www.mediadb.eu/forum/zeitungsportraits/die-welt.html> (abgerufen am 24.06.2020).
- Scheve, K. & Stasavage, D. (2012). Democracy, war, and wealth: lessons from two centuries of inheritance taxation. *American Political Science Review* 106(1), 81-102.
- Scheve, K. & Stasavage, D. (2016). *Taxing the rich: A history of fiscal fairness in the United States and Europe*. Princeton University Press.
- Scholz, B. & Truger, A. (2016). Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise im Auftrag von Campact. Online unter: [https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/10/Erbschaftsteuer\\_Fallbeispiele\\_Campact\\_Scholz\\_Truger\\_11.10.2016.pdf](https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2016/10/Erbschaftsteuer_Fallbeispiele_Campact_Scholz_Truger_11.10.2016.pdf) (abgerufen am 24.06.2020).
- Schröder, M. & Vietze, F. (2015). Mediendebatten über soziale Ungleichheit, Armut und soziale Gerechtigkeit seit 1946 und wie sie mit Einkommensungleichheit zusammenhängen. *Zeitschrift für Soziologie* 44(1), 42-62.
- Schultz, T. (2020). Wahrheit und Zweifel: Zur Zukunft des Wissenschaftsjournalismus. *Ordnung der Wissenschaft* 2, 95-100.
- Schulz, K. D. (1986). *Unternehmerinteresse und Wirtschaftssystem. Beiträge der Unternehmer zur politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M.: Haag + Herchen Verlag.
- Schulz, W. (1989). Massenmedien und Realität. Die ‚ptolemäische‘ und die ‚kopernikanische‘ Auffassung. in: Kaase, M. & Schulz, W. (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 135-149.
- Silge, J. & Robinson, D. (2017). *Text mining with R: A tidy approach*. O'Reilly Media.
- Smith Ochoa, C. (2019). Trivializing inequality by narrating facts: a discourse analysis of contending storylines in Germany. *Critical Policy Studies*, 1-20.
- Smith, D. (2014). Why has this frenchman got the world at his feet? *The Sunday Times*, 27. April 2014.
- Solow, R. (2010, Juli). *Building a Science of Economics for the Real World*. Prepared Statement for the House Committee on Science and Technology Subcommittee on Investigations and Oversight. Online unter: <http://www2.econ.iastate.edu/classes/econ502/tesfatsion/Solow.StateOfMacro.CongressionalTestimony.July2010.pdf> (abgerufen am 24.06.2020).
- Stiftung Marktwirtschaft (2019). Über uns. Online unter: <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/die-stiftung/ueber-uns/> (abgerufen am 24.06.2020).
- Subtirelu, N. C. & Baker, P. (2017). Corpus-based approaches. In: *The Routledge Handbook of Critical Discourse Studies*. J. Flowerdew & J. Richardson (Hrsg.): London, Routledge, 106-119.

- Süddeutsche Zeitung (2013). Erste Umarmung unter Landsleuten. Süddeutsche Zeitung, 6. Januar 2013. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/panorama/neu-russe-depardieu-trifft-putin-erste-umarmung-unter-landsleuten-1.1565760> (abgerufen am 24.06.2020).
- Theine, H. & Grabner, D. (2020). Trends in Economic Inequality & News Mediascape. In: *Economic Inequality And News Media: Discourse, Power, and Redistribution*. A. Grisold & P. Preston (Hrsg.): Oxford University Press (im Erscheinen).
- Theine, H. & Rieder, M. (2019). The billionaires boot boys start screaming – A Critical Analysis of Economic Policy Discourses in reaction to Piketty's ‚Capital in the 21st Century‘. In: *Critical Policy Discourse Analysis*. M. Montessori et al. (Hrsg.): Edward Elgar, 169-192.
- Theine, H. (2020). Reichtum und Macht. Eine politökonomische Perspektive auf die Erbschaftsbesteuerung in Deutschland. In: *Ökonomie und Gesellschaft (Jahrbuch 31)*. Ökonomie in der Krise: Analyse – Kritik – Umgestaltung. G. Grötzinger et al. (Hrsg.): Marburg, Metropolis-Verlag, 79-96.
- Turner, A. (2016). *Between Debt and the Devil: Money, Credit, and Fixing Global Finance*. Princeton University Press.
- Urban, J., & Rommel, F. (2020). German economics: Its current form and content (No. 56). Working Paper Serie der Institute für Ökonomie und für Philosophie Nr. 56, 03/2020.
- van Kommer, V. & Kusters, L. F. (2013). Möglichkeiten der Wiedereinführung der Vermögensteuer in Deutschland und denkbare Alternativen. Kurzugutachten zu Optionen einer Reform der Vermögensteuer in Deutschland, erstellt im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Utrecht.
- Volkman, U. (2006). Legitime Ungleichheiten. Journalistische Deutungen vom „sozialdemokratischen Konsensus“ zum „Neoliberalismus“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weischenberg, S., Malik, M. & Scholl, A. (2005). Journalismus in Deutschland 2005. *Media Perspektiven* 7, 346-361.
- Westermeier, C. & Grabka, M. (2015). Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, *DIW-Wochenbericht* 82(7), 123-133.
- Wieland, J. (2003). Rechtliche Rahmenbedingungen für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Rechtsgutachten erstattet für ver.di. Frankfurt am Main.
- Winseck, D. (Hrsg.) (2011). *The political economies of media: The transformation of the global media industries*. Bloomsbury Publishing.
- Wirtschaftsrat der CDU (2018). Jahresbericht 2017. Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft. Online unter: [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2017-de/\\$file/1800252\\_WR\\_JB17\\_150dpi.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/jahresbericht-2017-de/$file/1800252_WR_JB17_150dpi.pdf) (abgerufen am 24.06.2020).
- Wirtschaftsrat der CDU (2019). The Economic Council. Online unter: <https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/english-de> (abgerufen am 24.06.2020).
- Wisman, J. D. & Smith, J. F. (2011). Legitimizing inequality: Fooling most of the people all of the time. *American Journal of Economics and Sociology* 70(4), 974-1.013.
- Wolter, P. (2016). Neoliberale Denkfiguren in der Presse. Wie ein Wirtschaftskonzept die Meinungshoheit erobert. Marburg: Metropolis.



## Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Veränderung der gesamten Steuer- und Sozialbeitragsbelastung in Relation zum Haushaltseinkommen (2015 im Vergleich zu 1998).....	19
Abbildung 2:	Anzahl der untersuchten Artikel pro Zeitung .....	35
Abbildung 3:	Anteil der Zeitungsartikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung an allen Artikeln pro Zeitung.....	36
Abbildung 4:	Anzahl der Artikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung im zeitlichen Verlauf (2000 bis 2018).....	37
Abbildung 5:	Anzahl der Artikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung pro Zeitung im zeitlichen Verlauf (oben: Tageszeitungen; unten: Wochenzeitungen) .....	38
Abbildung 6:	Anzahl der Zeitungsartikel zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung pro Zeitung in vier Perioden verstärkter Berichterstattung .....	40
Abbildung 7:	Verbindungen zwischen den medial erwähnten wirtschaftspolitischen AkteurInnen im politischen und politiknahen Bereich (2000-2018).....	47
Abbildung 8:	Verbindungen zwischen den medial erwähnten ÖkonomInnen und Organisationen des politiknahen und politischen Bereichs (2000-2018) .....	52
Tabelle 1:	Übersicht über die ausgewählten Zeitungen und die Anzahl der untersuchten Zeitungsartikel .....	29
Tabelle 2:	Typologie und Anzahl der untersuchten wirtschaftspolitischen AkteurInnen.....	31
Tabelle 3:	Präsenz der unterschiedlichen Organisationen in der Berichterstattung pro Zeitung...	46
Tabelle 4:	Parteipositionen bezüglich der Vermögens- und Erbschaftssteuer nach Zeitung (Prozentuale Verteilung der Kategorien pro Zeitung) .....	50
Tabelle 5:	Die Positionen politiknaher Organisationen bezüglich der Vermögens- und Erbschaftssteuer nach Zeitung (Prozentuale Verteilung der Kategorien pro Zeitung).....	50
Tabelle 6:	Anzahl der Nennungen von ÖkonomInnen nach paradigmatischer Orientierung pro Zeitung (Prozentuale Verteilung der Kategorien pro Zeitung) .....	55
Tabelle 7:	Die 30 am häufigsten zitierten Ökonomen in der Berichterstattung über Vermögens- und Erbschaftssteuern (2000 bis 2018) .....	57

## Tabellenanhang

Tabelle A.1

**Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten der fünfzig häufigsten Wörter und Wortkombination in den Überschriften und Leitsätzen der Zeitungsartikel (2000 bis 2018)**

Häufige Wörter	n	Häufige Bigramme		n	Häufige Trigramme			n
spd	2.217	groß	koalition	507	reform	der	erbschaftssteuer	292
erbschaftssteuer	1.511	angela	merkel	362	der	groß	koalition	211
groß	1.324	peer	steinbrück	246	union	und	spd	183
union	1.169	horst	seehofer	182	die	groß	koalition	165
deutsch	1.141	sigmar	gabriel	175	die	reform	der	130
koalition	1.122	höher	steuern	142	in	der	spd	100
deutschland	1.071	gerhard	schröder	123	bei	der	erbschaftssteuer	96
steuern	879	kuren	beck	95	in	den	vergangen	88
reform	866	wolfgang	schäuble	93	bundes- kanzlerin	angela	merkel	87
erben	818	franz	müntefering	90	vor	all	die	83
gut	759	steuern	zahlen	89	arm	und	reich	77
csu	757	bundes- kanzlerin	angela	87	peer	steinbrück	spd	76
wenig	729	oskar	lafontaine	83	von	union	und	74
regieren	721	sozial	gerechtigkeit	83	union	und	fdp	69
grünen	719	steinbrück	spd	78	Bundesfinanz- minister	peer	steinbrück	67
partei	685	nicolas	sarkozy	77	cdu	und	csu	64
reichen	654	frankwalter	steinmeier	74	spd	und	grün	64
geld	647	hartz	iv	74	bund	und	länder	62
merkel	644	axel	springer	70	in	den	usa	60
cdu	637	martin	greive	69	streit	um	die	60
milliarden	606	bundesfinanz- minister	peer	67	ein	reform	der	59
höher	599	hans	eichel	67	in	höhe	von	59

zahlen	596	françois	hollande	66	angela	merkel	cdu	57
grün	581	jürgen	trittin	66	in	der	groß	57
fordern	557	martin	schulz	65	finanzminister	peer	steinbrück	54
mögen	537	roland	koch	61	kanzler	angela	merkel	54
politik	510	ulrich	schulen	61	zwischen	arm	und	53
vermögenssteuer	491	merkel	cdu	57	die	einführen	ein	52
staat	488	deutsch	industrie	56	wiederein- führung	der	vermögens- steuer	49
kanzler	487	geplant	reform	56	die	spd	willst	48
sozial	481	erwin	huber	55	von	spd	und	48
unternehmen	475	kanzler	angela	55	angela	merkel	und	47
fdp	465	finanzminister	peer	54	daniel	friedrich	sturm	47
reichensteuer	458	emmanuel	macron	53	ein	groß	koalition	47
stellen	453	andrea	nahles	52	es	ist	ein	47
kommen	451	guido	westerwelle	52	in	der	krise	46
münchen	443	stefan	reinecke	49	wolfgang	schäuble	cdu	46
weit	433	daniel	friedrich	47	heißen	es	in	45
millionen	423	friedrich	sturm	47	geplant	reform	der	44
finanzminister	419	olaf	scholz	47	in	der	koalition	44
länder	403	schäuble	cdu	47	nach	der	bundestagswahl	41
frankreich	400	sahra	wagenknecht	46	spd	und	grünen	41
steinbrück	400	edmund	stoiber	45	die	von	der	40
bayern	398	höher	erbschaftssteuer	44	die	wiederein- führung	der	40
politisch	398	peter	ramsauer	44	für	die	spd	40
angela	387	paul	kirchhof	42	auf	den	weg	39
erhöhen	378	thomas	piketty	42	die	zahl	der	39
erbschaftssteuer	372	peter	struck	41	in	der	union	39
geplant	372	barack	obama	39	in	kraft	treten	39
lang	372	kasse	bitten	39	spd	und	union	39

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A.2

## Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten der fünfzig häufigsten Wörter und Wortkombination in den Haupttexten der Zeitungsartikel (2000 bis 2018)

Häufige Wörter		Häufige Bigramme			Häufige Trigramme			
	n			n				n
spd	14.851	groß	koalition	2.266	in	den	vergangen	1.302
union	11.984	angela	merkel	1.495	in	der	spd	877
groß	10.484	gerhard	schröder	1.238	da	ist	ein	845
deutschland	10.163	sigmar	gabriel	917	der	groß	koalition	779
deutsch	9.437	peer	steinbrück	867	die	groß	koalition	725
gut	8.488	sozial	gerechtigkeit	751	vor	all	die	723
wenig	8.273	hartz	iv	683	in	den	usa	677
grünen	7.085	franz	münchener	680	wiederein- führung	der	vermögens- steuer	662
geld	6.679	steuern	zahlen	528	in	höhe	von	624
partei	6.555	hans	eichel	503	in	den	letzte	593
erbschaftssteuer	6.333	höher	steuern	453	die	zahl	der	587
milliarden	6.304	öffentlich	dienst	436	union	und	spd	562
unternehmen	6.214	horst	seehofer	435	auch	in	der	553
regieren	6.169	darüber	hinaus	433	es	ist	ein	544
politik	5.799	oskar	lafontaine	429	es	in	der	529
menschen	5.577	wolfgang	schäuble	425	die	wiederein- führung	der	523
sozial	5.531	kuren	beck	409	in	den	nächste	507
staat	5.488	sozial	marktwirtschaft	393	nach	wie	vor	501
steuern	5.487	groß	mögen	389	nicht	nur	die	496
müssen	5.456	jürgen	trittin	375	ein	groß	koalition	491
weit	5.423	roland	koch	368	heißen	es	in	489
mögen	5.387	andrea	nahles	367	die	einführen	ein	469
koalition	5.268	frau	merkel	356	bei	der	erbschaftssteuer	465
kommen	5.155	olaf	scholz	323	in	der	partei	462
politisch	5.135	edmund	stoiber	306	mit	blick	auf	446
vermögenssteuer	4.992	rudolph	augstein	304	in	der	regel	437
stellen	4.951	frankwalter	steinmeier	300	sich	in	der	427
hätte	4.923	kalt	progression	293	cdu	und	csu	414
zahlen	4.808	wolfgang	clement	291	reform	der	erbschaftssteuer	410
millionen	4.782	ig	metall	290	ein	erhöhen	der	401
führen	4.711	einigen	staaten	289	für	die	spd	400
länder	4.638	bundeskanzler	gerhard	283	die	von	der	396
erben	4.626	martin	schulz	276	nach	der	wahl	385
unser	4.573	mittlere	einkommen	273	bund	und	länder	377
fordern	4.498	deutsch	industrie	267	auch	für	die	373
höher	4.475	milliarden	dollar	241	blick	auf	die	371

merkel	4.383	europäisch	union	238	arm	und	reich	359
geben	4.352	15	milliarden	237	in	der	schweiz	359
können	4.330	rotgrün	koalition	237	spd	und	grün	356
cdu	4.323	guido	westerwelle	236	union	und	fdp	347
eigen	4.308	höher	erbschaftssteuer	235	in	der	politik	340
erhöhen	4.260	erster	linie	233	die	reform	der	335
liegen	4.197	bundes- kanzlerin	angela	232	da	ist	die	333
stehen	4.153	routine	general	230	mit	der	spd	332
reform	4.072	unser	gesellschaft	226	vor	der	wahl	326
schröder	4.027	helmut	kohl	224	und	in	der	323
reichen	4.012	erneuern	energie	223	fordern	nach	ein	317
wichtig	3.991	rollen	spielen	222	die	in	der	316
deshalb	3.958	deutlich	höher	219	bei	den	grünen	314
lang	3.866	cem	özdemir	218	da	ist	nicht	312

Quelle: Eigene Darstellung.

**Tabelle A.3**  
**Beispiel für eine KWIC-Konkordanzanalyse für das Stichwort „Erbschaftssteuer“**

No.	pre	Stichwort	post
3	eine Erhöhung der	Erbschaftssteuer	zu finanzieren Aber
8	Teufel gegen höhere	Erbschaftssteuer	Stuttgart ddp – Die
13	Scharfe Kontroverse über	Erbschaftssteuer	Berlin Im Streit
19	keine Erhöhung der	Erbschaftssteuer	geben Alle Beteiligten
39	SPD Politiker fordern höhere	Erbschaftssteuer	Gerichte könnten Druck
50	vor der neuen	Erbschaftssteuer	Immobilienwerber genießen Vertrauensschutz
72	Partei Vorstand will die	Erbschaftssteuer	weiterentwickeln die Vermögenssteuer
101	eigene Novelle der	Erbschaftssteuer	vorlegen um Personengesellschaften
102	10 Prozent der	Erbschaftssteuer	gestundet werden Nach
104	Entlastung bei der	Erbschaftssteuer	für kleine und
156	schrittweise Auslaufen der	Erbschaftssteuer	bis 2010 beschlossen
186	Die Reform der	Erbschaftssteuer	sei außerdem zu
187	Die Reform der	Erbschaftssteuer	ist beschlossene Sache
365	Belastung durch die	Erbschaftssteuer	einstellen müssen Diese
429	zur Reform der	Erbschaftssteuer	nützen Ehepartnern und
673	Firmen zu Kanzlerin	Erbschaftssteuer	wird deutlich verbessert
790	den Kompromiss zur	Erbschaftssteuer	auf den sich
814	CSU will die	Erbschaftssteuer	weiter reformieren sollte
909	erwägt Anpassung der	Erbschaftssteuer	Krise erschwert Einhaltung
1.154	schlagen Alarm die	Erbschaftssteuer	vernichte Unternehmen Hier

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A.4

Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten der dreißig häufigsten Wörter und Wortkombination in den Überschriften, Leitsätzen und Haupttexten der Zeitungsartikel (August 2002 bis Januar 2003)

Häufige Wörter		Häufige Bigramme		Häufige Trigramme		
	n			n	n	
vermögenssteuer	100	sigmar	gabriel	18	im öffentlichen dienst	13
schröder	82	öffentlichen	dienst	16	in der spd	11
spd	66	gerhard	schröder	11	ministerpräsident sigmar gabriel	5
gabriel	48	höhere	steuern	9	mit dem kanzler	5
kanzler	46	kanzler	schröder	7	streit um die	5
union	32	franz	müntefering	6	wiedereinführung der vermögenssteuer	5
steuern	29	frank	bsirske	5	die wiedereinführung der	4
rotgrün	24	ministerpräsident	sigmar	5	gabriel und steinbrück	4
koch	23	niedersachsens	ministerpräsident	5	steuer auf vermögen	4
steuererhöhungen	23	roland	koch	5	zur kasse bitten	4
deutschland	22	wolfgang	clement	5	an der brust	3
clement	21	100	milliarden	4	auf dem weg	3
geld	21	edmund	stoiber	4	aus dem ausland	3
gewerkschaften	21	gerhard	bökel	4	die grünen haben	3
meinungsseite	21	gewerkschaft	verdi	4	für die vermögenssteuer	3
ministerpräsident	19	hessens	ministerpräsident	4	kanzler schröder und	3
öffentlichen	19	kasse	bitten	4	kanzler umkurvt vermögenssteuer	3
dienst	18	verdi	droht	4	ministerpräsident roland koch	3
höhere	18	dramatischer	einbruch	3	mit der vermögenssteuer	3
pds	18	erbschaftssteuer	teil	3	nach der bundestagswahl	3
regierung	18	finanzminister	eichel	3	nach der wahl	3
sigmar	18	fraktionschef	müntefering	3	nicht das schiff	3
zinssteuer	18	gabi	zimmer	3	niedersachsen und nordrheinwestfalen	3
erbschaftssteuer	17	große	koalition	3	niedersachsens ministerpräsident sigmar	3
müntefering	17	heftige	kritik	3	schröder spricht machtwort	3
verdi	17	heide	simonis	3	sparmodell erbschaftssteuer teil	3
milliarden	16	höheren	abgaben	3	spd und grüne	3
cdu	15	kanzler	umkurvt	3	stunde der wahrheit	3
gerhard	15	lehnt	vermögenssteuer	3	tarifstreit im öffentlichen	3
koalition	15	ministerpräsident	roland	3	über die vermögenssteuer	3

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A.5

Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten der dreißig häufigsten Wörter und Wortkombination in den Überschriften, Leitsätzen und Haupttexten der Zeitungsartikel (Mai 2008 bis Januar 2009)

Häufige Wörter	n	Häufige Bigramme		n	Häufige Trigramme			n
csu	292	horst	seehofer	65	reform	der	erbschaftssteuer	72
erbschaftssteuer	283	angela	merkel	54	der	großen	koalition	46
spd	258	großen	koalition	48	union	und	spd	42
union	171	große	koalition	32	die	reform	der	32
koalition	153	erwin	huber	31	die	große	koalition	26
reform	127	peer	steinbrück	26	bundes- kanzlerin	angela	merkel	18
seehofer	115	günther	beckstein	23	in	der	spd	18
merkel	92	kurt	beck	20	bei	der	erbschaftssteuer	16
cdu	89	frankwalter	steinmeier	19	peer	steinbrück	spd	15
bayern	88	bundes- kanzlerin	angela	18	cdu	und	csu	14
münchen	84	georg	fahrenschoen	18	in	der	großen	14
fdp	81	oskar	lafontaine	17	eine	reform	der	13
horst	70	steinbrück	spd	15	minister- präsident	günther	beckstein	13
erben	68	martin	zeil	13	vor	allem	die	13
partei	67	minister- präsident	günther	13	streit	um	die	12
großen	64	peter	ramsauer	13	um	die	erbschaftssteuer	12
huber	59	peter	struck	12	von	union	und	12
große	57	csuchef	horst	11	csuchef	horst	seehofer	11
angela	56	finanzminister	peer	11	finanzminister	peer	steinbrück	11
deutschen	56	franz	müntefering	11	in	den	vergangenen	11
ministerpräsi- dent	56	michael	glos	11	mit	der	spd	11
deutschland	53	roland	koch	10	zur	reform	der	11
erbschafts- steuer	52	volker	kauder	10	in	der	csu	10
steuern	52	bundesfinanz- minister	peer	9	von	der	steuer	10
kanzlerin	51	klaus	michael	9	angela	merkel	cdu	9
streit	51	merkel	cdu	9	bundesfinanz- minister	peer	steinbrück	9
steuer	50	michael	groll	9	für	die	csu	9
bayerischen	49	minister- präsident	horst	9	in	der	koalition	9
dokument	48	axel	springer	8	klaus	michael	groll	9
politik	46	csuchef	erwin	8	minister- präsident	horst	seehofer	9

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A.6

**Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten der dreißig häufigsten Wörter und Wortkombination in den Überschriften, Leitsätzen und Haupttexten der Zeitungsartikel (August 2012 bis Oktober 2013)**

Häufige Wörter		Häufige Bigramme			Häufige Trigramme			
	n			n				n
spd	196	peer	steinbrück	55	spd	und	grüne	21
steuern	131	höhere	steuern	33	arm	und	reich	16
grünen	130	angela	merkel	30	in	den	vergangenen	13
deutschland	118	françois	hollande	30	spd	und	grünen	12
steinbrück	103	jürgen	trittin	26	vor	allem	die	12
grüne	94	gérard	depardieu	20	zwischen	arm	und	12
union	94	sigmar	gabriel	18	die	einführung	einer	10
deutschen	91	wolfgang	schäuble	15	union	und	fdp	10
vermögenssteuer	82	horst	seehofer	14	wiedereinführung	der	vermögenssteuer	10
geld	76	steuern	zahlen	14	auf	dem	weg	9
partei	76	martin	greive	13	höhere	steuern	für	9
merkel	74	dorothea	siems	12	in	höhe	von	9
zahlen	69	jochen	gaugele	12	präsident	françois	hollande	9
fdp	64	große	koalition	11	spdkanzlerkandidat	peer	steinbrück	9
frankreich	62	soziale	gerechtigkeit	11	von	spd	und	9
milliarden	61	stefan	reinecke	10	daniel	friedrich	sturm	8
reichensteuer	59	matthias	kamann	9	eine	große	koalition	8
peer	58	präsident	françois	9	nach	der	wahl	8
koalition	57	spdkanzlerkandidat	peer	9	steuern	für	reiche	8
politik	57	ulf	poschardt	9	vor	der	wahl	8
höhere	55	ulrich	schulte	9	an	den	kosten	7
csu	54	barack	obama	8	bei	den	grünen	7
hollande	54	claudia	kade	8	cdu	und	csu	7
cdu	53	daniel	friedrich	8	claus	christian	malzahn	7
regierung	53	deutschen	industrie	8	die	grünen	wollen	7
große	50	deutschland	kompakt	8	die	wiedereinführung	der	7
reiche	50	friedrich	sturm	8	mit	der	union	7
staat	50	katrin	göringeckardt	8	nach	der	bundestagswahl	7
erbschaftssteuer	49	reichtum	besteuern	8	über	einer	million	7

Quelle: Eigene Darstellung.



Tabelle A.7

**Wort-, Bigramm- und Trigramm- Häufigkeitslisten der dreißig häufigsten Wörter und Wortkombination in den Überschriften, Leitsätzen und Haupttexten der Zeitungsartikel (Februar 2016 bis November 2016)**

Häufige Wörter		Häufige Bigramme			Häufige Trigramme			
	n			n				n
erbschaftssteuer	165	horst	seehofer	36	reform	der	erbschaftssteuer	43
grünen	118	angela	merkel	31	die	große	koalition	17
spd	113	sigmar	gabriel	29	die	reform	der	15
koalition	90	große	koalition	22	der	großen	koalition	14
reform	71	winfried	kretschmann	16	daniel	friedrich	sturm	13
seehofer	69	großen	koalition	15	bundestag	und	bundesrat	12
csu	63	wolfgang	schäuble	14	streit	über	die	11
partei	60	daniel	friedrich	13	wolfgang	schäuble	cdu	11
grüne	58	friedrich	sturm	13	streit	um	die	10
merkel	58	donald	trump	12	bei	der	erbschaftssteuer	9
deutschland	54	martin	greive	12	horst	seehofer	csu	9
große	48	schäuble	cdu	12	union	und	spd	9
bundesrat	45	claudia	kade	9	bei	den	grünen	8
streit	45	seehofer	csu	9	bund	und	länder	8
steuern	43	ulrich	schulte	9	bund	und	ländern	8
cdu	42	jürgen	trittin	8	auf	eine	reform	7
gabriel	42	andrea	nahles	7	eine	reform	der	7
geld	42	anton	hofreiter	7	in	den	vergangenen	7
bundestag	41	markus	söder	7	neuregelung	der	erbschaftssteuer	7
erben	41	robert	habeck	7	von	bundestag	und	7
union	39	simone	peter	7	angela	merkel	cdu	6
gut	38	steuern	zahlen	7	arm	und	reich	6
gesetz	37	arbeitsplätze	erhalten	6	bundesfinanz- minister	wolfgang	schäuble	6
horst	37	bundesfinanz- minister	wolfgang	6	csuchef	horst	seehofer	6
kompromiss	37	cem	özdemir	6	für	die	spd	6
angela	32	csuchef	horst	6	im	streit	um	6
vermögenssteuer	32	geplante	reform	6	in	der	steuerpolitik	6
milliarden	31	hannes	koch	6	minister- präsident	horst	seehofer	6
thema	31	merkel	cdu	6	peter	paul	gantzer	6

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A.8

## Liste der Organisationsnamen in Abbildung 7

Nummer oder Kurzname	Vollständiger Name
1	AG Soziale Marktwirtschaft
2	Agenda Austria
attac	Association for the Taxation of financial Transactions and Citizen's Action
Bertelsmann Stiftung	Bertelsmann Stiftung
5	Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
6	Center for Financial Studies
7	Centrum für Europäische Politik
8	Deutsche Stiftung Eigentum
9	Deutsche Vereinigung für Internationales Steuerrecht
Haus & Grund	Eigentümergeverband Haus & Grund
11	Eucken-Institut
Ebert Stiftung	Friedrich Ebert Stiftung
Naumann Stiftung	Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit
14	Fritz-Thyssen-Stiftung
Böckler Stiftung	Hans-Böckler-Stiftung
16	Hayek Gesellschaft
Böll Stiftung	Heinrich-Böll-Stiftung
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
IdW	Institut der deutschen Wirtschaft
IMK	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
21	Institut für solidarische Moderne
Adenauer Stiftung	Konrad-Adenauer-Stiftung
Kronberger Kreis	Kronberger Kreis
Erhard Stiftung	Ludwig Erhard-Stiftung
25	Memo-Gruppe
26	Mont Pelerin Society
27	Rosa Luxemburg Stiftung
28	Stiftung Familienunternehmen
29	Stiftung Marktwirtschaft
AG Gesamtmetall	Arbeitgeberverband Gesamtmetall
31	Bund Junger Unternehmer
32	Bundessteuerberaterkammer
BDA	Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
35	Bundesverband deutscher Banken

DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
37	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
38	Handelsverband Deutschland
39	Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft
40	Zentraler Immobilien Ausschuss
41	Zentralverband des Deutschen Handwerks
42	Arbeiterwohlfahrt
ILO	International Labour Organisation
AfD	Alternative für Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
Die Linke	Die Linke
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
48	Hanns-Seidel-Stiftung
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Die Familienunternehmer	Die Familienunternehmer
51	Bund Katholischer Unternehmer
52	Körber Stiftung
53	Wirtschaftsbeirat Bayern
54	Centrum für angewandte Politikforschung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
56	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
FDP	Freie Demokratische Partei
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie
verdi	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
IG BAU	Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
Die Grünen	Bündnis 90/Die Grünen
63	Weis[s]e Wirtschaft
64	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A.9

## Liste der ÖkonomInnen und Organisationen in Abbildung 8

Nummer oder Kurzname	Vollständiger Name	Nummer oder Kurzname	Vollständiger Name
1	World Inequality Database	36	Wilhelm Röpke Institut
2	Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation	37	Zentraler Immobilien Ausschuss
3	AWD Holding AG	38	Konrad-Adenauer-Stiftung
4	AXA-Pensionskasse	39	Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit
5	Handelsblatt	40	Institut für Unternehmerische Freiheit
6	MaschmeyerRürup AG	41	Körber Stiftung
7	Sozialdemokratische Partei Deutschland	42	Friedrich Ebert Stiftung
8	Deutsche Vereinigung für Internationales Steuerrecht	43	Das Progressive Zentrum
9	Hamburger Appell	44	Weis[s]e Wirtschaft
10	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	45	Fritz-Thyssen-Stiftung
11	Institut der deutschen Wirtschaft	46	Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung
12	Kronberger Kreis	47	NRW.BANK
13	Stiftung Familienunternehmen	48	Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung
14	Wirtschaftsbeirat Bayern	49	Alternative für Deutschland
15	Christlich Demokratische Union	50	Growth in a Time of Debt
16	Anti-Schuldenbremse	51	Bündnis 90/Die Grünen
17	Hans-Böckler-Stiftung	52	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
18	Institute for New Economic Thinking	53	Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft
19	Progressive Economy	54	Open Europe Berlin
20	Rewriting the Rules of the European Economy	55	Stiftung Marktwirtschaft
21	Wissenschaftlicher Beirat der SPD	56	Economics for Inclusive Prosperity
22	Arbeitskreis Steuermythen	57	Washington Center for Equitable Growth
23	Association for the Taxation of financial Transactions and Citizen's Action	58	Schader-Stiftung
24	Memo-Gruppe	59	Die Linke
25	Deutsche Stiftung Eigentum	60	Center for Financial Studies
26	Eucken-Institut	61	Academics Stand Against Poverty
27	Hayek Gesellschaft	62	Bertelsmann Stiftung
28	Ludwig Erhard-Stiftung	63	Centrum für Europäische Politik
29	Aktionsrat Marktwirtschaft	64	Friedrich von Hayek Stiftung
30	Initiative for Policy Dialogue	65	Desiderius-Erasmus-Stiftung
31	Rewriting the Rules of the American Economy	66	Jacques Delors Institut
32	Roosevelt Institute	67	Agenda Austria
33	Group of Thirty	68	Freie Demokratische Partei
34	AG Soziale Marktwirtschaft	69	WIFU-Stiftung
35	Mont Pelerin Society	70	Samuel Pufendorf Gesellschaft für politische Ökonomie e. V.

71	Academia Superior	Weder di Mauro	Beatrice Weder di Mauro
72	Prometheus Institut	Milanovic	Branko Milanovic
73	Innogy SE	Reinhart	Carmen Reinhart
74	RWE AG	Zucman	Gabriel Zucman
75	FAZIT-STIFTUNG	Flassbeck	Heiner Flassbeck
76	Ludwig von Mises Institut	Stark	Jürgen Stark
77	Open Society Foundation	Konrad	Kai Konrad
78	Institut für Wirtschaftspolitik	Wenger	Ekkehard Wenger
79	Roland Berger Foundation	Grözinger	Gerd Grözinger
Piketty	Thomas Piketty	Starbatty	Joachim Starbatty
Rürup	Bert Rürup	Bareis	Peter Bareis
Fuest	Clemens Fuest	Stein	Gabriel Stein
Sinn	Hans-Werner Sinn	Enderlein	Henrik Enderlein
Bofinger	Peter Bofinger	Paqué	Karl-Heinz Paqué
Hickel	Rudolf Hickel	Gerken	Lüder Gerken
Hüther	Michael Hüther	Beznoska	Martin Beznoska
Stiglitz	Joseph E. Stiglitz	Burda	Michael Burda
Krugman	Paul Krugman	Voigtländer	Michael Voigtländer
Feld	Lars Feld	Reich	Robert B. Reich
Straubhaar	Thomas Straubhaar	Hentze	Tobias Hentze
Wagner	Gert Wagner	van Sutum	Ulrich van Suntum
Zimmermann	Klaus Zimmermann	Berthold	Norbert Berthold
Schmidt	Christoph M. Schmidt	Rüsen	Tom A. Rüsen
Horn	Gustav Horn	Falk	Armin Falk
Lucke	Bernd Lucke	Wigger	Berthold Wigger
Rogoff	Kenneth Rogoff	Acemoglu	Daron Acemoglu
Franz	Wolfgang Franz	Ehnts	Dirk Ehnts
Jarass	Lorenz Jarass	Schneider	Friedrich Schneider
Homburg	Stefan Homburg	Felbermayr	Gabriel Felbermayr
Wiegard	Wolfgang Wiegard	Habermann	Gerd Habermann
Truger	Achim Truger	Beck	Günter Beck
Summers	Lawrence Summers	Haucap	Justus Haucap
Corneo	Giacomo Corneo	Brunnermeier	Markus Brunnermeier
Blankart	Charles B. Blankart	Bräuninger	Michael Bräuninger
Peffekoven	Rolf Peffekoven	von Prollius	Michael von Prollius
Bernanke	Ben Bernanke	Goldschmidt	Nils Goldschmidt
Raffelhüschen	Bernd Raffelhüschen	Reuter	Norbert Reuter
Saez	Emmanuel Saez	Bagus	Philipp Bagus
Kirsch	Guy Kirsch	Roth	Steffen Roth
Bontrup	Heinz-J. Bontrup	Gehrig	Thomas Gehrig
Schui	Herbert Schui	Theobald	Thomas Theobald
W.Fuest	Winfried Fuest	Blum	Ulrich Blum
Boss	Alfred Boss	Wieland	Volker Wieland
Atkinson	Anthony Atkinson	–	–

Quelle: Eigene Darstellung.

## OBS-Arbeitspapiere [Infos und Download: www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

- |        |   |
|--------|---|
| Nr. 42 | Mauer in den Köpfen? – Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel<br>(Ayline Heller, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel, Elmar Brähler)                   |
| Nr. 41 | Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters<br>(Thorsten Faas, Arndt Leininger)  |
| Nr. 40 | Armutzeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt (Bernd Gäbler)  |
| Nr. 39 | Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien – Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern (Susanne Fengler, Marcus Kreutler)         |
| Nr. 38 | Rechte Allianzen in Europa – Wie sich NationalistInnen gegen die EU verbünden<br>(Malene Gürgen, Patricia Hecht, Christian Jakob, Sabine am Orde [Redaktion]) |
| Nr. 37 | Zwischen „Flüchtlingskrise“ und „Migrationspakt“ – Mediale Lernprozesse auf dem Prüfstand<br>(Michael Haller)   |
| Nr. 36 | Krimis, Kontroversen, Kochrezepte – Das Regionale in den Dritten der ARD – mit aktuellen Programmanalysen von rbb und SWR (Joachim Trebbe, Eva Spittka)       |
| Nr. 35 | Agenda-Setting bei ARD und ZDF? – Analyse politischer Sendungen vor der Bundestagswahl 2017 (Marc Liesching, Gabriele Hooffacker)                             |
| Nr. 34 | Demoskopie, Medien und Politik – Ein Schulterschluss mit Risiken und Nebenwirkungen<br>(Thomas Wind)  |
| Nr. 33 | Zwischen Fanreportern und Spielverderbern – Fußballjournalismus auf dem Prüfstand<br>(Tonio Postel)   |
| Nr. 32 | Unsichere Arbeit – unsichere Mitbestimmung. Die Interessenvertretung atypisch Beschäftigter<br>(Berndt Keller)  |
| Nr. 31 | Aufstocker im Bundestag III – Eröffnungsbilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten zu Beginn der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)                            |
| Nr. 30 | Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag (Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde)   |
| Nr. 29 | Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)   |
| Nr. 28 | Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)             |
| Nr. 27 | Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen<br>(Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)                           |
| Nr. 26 | Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)  |
| Nr. 25 | Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr<br>(Eva Spittka, Matthias Wagner, Anne Beier)                                 |
| Nr. 24 | #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums<br>(Mathias König, Wolfgang König)  |
| Nr. 23 | Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie<br>(Arne Semsrott)  |

## Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 29. Mai 2018 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

## Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

### Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank: HELABA Frankfurt/Main  
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03  
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank: HELABA Frankfurt/Main  
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11  
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

## Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 103**  
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta  
**Medienmäzen Google**  
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102\***  
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.  
**Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts**  
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101\***  
Leif Kramp, Stephan Weichert  
**Nachrichten mit Perspektive**  
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 100\***  
Tim Engartner  
**Wie DAX-Unternehmen Schule machen**  
Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
- **OBS-Arbeitsheft 99\***  
Tobias Gostomzyk, Daniel Moßbrucker  
**„Wenn Sie das schreiben, verklage ich Sie!“**  
Studie zu präventiven Anwaltsstrategien gegenüber Medien
- **OBS-Arbeitsheft 98\***  
Lutz Frühbrodt, Annette Floren  
**Unboxing YouTube**  
Im Netzwerk der Profis und Profiteure
- **OBS-Arbeitsheft 97\***  
Wolfgang Schroeder, Stefan Fuchs  
**Neue Mitglieder für die Gewerkschaften**  
Mitgliederpolitik als neues Politikfeld der IG Metall
- **OBS-Arbeitsheft 96\***  
Rainer Faus, Simon Storks  
**Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?**  
OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration
- **OBS-Arbeitsheft 95\***  
Bernd Gäbler  
**AfD und Medien**  
Erfahrungen und Lehren für die Praxis
- **OBS-Arbeitsheft 94\***  
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz  
**Deutschlands Blogger**  
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93\***  
Michael Haller  
**Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien**  
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information

\* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

Diese und weitere Publikationen der OBS finden Sie unter  
[www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)

## **OBS-Arbeitspapier 43**

### **Streitfall Vermögenssteuer**

Defizite in der Medienberichterstattung